

42. Sitzung

am Dienstag, dem 24. Februar 1976, 15 Uhr,
in München

Geschäftliches	2045	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes (Drs. 1271)	
65. Geburtstag des Abg. und Staatssekretärs Dr. Seidl	2045	– Zweite Lesung –	
Entwurf eines Gesetzes über die Organisation der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiorganisationsgesetz – POG) – Drs. 1648 –		Berichte des Wirtschaftsausschusses (Drs. 1676), des Landesentwicklungsausschusses (Drs. 2084) und des Verfassungsausschusses (Drs. 2207)	
– Wiederaufnahme der ersten Lesung –		Lechner Ewald (CSU), Berichterstatter	2068
Beschluß	2045	Zeißner (CSU), Berichterstatter	2068
		Krug (CSU), Berichterstatter	2068
Aktuelle Stunde gem. § 78 GO: Die Auswirkungen eines betriebswirtschaftlich optimalen Netzes der Deutschen Bundesbahn für Bayern		Abstimmung	2068
Knipfer (CSU)	2046	Schlußabstimmung	2069
Naumann (SPD)	2047	Entwurf eines Gesetzes über Zuständigkeit im Vollzug des Ernährungssicherstellungsgesetzes (Drs. 1781)	
Staatsminister Jaumann	2048, 2058, 2065, 2066	– Zweite Lesung –	
Frau Redepenning (FDP)	2050	Berichte des Landwirtschaftsausschusses (Drs. 2015) und des Verfassungsausschusses (Drs. 2206)	
Drachsler (CSU)	2051	Müller Willi (CSU), Berichterstatter	2069
Dr. Schlittmeier (SPD)	2052	Asenbeck (CSU), Berichterstatter	2069
Daum (CSU)	2053	Abstimmung	2069
Staatssekretär Sackmann	2054	Schlußabstimmung	2069
Börner (SPD)	2055	Schreiben des Bayer. Verfassungsgerichtshofs betr. Antrag des Journalisten Bert Schnitzler, München, auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Vierten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern vom 19. Juli 1973 (GVBl. S. 389) sowie des Artikels 111 a BV	
Röhrl (CSU)	2056	Bericht des Verfassungsausschusses (Drs. 2205)	
Jaeger (FDP)	2057	Dr. Beckstein (CSU), Berichterstatter	2069
Niedermayer (CSU)	2061	Beschluß	2070
Dr. Seebauer (SPD)	2062, 2064	Wiederwahl eines berufsrichterlichen Mitglieds des Bayer. Verfassungsgerichtshofs	
Müller Willi (CSU)	2064	Beschluß	2070
Antrag der Abg. Schuhmann, Klasen betr. Gesetz zur Änderung des Schulpflichtgesetzes (SchPG) – Drs. 2119 –			
– Erste Lesung –			
Beschluß	2067		
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (Drs. 2148)			
– Erste Lesung –			
Beschluß	2068		

Nachwahl eines nichtberufsrichterlichen Mitglieds des Bayer. Verfassungsgerichtshofs		Antrag der Abg. Dr. Seebauer, Dr. Schlittmeier u. a. betr. Vorlage eines Berichtes über die fachlichen Ziele des Entwurfs des Landesentwicklungsprogramms aus den Bereichen der Wirtschafts-, Verkehrs- und Energiepolitik (Drs. 1728)	
Beschluß	2070	Bericht des Wirtschaftsausschusses (Drs. 2196)	
Antrag der Abg. Lukas, Willi Müller, Dürbeck, Gruber u. a. betr. Erhaltung der Kulturlandschaft durch die Flurbereinigung (Drs. 1991)		Dr. Schlittmeier (SPD), Berichterstatter . . .	2073
Bericht des Landwirtschaftsausschusses (Drs. 2184)		Beschluß	2073
Gruber (CSU), Berichterstatter	2070	Antrag der Abg. Scholl, Röhrl, Feneberg betr. Verbesserung der Auslandswerbung auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs (Drs. 1990)	
Beschluß	2070	Bericht des Wirtschaftsausschusses (Drs. 2197)	
Antrag des Abg. Alois Glück betr. verstärkte Koordinierung der mit „ Urlaub auf dem Bauernhof “ befaßten Organisationen und Behörden (Drs. 1149)		Dr. Huber Herbert (CSU), Berichterstatter . . .	2074
Bericht des Landwirtschaftsausschusses (Drs. 2130)		Beschluß	2074
Frau Krinner (CSU), Berichterstatterin . . .	2071	Antrag des Abg. Popp betr. Beachtung der Richtlinien der Bayerischen Staatsregierung vom 22. 10. 1974 durch die staatlichen und kommunalen Vergabestellen auch bei der Vergabe von Aufträgen an Generalunternehmer (Drs. 2111)	
Beschluß	2071	Antrag der Abg. Stenglein, Frau Seibel u. a. betr. Schutz von mittelständischen Betrieben bei Auftragsvergabe an einen Generalunternehmer (Drs. 1984)	
Antrag der Abg. Bachmann, Ernst Lechner u. a. betreffend Dorferneuerung im Rahmen der Flurbereinigung (Drs. 1445)		und	
Bericht des Landwirtschaftsausschusses (Drs. 2183)		Antrag der Abg. Jaeger, Frau Dr. Hamm-Brücher, Redepenning, Dr. Zech, Wachter, Kubitzka, Großer, Dr. Flath betr. Schutz mittelständischer Betriebe , die bei der Ausführung öffentlicher Aufträge als Subunternehmer auftreten (Drs. 1936)	
Müller Willi (CSU), Berichterstatter . . .	2071	Bericht des Wirtschaftsausschusses (Drs. 2195)	
Beschluß	2071	Dr. Huber Herbert (CSU), Berichterstatter . . .	2074
Antrag der Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher u. a. betr. Bonus für strukturschwache Gebiete bei landespolitischen Förderungsmaßnahmen (Drs. 143)		Beschluß	2074
Bericht des Haushaltsausschusses (Drs. 2177)		Antrag der Abg. von Prümmer, Frau Geiss-Wittmann, Dr. Rose, Höpfinger, Karl Schön, Freifrau von Pölnitz u. a. betr. Vorlage des „ Programms geriatrische Versorgung in Bayern “ (Drs. 1578)	
Wachter (FDP), Berichterstatter	2071	Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses (Drs. 2200)	
Beschluß	2071	Schön Karl (CSU), Berichterstatter	2074
Antrag des Abg. Dr. Zech betr. Kalkulation und Kostenangaben für die Herstellung von Produkten in staatlicher Regie (Drs. 1573)		Beschluß	2074
Bericht des Haushaltsausschusses (Drs. 2180)			
Wachter (FDP), Berichterstatter	2072		
Beschluß	2072		
Antrag des Abg. Deffner betr. Veröffentlichungen der Bayerischen Staatsregierung (Drs. 1924)			
Bericht des Haushaltsausschusses (Drs. 2182)			
Hartmann (SPD), Berichterstatter	2072		
Deffner (SPD)	2072, 2073		
Dr. Wilhelm (CSU)	2073		
Beschluß	2073		

Antrag der Abg. von Prümmer, Frau Geiss-Wittmann, Freifrau von Pölnitz, Dr. Rose, Frau Dr. Biebl u. a. betr. Vorlage des „Aktionsprogramms psychiatrische Versorgung in Bayern“ (Drs. 1579)	
Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses (Drs. 2201)	
Schön Karl (CSU), Berichterstatter	2075
Beschluß	2075
Antrag des Abg. Dr. Flath betr. Errichtung eines Replantationszentrums (Drs. 1654)	
Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses (Drs. 2202)	
Frau Dr. Hamann (SPD), Berichterstatterin	2075
Beschluß	2076
Antrag der Abg. Freifrau von Pölnitz, Höpfinger, Frau Geiss-Wittmann, Dr. Rose u. a. betr. Vorlage eines Bayerischen Arbeitsschutzgesetzes (Drs. 1655)	
Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses (Drs. 2203)	
Freifrau von Pölnitz (CSU), Berichterstatterin	2076
Kamm (SPD)	2076
Beschluß	2077
Antrag des Abg. Alois Glück u. a. betr. Bericht über die voraussichtlichen Auswirkungen der gegenwärtigen Geburtenzahl auf die Organisation unserer Bildungseinrichtungen (Drs. 1253)	
Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses (Drs. 2176)	
Goppel Thomas (CSU), Berichterstatter	2077
Beschluß	2077
Antrag des Abg. Schlosser betr. Hagelbekämpfung mittels Flugzeug (Drs. 1226)	
Berichte des Landwirtschaftsausschusses (Drs. 1642) und des Haushaltsausschusses (Drs. 2127)	
Börner (SPD), Berichterstatter	2078
Loew (SPD), Berichterstatter	2078
Beschluß	2078
Antrag der Abg. Börner, Kahler, Koch u. a. betr. Sonderprogramm für die Modernisierung von Wohnungen im Grenzland (Drs. 554)	
Berichte des Grenzlandausschusses (Drs. 973), des Sozialpolitischen Ausschusses (Drs. 1605) und des Haushaltsausschusses (Drs. 2124)	
Koch (SPD), Berichterstatter	2078
Dorsch (SPD), Berichterstatter	2079
Beschluß	2080
Nächste Sitzung	2080

Beginn der Sitzung: 15 Uhr 05 Minuten

Präsident Hanauer: Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich eröffne die 42. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Die Liste der für heute entschuldigten Kollegen wird zu Protokoll gegeben.*)

Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Ihre Zustimmung vorausgesetzt, wurde diese erteilt.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich in Ihrer aller Namen einen Glückwunsch aussprechen. Der Herr Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Justiz, unser Kollege Dr. Alfred **Seldl**, konnte am 30. Januar seinen **65. Geburtstag** feiern.

(Lebhafter Beifall, vor allem bei der CSU)

Er hat mir zwar direkt und indirekt verbieten lassen, dieser Tatsache Erwähnung zu tun; ich habe aber keinen Anlaß gesehen, von der üblichen Gepflogenheit abzuweichen. Ich möchte deshalb Ihnen, Herr Staatssekretär, nachträglich hier im Hause auch noch zu Ihrem Jubiläum alles Gute wünschen. Ich darf diesem Wunsch den weiteren Wunsch anfügen, daß Ihnen Ihre Dienstobliegenheiten und parlamentarische Tätigkeit noch viel und reichlich Gelegenheit geben, Ihren sportlichen Neigungen im Gebirge, vor allem beim Skilaufen, nachzugehen. Dazu wünsche ich Ihnen Hals- und Beinbruch. Zum andern wünsche ich für die Zukunft alles Gute.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Darf ich bitten, aufgrund eines Beschlusses des Ältestenrates Ihre Zustimmung außerhalb der Tagesordnung zu folgender Angelegenheit zu geben: Auf Vorschlag des Ältestenrates hatte die Vollversammlung in ihrer 31. Sitzung vom 25. November 1975 beschlossen, den

Entwurf eines Gesetzes über die Organisation der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiorganisationsgesetz – POG) – Drucksache 1648 –

dem Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen und zum Abschluß dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zu überweisen. Auf Veranlassung der Vorsitzenden dieser beiden Ausschüsse hat nun der Ältestenrat in seiner letzten Sitzung beschlossen, der Vollversammlung vorzuschlagen, den Gesetzentwurf auch dem Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes zu überweisen und außerdem den Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen als Fachausschuß an den Beratungen zu beteiligen.

Ich bitte deshalb, den Überweisungsbeschluß wie folgt zu fassen. Die Angelegenheit wird in folgender Reihenfolge überwiesen: 1. dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen als Fach-

*) Nach Artikel 4 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind beurlaubt bzw. entschuldigt die Abgeordneten Adelmann, Dr. Böddrich, Görnitz, Gürteler, Heinrich, Dr. Hierl, Kaps, Neubauer, Schmolcke, Schwabl und Widmann.

(Präsident Hanauer)

ausschuß, 2. dem Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes, 3. dem Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen, und 4. zur abschließenden Beratung noch einmal dem Verfassungsausschuß. Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. – Es ist so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Heute ist der Punkt 1 der Tagesordnung fällig:

Aktuelle Stunde gemäß § 78 der Geschäftsordnung

Die Fraktion der CSU hat unter dem 5. Februar eine Aktuelle Stunde beantragt. Ich habe geschäftsmäßig noch am gleichen Tag die Fraktion der SPD und die Gruppe der FDP hiervon unterrichtet. Das beantragte Thema lautet:

Die Auswirkungen des betriebswirtschaftlich optimalen Netzes der Deutschen Bundesbahn für Bayern

Die Voraussetzungen des § 78 Absatz 1 der Geschäftsordnung liegen meines Erachtens vor. Ich darf bemerken, daß nach § 78 Absatz 3 der Geschäftsordnung die Redezeit auf eine Stunde begrenzt ist. Sollte von der Staatsregierung in die Debatte eingegriffen werden, wird diese Zeit nicht angerechnet. Die Höchstredezeit für einen Redner ist fünf Minuten. Eine wiederholte Meldung ist nach unserer neuen Geschäftsordnung nicht möglich.

Wir beginnen mit der Aktuellen Stunde. Erste Wortmeldung, Herr Kollege Knipfer.

(Abg. von Truchseß: Ui! – Abg. Knipfer:
Was heißt hier „ui“?)

Knipfer (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Jahre 1973 erklärte Bundeskanzler Brandt, daß die Bedeutung des Schienenverkehrs in unserer Bundesrepublik wieder zunehmen wird. In einem Brief an alle Eisenbahner hatte er mitgeteilt, daß er vor einer Rückkehr in die CDU/CSU-Politik auch deswegen warne, weil die Absicht bestehe, alle Nebenbahnstrecken stillzulegen

(Große Heiterkeit bei der CSU)

und zwischen den Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern auch den Personenverkehr einzustellen.

(Zurufe von SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, zwischenzeitlich haben wir sieben Jahre SPD/FDP-Regierung hinter uns und stehen vor der Tatsache, daß wir in Bayern 3300 km Strecken stillzulegen haben. Das sind 25,4 Prozent des Gesamtanteils des Bundesgebiets oder 47 Prozent der bisherigen Eisenbahnstrecken.

Diese gravierende Stilllegungsmaßnahme berechtigt wohl die Behauptung, daß Bonn Bayern benachteiligt.

(Lebhafter Widerspruch und Lachen bei der SPD – Beifall bei der CSU)

Die bayerische SPD hat kein anderes Rezept, als die Staatsregierung aufzufordern, mitzuteilen, welche Strecken sie glaubt stilllegen oder dafür vorschlagen zu können.

(Zuruf des Abg. Karl-Heinz Müller)

Meine Damen und Herren! Wer solche Anträge stellt, macht sich mitschuldig am Ausverkauf Bayerns.

(Widerspruch und Lachen bei der SPD)

Sie von der SPD laufen Gefahr, daß der nächste SPD-Slogan heißt: Wer SPD wählt, wählt Streckenstilllegungen.

(Große Heiterkeit und Widerspruch bei der SPD)

Wer ins Detail gehen will, muß fragen: Sind Streckenstilllegungen überhaupt das geeignete Mittel der Rationalisierung?

(Unruhe bei der SPD)

Präsident Hanauer: Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, die fünf Minuten Redezeit nicht dadurch illusorisch zu machen, daß Sie den Redner nicht reden lassen.

(Widerspruch und Heiterkeit bei der SPD)

Knipfer (CSU): Die Wahrheit verkauft sich am schlechtesten für Sie, aber Sie müssen sie halt hören. Die grundsätzliche Frage ist: Sind Streckenstilllegungen überhaupt das richtige Rezept, um die Deutsche Bundesbahn zu sanieren? Meine Damen und Herren, wir hören derzeit, daß neben den Streckenstilllegungen bis 1985 Investitionsmaßnahmen in der Größenordnung von 75 Milliarden DM notwendig sind, damit die Bahn wieder gesundet, und gleichzeitig müssen jährlich die entstehenden Betriebsdefizite abgedeckt werden.

(Nach wie vor Unruhe bei der SPD durch zahlreiche Zwischenrufe)

Ich meine, das sind Fragen, die dahin beantwortet werden müssen, ob dies überhaupt möglich ist oder ob nicht am Ende die Bundesbahn ganz kaputt ist. Dazu sollte der Bayerische Staatsminister für Verkehr noch eingehend Stellung nehmen, genauso wie zu der Frage, ob die Berechnungen richtig sind, die hierzu angestellt worden sind, wobei darauf einzugehen ist, ob nicht etwa schon vorab auf eine Überprüfung zugunsten der Verdichtungsräume verzichtet wurde.

(Fortgesetzte Zurufe von der SPD und starke Unruhe – Abg. Kuhbandner: Die Lokführer!)

Ist die Personalbedarfsermittlung richtig angestellt worden? Diese Fragen, meine Damen und Herren, sind auch deswegen so wichtig, weil durch die Bekanntgabe des optimalen Netzes dem Unternehmen Bahn eine schwere Schädigung zuteil wurde.

(Fortgesetzte Unruhe und zahlreiche Zurufe von seiten der SPD und FDP)

(Knipfer [CSU])

Es ist unverkennbar, daß sich bereits viele Bahnkunden umorientieren, um auf andere Verkehrsträger umzusteigen. Es konnte gar nichts Schlimmeres passieren als die Bekanntgabe der Erklärung der Bundesregierung, daß neue Streckenstilllegungen nicht vor 1978 ins Haus stehen. D. h. doch im Klartext, daß dies eine Aufforderung an alle Unternehmer darstellt, sich schon jetzt bis 1978 umzusehen, um einen anderen Verkehrsträger zu finden. Anschließend werden dann die angekündigten Maßnahmen durchgeführt.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich noch eines hinzufügen: In den verkehrspolitischen Zielvorstellungen der Bundesregierung steht erneut im Klartext zu lesen, daß sich die Deutsche Bundesbahn langfristig als Fernverkehrsunternehmen zu verstehen habe. D. h. doch – jedenfalls ist es für uns in Bayern nur so verständlich –, daß ein Rückzug aus der Fläche unternommen wird, wodurch ganze Bereiche unseres Bayernlandes veröden und praktisch vom jetzigen Bahnverkehr entblößt werden.

Der gleiche Herr Brandt, meine Damen und Herren, über den ich vorhin schon ein Wort gesagt habe, hat in seinem Brief an die Eisenbahner mitgeteilt, daß das Defizit der Deutschen Bundesbahn kein Naturereignis sei; er hat zweitens gesagt, daß die traurige Bilanz dieses Defizits die Eisenbahner und einige hunderttausend Pensionäre und Rentner aufs schwerste belastet; diejenigen, die das Defizit herbeigeführt hätten, hätten die Eisenbahner im Stich gelassen.

Die jetzige Bundesregierung hat erklärt, daß überhaupt keine Entlassungen notwendig seien. Herr Vaerst, der Präsident der Deutschen Bundesbahn, hat vor einigen Tagen erklärt, jeder Eisenbahner habe einen Anspruch auf einen Arbeitsplatz. Wenn Sie im vergangenen Jahr die Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbahn nachgelesen haben, werden Sie bemerkt haben, daß der Sozialpräsident der Deutschen Bundesbahn, der ehemalige zweite Vorsitzende der GdED (Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands), Herr Eichinger, bereits zur Diskussion gestellt hat, daß bei weiteren Einsparungsmaßnahmen auch das Personal nicht tabu sein dürfe. – Da wissen wir doch ganz genau, wohin die Reise geht.

(Fortgesetzte Zurufe von SPD und FDP)

Am vergangenen Donnerstag hat Herr Staatsminister Jaumann auch dahingehend Erklärungen abgegeben, daß in dieser Richtung gewisse Besorgnisse am Platze seien.

Meine Damen und Herren! Die Maßnahmen der zurückliegenden Jahre, angefangen von Streckenstilllegungen, Direktionsauflösungen, Stilllegungen von Bahnbetriebswerken, technischen Dienststellen, Maschinenämtern einschließlich der Reduzierung des Stückgutverkehrs, haben die Bahn doch keineswegs aus dem Defizit herausgebracht, vielmehr haben sie die Bundesbahn in ein großes Defizit hineingeführt.

Präsident Hanauer: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um, Sie haben einige Sekunden überzogen, und ich muß Sie bitten, Ihre Ausführungen zu beenden.

Knipfer (CSU): Ich habe abschließend nur noch eine Aufforderung an Sie alle: Erstens, helfen Sie mit, daß diese Bundesregierung noch vor den Bundestagswahlen der Öffentlichkeit und den Eisenbahnern sagt, wohin die Reise geht! Zweitens bitte ich Sie, mitzuhelfen, damit Schluß gemacht wird mit Streckenstilllegungen, weil diese kein Mittel zur Beseitigung des Defizits der Deutschen Bundesbahn sind.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Hanauer: Das Wort hat Herr Kollege Naumann. – Ich glaube aber, wir sollten die Materie doch mit dem genügenden Ernst behandeln,

(Starker Beifall bei SPD und FDP – Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher: Noch primitiver geht's nicht!)

wobei es auch zur Würde des Hauses gehört, dem anderen zuzuhören, meine Damen und Herren.

(Sehr richtig! und Beifall bei der CSU)

Naumann (SPD): Herr Präsident! Ich gehe davon aus, daß die Dauer des Beifalls nicht zu Lasten meiner fünf Minuten geht.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte nach der Polemik der letzten Monate erwartet, daß das Soll von Ihrer Seite bereits erfüllt worden sei.

(Abg. Dr. Bötsch: Tatsachen sind Ihnen wohl unangenehm!)

Ich hatte erwartet, daß es eines Appells, den Boden der Sachlichkeit nicht zu verlassen, nicht mehr bedurft hätte. Ich muß jetzt leider das Gegenteil feststellen; was Kollege Knipfer hier geboten hat, war nicht gerade ein sehr sachlicher und hilfreicher Einstieg in unsere kurze Diskussion.

(Zuruf von der SPD: Es war halt ein „echter Knipfer“!)

Die Ausführungen von Herrn Knipfer waren ein Beweis dafür, daß es Ihnen offensichtlich nicht um Verkehrspolitik geht, sondern primär um eine Mobilmachung gegen die Bundesregierung.

(Sehr gut! und Beifall bei der SPD)

Zum zweiten hat sich am Beitrag von Herrn Knipfer noch einmal gezeigt, daß offenbar auch eine zwanzigfache Wiederholung nicht ausreichend ist, Ihnen den Charakter des Untersuchungsergebnisses der Deutschen Bundesbahn klar zu machen. Um es noch einmal ganz deutlich und dem letzten unter Ihnen klarzulegen:

Der Vorstand der Deutschen Bundesbahn hat – selbstverständlich im Auftrag der Bundesregierung – eine Rechnung aufgestellt, wie ein betriebswirtschaftlich optimales Bundesbahnnetz aussehen kann.

(Abg. Dr. Fischer: Das wissen wir ja!)

(Naumann [SPD])

Dazu ist sie nach Gesetz verpflichtet. Dies ist eine Modellrechnung, noch nicht einmal ein Konzept der Bundesbahn, geschweige denn ein Konzept der Bundesregierung. Wenn Sie das wüßten, Herr Kollege Dr. Fischer, dann hätten Sie schon vorhin protestieren müssen, als Kollege Knipfer den ehemaligen Bundeskanzler Brandt zitiert hat; damit sollte doch unterstellt werden, daß die Politik der Bundesregierung so ist. Gerade das ist aber nicht der Fall, und das möchte ich hiermit zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ihnen allen ist bekannt, daß die Bundesbahn zur Zeit einen Zuschußbedarf von 10 Milliarden DM hat, der in den 80er Jahren auf 15 Milliarden DM anwachsen wird. Würde eine Deutsche Bundesregierung die Bundesbahn daran hindern, Überlegungen anzustellen, wie man aus dem Anwachsen des Zuschußbedarfs herauskommt, dann würde sie ihre Verantwortung verfehlen. Es gehört selbstverständlich zu ihrer Verantwortung, solche Überlegungen anzustellen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Lassen Sie mich eine dritte Feststellung anfügen: Wir erklären auch hier, dieses von der Bundesbahn entwickelte betriebswirtschaftlich optimale Netz ist nicht identisch mit dem später entstehenden volkswirtschaftlichen Netz. Es darf auch nicht identisch sein mit jenem Netz, das in den nächsten Jahren entwickelt wird.

Selbstverständlich muß die Deutsche Bundesbahn als öffentliches Unternehmen auch weiterhin gesamtwirtschaftliche Aufgaben erfüllen. Wir haben es eigentlich nicht nötig, uns von Ihnen einen Nachhilfeunterricht über die öffentliche Verpflichtung von öffentlichen Unternehmen geben zu lassen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Aber gerade deshalb, meine Damen und Herren, weil die Deutsche Bundesbahn gemeinwirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat, ist es notwendig, daß sie ihr Netz ständig überprüft und ständig Rationalisierungserwägungen anstellt, um diese gemeinwirtschaftlichen Aufgaben in einer optimalen Weise erfüllen zu können. Dazu gehört selbstverständlich auch, daß sie ständig Überlegungen anstellt, wie sie das derzeit bestehende und historisch überkommene Streckennetz an die heute bestehende Industrie- und Siedlungsstruktur anpaßt. Wir wollen keine Gesundschimpfung der Bundesbahn, aber wir wollen auch nicht haben, daß die Bundesbahn zu einem Museum wird, das vor lauter Defiziten nicht mehr existieren kann.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das entscheidende Problem aber, das wir bei diesem Punkt der Tagesordnung und unserer gesamten Diskussion nicht vergessen dürfen, ist die Tatsache, daß das, was an Streckenstilllegungen in Zukunft möglich oder notwendig sein wird, nicht das alleinige Instrument sein kann, um die Bundesbahn zu sanieren;

vielmehr gehören dazu auch flankierende Maßnahmen. Dazu gehört insbesondere, daß die Bundesbahn einen größeren Marktanteil sowohl im Güter- wie im Personenverkehr bekommt.

(Beifall)

Aber gerade auf diesem wichtigen Gebiete haben wir von Ihnen und auch von Herrn Staatsminister Jaumann noch niemals etwas gehört.

Meine Damen und Herren, wir stehen, was die Bundesbahn betrifft, vor einer schwierigen verkehrspolitischen, wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Entscheidung. Diese läßt sich am besten durch ein Höchstmaß an sachlicher Zusammenarbeit bewältigen. Dieser Zusammenarbeit kann sich auch die Bayerische Staatsregierung nicht entziehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Hanauer: Das Wort hat der Herr Staatsminister Jaumann.

(Abg. Heinrich Schnell: Auch fünf Minuten!)

Staatsminister Jaumann: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Ich habe den Eindruck, daß einige Klarstellungen für den Fortgang der weiteren Diskussion nützlich sind.

(Abg. von Truchseß: Vor allem für Herrn Knipfer!)

– Ich würde sagen, die Sache ist so ernst,

(Beifall bei der CSU)

die Sache ist so bitter ernst für unser Land – hier geht es um eine säkulare Frage für die Entwicklung unseres Landes –,

(Abg. Kamm: Sie müssen da hinüberschauen!)

daß wir uns alles, was jemand sagt, anhören sollten.

Zunächst zur politischen Wertung dieses Netzes! Natürlich ist das, was vorgelegt worden ist, nicht das endgültige volkswirtschaftliche Netz. Darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheiten; das hat auch niemand behauptet.

(Vereinzelter Widerspruch bei der SPD)

Aber es wäre völlig falsch anzunehmen,

(Abg. Kamm: Knipfer hat es behauptet!)

daß das, was hier vorliegt, ein rein zahlenmäßiges Rechenwerk ohne jede Bedeutung wäre. Das wäre auch falsch.

(Beifall bei der CSU)

Das ist deswegen falsch, weil dieses Rechenwerk nicht aus reinem Mutwillen des Vorstandes der Bundesbahn, sondern nach politischen Direktiven des Bundesverkehrsministers aufgestellt worden ist.

(Beifall bei der CSU)

(Staatsminister Jaumann)

Meine Damen und Herren, darüber gibt es überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten zwischen denjenigen, die die Zusammenhänge kennen.

Der Herr Bundesverkehrsminister hat eine Reihe von politischen Prämissen gesetzt und den Vorstand der Bundesbahn beauftragt, darauf seine Rechnungen aufzubauen.

(Abg. Kamm: Er ist doch durch Gesetz dazu verpflichtet!)

– Durch Gesetz ist kein Vorstand der Bundesbahn verpflichtet, Modellrechnungen aufzumachen.

(Erregte Zurufe von der SPD)

Durch Gesetz ist der Bundesvorstand verpflichtet, betriebswirtschaftlich optimal zu arbeiten

(Aha! bei der SPD)

und der allgemeinen Verkehrsbedienungsspflicht Rechnung zu tragen. Diese beiden Bedingungen gibt es.

(Abg. Ernst Lechner: Ihr schreit immer zu früh!)

Aber nachdem Ihr Bundeskanzler selbst sagt – vielleicht kommen wir auf dieser Ebene zusammen und können dann vernünftig miteinander reden –, daß dieses Rechenwerk dummes Zeug sei, können Sie doch nicht behaupten, daß der Vorstand der Bundesbahn vom Gesetz her zu diesem dummen Zeug verpflichtet gewesen sei.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

– Ich habe den Bundeskanzler zitiert; niemanden sonst. Vielleicht können wir uns also jetzt wieder einigen.

Politische Prämissen sind gesetzt worden, und ich darf Ihnen vielleicht ein paar aufzählen. Der Bundesverkehrsminister hat erklärt: Bundesbahnvorstand, berechne mir ein betriebswirtschaftlich optimales Netz! Das war ein Auftrag an ihn. Er hat zweitens erklärt: Dabei ist zu berücksichtigen, daß erstens fast 80 Milliarden DM neu investiert werden müssen – eine solche Festsetzung ist eine politische Vorgabe –, daß zweitens etwa 5,6 Milliarden DM bundesbahnrelevante Zuschüsse vom Bund bezahlt werden – eine politische Prämisse – und daß drittens die Strecken in den Ballungsgebieten nicht auf ihre Ertragslage hin untersucht werden;

(Hört, hört! bei der CSU)

das ist natürlich eine politische Prämisse.

(Abg. Jaeger: Das ist gewollt!)

Das ist ganz klar; das geht ja auch gar nicht anders.

(Lachen bei der SPD)

– Wenn man so etwas untersucht, dann muß doch die Bundesbahn wissen, was sie in ihre Berechnungen mit einbeziehen darf und was nicht. Sonst rechnet sie irgend etwas und stellt nachher fest, daß es völlig außerhalb des politischen Willens des zuständigen Ministers liegt.

Der Bundesverkehrsminister hat also eine Reihe von politischen Prämissen gesetzt, und daraufhin hat dann Herr Vaerst mit seinem Vorstand zu rechnen begonnen; nichts anderes. Das heißt also, wir haben es hier nicht mit einem Rechenwerk zu tun, das nur Zahlen wiedergibt, sondern wir haben es bereits mit einer politischen Grundentscheidung zu tun, nämlich einmal das Netz zu konzentrieren

(Abg. Dr. Cremer: Das ist nicht wahr!)

und zweitens zu investieren.

(Abg. Heinrich Schnell: War die Entscheidung sachgerecht oder nicht? Das ist die einzige Frage!)

– Diese Ausführungen habe ich im Verwaltungsrat der Bundesbahn, in der Wirtschaftsministerkonferenz und vor wenigen Tagen bei Herrn Ruhnau gemacht, und keiner hat mir widersprochen. Ich verstehe gar nicht, daß Sie Barrikaden verteidigen, die Ihre Vorderen schon längst aufgegeben haben. Das verstehe ich nun wirklich nicht.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Das ist eine wichtige Feststellung für die Wertung dessen, was dahintersteckt, und für die Frage, wie wichtig man so etwas nehmen muß. Wenn in einer solchen Situation später, weil der Widerstand im ganzen Bundesgebiet hochgegangen ist, der Bundeskanzler sagt: Wir wischen das weg, da ist nicht einmal buchhalterisch das Richtige gewählt worden, dann kann ich nicht einfach sagen, das ist weg, sondern es bleibt ja noch das vereinbarte Verfahren.

Als Verfahren wurde folgendes festgelegt: Es wird ein Staatssekretärsausschuß des Bundes – nicht der Länder – eingesetzt, und dieser Staatssekretärsausschuß – das steht im Zuleitungsschreiben, das ich gestern vom Bundesverkehrsminister als offizielle Mitteilung bekommen habe –

(Abg. Kuhbandner: – 1952 durch Seebohm die Erhebungen –)

– Herr Kollege, was interessiert mich 1953? Ich spreche jetzt von dem Verfahren, das in den nächsten Monaten abrollt

(Vereinzelter Beifall bei der CSU)

und mit dem wir es zu tun haben. Alles andere mag Geschichte sein.

(Abg. Kuhbandner: Auf der Grundlage der Rechnungen Seebohms!)

– Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich bin nicht bereit,

(Abg. Kuhbandner: Das können Sie doch nicht verschweigen, wenn Sie ehrlich sein wollen!)

jetzt eine 20jährige Geschichte wiederzukauen. Das hilft uns doch auch nichts.

(Zuruf des Abg. Dittmeier)

(Staatsminister Jaumann)

In dieser Situation hilft uns doch nur, zu erörtern, wie gewichtig das alles ist, was vorgebracht wurde, und was man gegebenenfalls tun kann. Wenn ich von vornherein der Meinung bin, daß das alles keine Bedeutung hat, gibt es nur die eine Konsequenz, nichts zu tun; denn dann brauchen wir nichts zu tun. Wenn das alles bedeutungslos ist, dann ist jede Überlegung, was wir tun sollen, sinnlos geworden. Wenn Sie diese Meinung haben, dann muß das dieses Hohe Haus beschließen.

Ich trage Ihnen aber vor, daß ich diese Meinung nicht habe. Diese Meinung haben weder der Bundesvorstand der Bahn noch der Bundesverkehrsminister noch das Bundeskabinett noch die Eisenbahner im ganzen Land. Sie wissen sehr wohl, welche hohe Bedeutung dieses Rechenwerk mit politischen Prämissen hat.

Welches Verfahren ist vereinbart worden? Wie rollt es ab? – Jetzt ist ein Staatssekretärsausschuß eingesetzt. Dieser Staatssekretärsausschuß des Bundes soll das sogenannte volkswirtschaftliche Netz, das also über das betriebswirtschaftliche gestülpt werden soll, erarbeiten und soll seine Ergebnisse bis Mitte des Jahres 1977 vorlegen.

(Abg. Kamm: Hat da der Goppel zugestimmt?)

Dann soll – auch nach dem Beschluß – dieses Ergebnis im Bundeskabinett beraten werden; ich kann den Beschluß zitieren. Nach der Beratung im Bundeskabinett soll das Benehmen mit den Ländern – das Benehmen – hergestellt werden.

Glaubt denn wirklich jemand, daß wir dann, wenn ein volkswirtschaftliches Netz steht, wenn das Bundeskabinett es beraten hat und wenn dann nur noch das Benehmen mit den Ländern – es ist ja nicht das Einvernehmen – hergestellt werden muß, noch Entscheidendes verändern können? Dann sind die Dinge gelaufen. So ist jedenfalls der politische Alltag. Dann brauchen wir uns auch in diesem Hause nicht mehr darüber zu informieren; denn dann bestimmen die Herren Oberinspektoren auf Weisung des Bundesverkehrsministers in der Hauptverwaltung der Bundesbahn, welche Strecke stillgelegt wird und welche nicht; niemand sonst. Dann sind die Dinge nämlich gelaufen.

(Vereinzelte Zustimmung bei der CSU)

Wenn man von der Politik, von den politischen Prämissen dieses Rechenwerks ausgeht und wenn man vom vereinbarten Verfahren ausgeht, bitte ich dringend darum, das Ganze nicht als lächerlich zu nehmen, sondern es so zu sehen, wie ich es gedeutet habe, nämlich als ein großes, säkulares Ereignis, wie auch immer es für dieses Land ausgehen wird. Ich finde, wir sollten jetzt in der Sache diskutieren, von den Auswirkungen ausgehen und durchaus Überlegungen anstellen, was man tun kann.

Nur, meine Damen und Herren – und da bitte ich, den richtigen Adressaten zu finden –: Wenn die Verkehrsminister gebeten haben, in den Staatssekretärsausschuß hineinzukommen und es abgelehnt wurde,

wenn ein einstimmiger Beschluß der Wirtschaftsminister in der letzten Sitzung in Berlin auf Antrag Bayerns gefaßt worden ist

(Zuruf: Einstimmig!)

– Einstimmiger Beschluß –, daß wir rechtzeitig eingeschaltet werden, und zwar jetzt eingeschaltet werden, und wir gleichwohl nicht gehört werden, dann können Sie von uns, die wir über das Basismaterial nicht verfügen, nicht konkrete Pläne erwarten, sondern dann müssen wir dort wirksam werden, wo die Möglichkeit besteht, daß ein Sinneswandel kommt, und darauf bestehen, daß man die Länder wirklich mitwirken läßt. Soviel zu diesem Zeitpunkt!

(Beifall bei der CSU)

Präsident Hanauer: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Redepenning.

(Zurufe von der CSU)

Frau Redepenning (FDP): Es ist immer schlecht, meine Damen und Herren, wenn nur Eisenbahner über die Eisenbahn sprechen, genauso wie es schlecht ist, wenn ausschließlich Lehrer über Kulturpolitik sprechen. Aber das nur am Rande!

(Beifall bei FDP und SPD – Zurufe von der CSU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CSU-Fraktion hat mal wieder ein erstaunliches Talent bewiesen, von Zeit zu Zeit das falsche Thema in diesem Hause anzuschneiden.

(Beifall bei FDP und SPD)

Das wird ja langsam gute bzw. schlechte Übung hier.

(Zuruf von der CSU: Zensuren!)

– Natürlich „Zensuren“! Wenn man sich hier so auführt, in einer Form über ein Konzept redet, das kein Konzept ist, sondern ein Rechenwerk, dann ist das allerdings ein Tatbestand, der auch Zensuren rechtfertigt.

(Beifall bei der SPD)

Worum es mir hier geht, ist, ein paar Feststellungen zu treffen zu der Frage, ob und in welcher Form eine Debatte über dieses Thema zum derzeitigen Zeitpunkt angebracht ist. Das am 22. Januar veröffentlichte Konzept – wie die einen sagen – oder Rechenwerk – wie die anderen sagen – der Deutschen Bundesbahn über das betriebswirtschaftlich optimale Netz – das ist bereits gesagt worden – ist erstellt worden im Auftrag der Bundesregierung allein von der Bundesbahn. Die politischen Prämissen, Herr Jaumann, die Sie hier rügen, sind für mein Dafürhalten ganz gerechtfertigt.

Was machen Sie denn, wenn Sie in Ihrem Hause ein Programm konzipieren wollen? Sagen Sie dann den Betroffenen: Rechnet mal alleine, und was ihr dann haben wollt, das akzeptieren wir, oder setzen Sie Prämissen, in welchem finanziellen Rahmen und unter Berücksichtigung welcher Tatbestände eine solche Rechenarbeit erstellt werden soll?

(Beifall bei FDP und SPD)

Genau das ist geschehen.

(Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher: Das muß doch jeder Minister!)

(Frau Redepenning [FDP])

Ich möchte zur Versachlichung dieser Debatte ein paar Bemerkungen machen, die uns doch alle zu denken geben. 1975 erreichten die Belastungen des Bundeshaushalts durch die Bundesbahn mit 10,5 Milliarden Mark einen neuen Höchststand, reichlich 18 Prozent mehr als 1974. Dieser Zuschußbedarf bedeutete eine Belastung von 175 Mark pro Bundesbürger respektive 400 Mark pro Steuerzahler und Jahr in dieser Republik.

(Zurufe von der CSU)

Können Sie solchen Entwicklungen zuschauen, ohne den Versuch zu machen, auf allen sich ergebenden Bereichen nach Änderungen zu trachten? Und dazu gehört natürlich – der Herr Kollege Naumann hat's ja gesagt – neben dem Netz auch eine ganze Menge an anderen Fragen, auch die Frage der möglichen zentralen oder dezentralen Verwaltung der Bundesbahn. Viele andere Bereiche müssen mit angesprochen werden. Aber zunächst gehört als einer der größten Kostenfaktoren dieses Streckennetz in seiner heute bestehenden Gestalt auch mit hinein.

Zum Verfahren und dazu, weshalb ich der Meinung bin, daß wir hier zu früh und am falschen Ort diskutieren: Die Staatssekretärskonferenz wird im März ihre Arbeit aufnehmen. Herr Jaumann hat vorige Woche bereits im Ausschuß beklagt, daß die Länderverkehrsminister keine Möglichkeit der Mitwirkung haben. Herr Jaumann, Sie haben eben – was Sie vorige Woche verschwiegen haben – mitgeteilt, daß auf der Wirtschaftsministerkonferenz vom 9. Februar folgendes beschlossen wurde – ich zitiere aus dem Protokoll –:

Der Vorsitzende stellt das Einverständnis der Konferenz mit folgendem fest: Die Wirtschaftsministerkonferenz ist der Auffassung, daß der Ergebnisbericht des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn zum sogenannten betriebswirtschaftlich optimalen Netz nicht Grundlage für das endgültige volkswirtschaftlich notwendige Netz sein kann.

– Völlige Übereinstimmung! –

Sie ist weiter der Auffassung, daß es dem Bundesminister für Wirtschaft obliegt, bei der Erarbeitung des volkswirtschaftlich notwendigen Netzes die gesamtwirtschaftlichen, insbesondere die regional- und strukturpolitischen Belange mit Nachdruck zu vertreten.

– Und nun geht's weiter: –

Die Wirtschaftsminister und -senatoren der Länder sind bereit, den Bundesminister für Wirtschaft jetzt in dieser Phase bei seinen Bemühungen zu unterstützen und eng mit ihm zusammenzuarbeiten. Sie beauftragen die Abteilungsleiter Regionalpolitik unter Federführung von Rheinland-Pfalz mit den erforderlichen vorbereitenden und begleitenden Arbeiten.

Meines Erachtens, Herr Jaumann, haben Sie hier den Aufhänger, konkret den Zugang, den Sie wünschen,

(Zustimmung der Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher)

nämlich unter den Aspekten in allererster Linie der Regional- und Strukturpolitik über die Wirtschaftsministerkonferenz beim Bundesminister für Wirtschaft, der hierfür seine Mitarbeit zugesagt hat, bereits in diesem Stadium alle Belange Bayerns mit einzubringen. Und dann wird sich im kommenden Jahr herausstellen, in welcher Form der Abwägung zwischen betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten, volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten im Angesicht dessen, was uns das alle Jahre im Bundeshaushalt kostet, und den einzelnen regionalpolitischen Belangen der Bundesländer ein Netz zustande kommen wird, zu dem wir dann alle stehen können. Herr Jaumann, Sie haben selbst gesagt – und ich wiederhole das hier, und Sie werden das nicht abstreiten –, daß auch Sie der Meinung sind – ich komme zum Ende, Herr Präsident! –, daß alle Streckenstilllegungen sich mit Sicherheit nicht vermeiden lassen, oder, um genauer zu sein, Sie haben, glaube ich, gesagt, Sie lassen sich nicht gänzlich ausschließen.

Uns kann es im Verlaufe des Jahres 1977 gemeinsam nur darum gehen, das dann vorliegende und zum erstenmal wirklich diskussionswürdige Papier gemeinsam daraufhin zu untersuchen, was für Bayern dabei herauskommt.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und SPD)

Zu diesem Zeitpunkt jetzt gibt das keinen Sinn, und deswegen halte ich das, was wir hier machen, auch für verfehlt.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Hanauer: Herr Kollege Drachsler!

Drachsler (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über das Thema, über das wir uns heute aktuell unterhalten, sollte es eigentlich in der sachlichen Betrachtung keine Meinungsunterschiede geben.

(Beifall bei der CSU)

Denn es geht ja schließlich um die Vertretung und Wahrnehmung berechtigter hochrangiger Interessen Bayerns gegen weitere drohende Benachteiligungen in wirtschafts- und verkehrspolitischer Hinsicht, auch in der Betrachtung der Umweltschutz- und Energiepolitik. Wir schlagen Alarm – und das sollten wir alle tun – gegen die ruinösen Pläne der Bundesverkehrs politik für dieses Land, das flächenmäßig größte Bundesland. Und ich glaube, da sollten wir zusammenstehen.

Ich sage: Ruinöse Pläne. Denn was wird aus den jahrelangen Bemühungen des Bundes und des Landes, aus den Millionen Investitionen in den strukturschwachen und revierfernen Gebieten im Grenzland, wenn nur ein Teil dieser Pläne einmal realisiert wird?

(Vereinzelter Beifall bei der CSU)

Es gibt ja jetzt schon genug Schaden!

(Zuruf des Abg. Kamm)

Und, liebe Freunde, es geht ja jetzt gar nicht um dieses Konzept oder den Plan oder das Zahlenwerk. Bei der Bundesverkehrs politik ist seit 7 Jahren die Redu-

(Drachsler [CSU])

zierung des Verkehrsangebotes auf dem Schienenweg und im Straßennetz Trumpf. Und das zu einer Zeit, in der man dem wehrlosen Autofahrer die höchsten Benzinabgaben abnimmt!

(Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher: Arme Autofahrer!)

Wer derartige Pläne einreicht, Strecken stillzulegen, müßte gleichzeitig, wenn er verantwortlich handelt, Pläne für die versprochenen Ersatzverkehre mit belegen, dafür, was dann geschieht, wenn man stilllegt. Aber das vermissen wir.

(Vereinzelter Beifall bei der CSU – Abg. Dr. Rothemund: Die Bundesbahn soll das? Sie haben doch keinen blassen Schimmer!)

– Ich rede ja von der Verantwortung! Herr Kollege, Sie wissen genau, daß Bahn und Post, qualifizierter Straßenverkehr, Seeschifffahrt und Flugwesen in das Hoheitsgebiet des Bundes fallen. Dafür bezieht er Steuern, und dafür soll er zahlen!

(Abg. Heinrich Schnell: Stammtischgeschmarre! – Abg. Dr. Rothemund: Stammtischerzählungen! Sowa nennt sich Verkehrsberater! Lassen Sie sich einmal beraten! – Anhaltende Zurufe des Abg. Kuhbandner)

Und noch eines: Wer auch nur gedanklich solche Pläne gutheißt oder verniedlicht oder sich mit ihnen identifiziert, wird zum Helfershelfer des Bundes, der sich aus seiner gesetzlichen Verpflichtung gegenüber Ländern und Gemeinden unauffällig davon schleichen will.

(Beifall bei der CSU)

Es geht nicht nur um die Bundesbahnpläne. Seit diese Regierung am Ruder ist, gab es in sieben Jahren drei Verkehrsminister,

(Zurufe von der SPD)

jeder hatte einen anderen Plan. Herr Leber hat uns versprochen: Wenn mein Plan realisiert wird, dann gibt es keine Ortschaft, die weiter als 10 Kilometer von der Autobahn entfernt ist.

(Zurufe von der SPD – Abg. Kuhbandner: „10 Mark sind genug für Ihre Beratertätigkeit“!)

Der „Lau-Lau-Plan“ – Lauritz Lauritzen – hat uns versprochen: Priorität des Nahverkehrs; der Mensch hat Vorfahrt. Und jetzt haben wir einen Plan, bei dem, wenn er realisiert wird, die Überschrift gilt: Der Mensch bleibt auf der Strecke.

Das sind verkehrspolitische Parolen! Was soll da aus den Gebieten unseres Flächenstaates werden!

(Widerspruch bei der SPD)

– Ich verstehe nicht, daß Sie sich aufregen.

(Abg. Dr. Rothemund: Wenn man so was hört!)

Herr Kollege Gabert hat am 20. Januar vergangenen Jahres gesagt – hören Sie zu, was Ihr Fraktionschef sagt –:

Auch wir verfolgen mit großer Sorge die Bundesverkehrs politik und sind bereit, mit Ihnen an einem Strang zu ziehen, wenn es um die Vertretung Bayerns und bayerischer Interessen geht.

Daß Kollege Naumann am 16. Februar bereits anderer Meinung war und alle diejenigen, die für Bayerns Interessen eintreten, Dauerlutscher nannte, steht auf einem anderen Blatt.

(Hört, hört! bei der CSU)

Wir brauchen eine gute Eisenbahn bis zur letzten Endstation, das ist die Parole der CSU.

(Widerspruch und Lachen bei der SPD)

– Jawohl! Die Parole der CSU war einmal: eine gute Straße bis ins kleinste Dorf. Wir haben das realisiert, und jetzt wollen wir auch eine leistungsfähige Eisenbahn. Die betriebswirtschaftliche Betrachtung allein reicht nicht aus. Es muß mehr drin sein. Die Bundesbahn ist ein Unternehmen für die Allgemeinheit, und wenn ihm Bonn helfen will, soll es das Fremdkapital abbauen; die Bahn zahlt 1,8 Milliarden DM Zinsen im Jahr, das sind 5 Millionen am Tag. Dann wird die Bahn wieder gesund.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und Zuruf: Man muß den Drachsler stilllegen!)

Präsident Hanauer: Herr Kollege Schlittmeier!

Dr. Schlittmeier (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Staatsminister Jaumann monierte die politischen Prämissen, die die Bundesbahn für die Erarbeitung des vorliegenden Werkes erhalten habe, und sagte dazu, er wolle dabei nicht auf die letzten 20 Jahre zurückgehen.

Meine Damen und Herren! Wir alle wissen, daß die Sanierung der Bundesbahn eine langfristige Angelegenheit ist. Die CSU muß sich dazu bekennen, daß sie mit der CDU für die in der Großen Koalition gemeinsam beschlossene Stilllegung von 5100 Kilometern die politische Verantwortung trägt.

(Beifall bei der SPD)

Wir können ihr nicht abnehmen, daß sie die Strecken, die von 1968 bis heute stillgelegt worden sind, politisch nur der jetzigen Bundesregierung anlastet. Das ist gemeinsam beschlossen worden und das haben Sie als ersten Schritt in diese Richtung mit zu tragen.

Sie haben die Meinung vertreten – da unterscheiden wir uns nicht allzuweit –, daß das Unternehmen auch nach kaufmännischen Gesichtspunkten geführt werden muß. Die Frage ist, was aus volkswirtschaftlichen Gründen aus allgemeinen Steuermitteln dafür geleistet werden muß, daß neben einem optimalen betriebswirtschaftlichen Netz ein gesamtwirtschaft-

(Dr. Schlittmeier [SPD])

liches Netz, vor allem von der Struktur, vom Fremdenverkehr und anderen Prämissen her gesehen, erhalten bleibt.

(Schön wär's! bei der CSU)

Die Bundesbahn hat dazu ein Konzept vorgelegt und in diesem Konzept selbst bereits gesagt, daß das betriebswirtschaftlich optimale Netz durch ein gesamtwirtschaftliches Netz ergänzt werden muß. Wer außer CDU- und CSU-Rednern behauptet allen Ernstes, daß das jetzt vorgelegte betriebswirtschaftlich optimale Netz das endgültige Netz sei?

(Zuruf von der CSU: Kein Mensch!)

Das kann doch niemand ernstens behaupten. Warum unterstellen Sie das aber dann ununterbrochen in der Öffentlichkeit?

(Beifall bei der SPD)

Niemand kann daran vorübergehen, daß der Personenverkehr der Bundesbahn, der 1950 noch 45 Prozent des gesamten Personenverkehrs betragen hat, heute auf 7 Prozent zurückgegangen ist. Wollen Sie alle diese Strecken, wo nur mehr 7, zum Teil nur mehr 3 Prozent der Bevölkerung verkehren, aufrecht erhalten? Nicht einmal Wirtschaftsminister Jaumann will das, wie er im Wirtschaftsausschuß gesagt hat.

(Zuruf von der CSU: Wollen Sie die alle zumachen?)

- Nein, wir wollen das nicht, sondern wir wollen verantwortlich prüfen, welche Teile davon effektiv auch unter strukturpolitischen Gesichtspunkten nicht mehr gehalten werden können und welche mit Zuschüssen aufrechterhalten bleiben müssen.

Herr Staatsminister, Sie haben das Ergebnis der Wirtschaftsministerkonferenz vom 9. Februar in Berlin mitgeteilt und gesagt, daß die Wirtschaftsminister jetzt schon mitarbeiten. Ich möchte daran erinnern, daß auch der Bundeskanzler mit den Regierungschefs am 28. November in der Frage des volkswirtschaftlich notwendigen Netzes die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit betont hat. Auch Sie haben nicht gesagt, daß Sie nicht bereit wären, an der Frage mitzuarbeiten. Daß ein Landesminister oder Staatssekretär nicht direkt an den Sitzungen des Staatssekretärsausschusses in Bonn teilnimmt, kann doch nicht scheitern lassen, daß wir aus bayerischer Sicht versuchen, eine Position aufzubauen, die für unsere Wirtschaft und unsere Bevölkerung notwendig ist. Es kann nicht so gehen, wie Sie sich beim Leberplan verhalten haben, wo Sie gemeinsam mit Wirtschaftsverbänden verhindert haben, daß ausreichender Güterverkehr auf die Schiene zurückgekommen ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir haben vorgeschlagen und halten den Vorschlag aufrecht, daß ein Verkehrsforum, wie es Nordrhein-Westfalen unter Führung des Ministerpräsidenten Kühn bereits beschlossen hat, auch für Bayern eingerichtet wird. Wir Sozialdemokraten sind bereit, positiv an Vorschlägen mitzuarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Hanauer: Nächster Redner, Herr Kollege Daum!

(Zuruf von der SPD: Ist der Daum ein Eisenbahner?)

Daum (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, gerade aus der Sicht der strukturschwachen Gebiete und der peripheren Räume haben wir allen Grund, uns gegen die Pläne für ein betriebswirtschaftlich optimales Netz zu wenden. Wir wenden uns gegen dieses Konzept deshalb, weil wir hier und heute von Staatsminister Jaumann in Erfahrung bringen konnten, daß bei der Vorgabe der Prämissen die Strecken der Ballungsräume ausgeklammert worden sind und man in erster Linie auf die Strecken im ländlichen Bereich abhebt,

(Abg. Dr. Rothmund: Warum wohl?)

nur letztere als defizitär bezeichnet, obwohl wir genau wissen, daß auch der Nahverkehr in den Ballungsräumen defizitär ist und über das Mineralölsteueraufkommen vom flachen Land mitsubventioniert werden muß. Wir müssen in aller Deutlichkeit feststellen, daß das Schienennetz nicht weniger als 50 Prozent, insbesondere auf dem flachen Land, verkürzt wird, in Bayern insgesamt um 46 Prozent. Wir wissen auch, daß ein entsprechender Ersatzverkehr fehlt, weil in den letzten Jahren dank Ihrer Verkehrspolitik, meine Damen und Herren der sozialdemokratischen Seite, das Land in dieser Hinsicht sträflich vernachlässigt worden ist. Wir wissen weiter, wie nachteilig sich die Reduzierung des Schienenverkehrs für das flache Land auswirkt, wie die Reduzierung nicht nur den verkehrspolitischen Zielsetzungen der Bayerischen Staatsregierung kraß zuwiderläuft, sondern alle Bemühungen hinsichtlich Industrieansiedlung und Schaffung von Arbeitsplätzen, wovon gerade Sie immer so groß tönen und reden, in Frage stellt. Hier sehen wir in der Praxis, daß Ihre Vorstellungen dem einfach zuwiderlaufen.

Sie sprechen von der Unsicherheit und glauben, daß ausgerechnet die CSU diejenige gewesen sei, die durch ihr Reden die Unternehmen auf den Plan rufe. Nein, die Presse hat seit Wochen über die Pläne geschrieben, diese Pläne verurteilt und damit die einschlägigen Wirtschaftsunternehmen mobil gemacht, die jetzt bereits Überlegungen anstellen, ob sie in Zukunft der Bundesbahn als Verkehrsunternehmer draußen auf dem flachen Lande überhaupt noch Vertrauen schenken können. Gerade die Verlater sind es, die mit ihren Investitionen in den nächsten Jahren bereits heute wissen müssen, ob sie morgen mit der Sparstrecke zu rechnen haben oder ob dies nicht der Fall ist. Ich glaube, diese Pläne, die in erster Linie auf kaufmännische und eigenwirtschaftliche Betriebsführung abheben, sollten auch verkehrs-, struktur- und regionalpolitisch gesehen werden. Gerade auf dem flachen Land erwächst diese besondere Verpflichtung der Bundesbahn. Es ist unmöglich und unvorstellbar, wenn z. B. nach Verwirklichung solcher Pläne der Weg von Straubing oder von Plattling nach Cham oder Zwiesel in Zukunft über die Bahnstrecke nach Regensburg genommen werden müßte.

(Sehr gut! bei der CSU)

(Daum [CSU])

Wir sollten uns diese Dinge einmal vergegenwärtigen! Dies ist einfach unmöglich, wenn man überhaupt – ich möchte sagen – im Rahmen von Zielvorgaben und Untersuchungen solche Pläne – und das ist doch die große Gefahr – öffentlich bespricht und insoweit in die Tat umsetzt, als man sie zu einem öffentlichen Gesprächsstoff macht, daß man sich am Ende, so wie es der Herr Bundeskanzler sehr schön und sehr angenehm tat, der Mann mit den starken Worten, lautstark distanziert und sagt: Wir verschieben diese Dinge bis zum Jahr 1977. Damit, meine Damen und Herren, erreichen wir eines: daß vor allen Dingen während der Wahlzeit große und viele Aussagen über die eine oder andere Streckenkonzepktion gemacht werden.

Ich beklage in diesem Zusammenhang, daß auch die Konzentrierung der Ämter und Behörden bei der Bundesbahn nicht nur das eine nach sich zieht, daß von den 16 Bundesbahndirektionen nicht nur bereits 5 zusammengelegt und damit eingespart sind und eine weitere 1976 eingespart werden soll, sondern daß darüber hinaus Betriebsämter, Ausbesserungsämter und Bahnmeistereien eingespart und aufgelöst werden.

(Zurufe von der FDP)

– Das ist nicht die Frage! Nicht über Wasserköpfe werden wir unter Umständen solche Defizite abbauen, sondern über eine vernünftige, sachbezogene Verkehrsregelung, wobei man das nicht auf Kosten des flachen Landes tun kann, über die Direktionen, die Betriebsstätten draußen, die sog. Lehrwerkstätten, die Bahnmeistereien.

(Zuruf der Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher)

Der kleine Mann, der Beamter geworden ist, muß heute draußen bei der Rotte arbeiten, weil seine Stelle und seine Arbeit damit aufgehoben worden ist.

Ich darf die Staatsregierung bitten, in ihren Bemühungen um eine gerechte und sachliche Lösung gerade bei dieser Frage die Interessen Bayerns und die Interessen der Arbeitnehmer auf dem flachen Land wie bisher wirkungsvoll und wirksam zu vertreten.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Manauer: Das Wort hat der Herr Staatssekretär im Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr.

(Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher: Die Wahlschlacht! – Abg. Kamm: Der Wahlkämpfer!)

Staatssekretär Sackmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf zu dem, was gerade Kollege Schlittmeier vorhin angesprochen hat, ein paar Randbemerkungen machen. Lieber Herr Kollege Schlittmeier! Sie haben gesagt, wir hätten das Konzept von Leber, mehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, bekämpft. Ich kann nur feststellen: Dieses Land Bayern und dieses Wirtschaftsministerium haben nachdrücklich das Gleisanschlußprogramm, das damals von Herrn Leber vorgelegt wurde – Gott sei Dank, ich lobe ihn deswegen überall draußen im

Land –, sehr stark unterstützt. Nur müssen wir es jetzt erleben, daß fast all die Gleisanschlußbahnhöfe, die wir gebaut haben, in der Zwischenzeit wieder stillgelegt worden sind, weil die Eisenbahnstrecken nicht mehr betrieben werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Rothemund)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition! Sie hätten gestern mittag dabei sein sollen, als die Abgeordneten des französischen Parlaments, die Mitglieder des Verkehrsausschusses der französischen Nationalversammlung hier bei uns in Bayern zu Gast waren, die sich mit all den Problemen des Verkehrs und all seinen Bereichen – in Bonn haben sie es genauso getan – befaßt haben. Die haben nur den Kopf geschüttelt über Stilllegungspläne dieser Art, weil dort in Frankreich die Regierung vor wenigen Wochen beschlossen hat, keine einzige Eisenbahnstrecke mehr stillzulegen, sondern im Gegenteil auszubauen.

(Zurufe der Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher, des Abg. Dr. Rothemund und anderer von SPD und FDP)

Ich glaube, es wäre gut, wenn sich der Verkehrsminister Gscheidle bei seinen Kollegen in Frankreich erkundigen würde, warum man dort keine Strecke mehr stilllegt, sondern neue baut. Ich glaube, bei uns sollte man auch die Rechnung aufstellen, gerade für das Zonenrandgebiet.

(Zuruf der Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher – Weitere Zurufe)

– Sie lassen ja keinen einzigen mehr aussprechen! Dabei haben wir noch am 16. Dezember 1975 miteinander einen so schönen und einmütigen Beschluß gefaßt, Bayerns Interessen zu vertreten, indem nämlich die Bayerische Staatsregierung gebeten worden ist, bei der Bundesregierung dafür zu sorgen, daß ihr Gesamtkonzept noch im Sommer 1976 vorgelegt wird. Das haben Sie mit beschlossen. Und nun, 8 Wochen später, tun Sie so, als ob das nicht mehr gelten würde. Stehen Sie wirklich nur noch im Wahlkampf?

(Zustimmung und Lachen bei SPD und FDP)

Denken Sie nicht mehr an die Interessen Bayerns?

(Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher: Sie machten den Anfang! – Zahlreiche Zurufe von SPD und FDP)

Herr Kollege Schlittmeier, Sie haben gesagt, in Bayern möge man auch eine Landesverkehrskonferenz einberufen, ähnlich wie sie in Nordrhein-Westfalen vom Ministerpräsidenten bereits veranlaßt worden ist. Dieser bayerische Ministerpräsident hat sich als erster einen Verkehrsberaterausschuß zugelegt, hat bereits für den 5. März zu dieser Landesverkehrskonferenz eingeladen, dazu auch Ihre Partei. Dort, glaube ich, können wir miteinander die Probleme sachlich viel besser erörtern, als daß Sie hier in so hässlicher Weise dauernd das, was Ihnen einfach nicht paßt, was Sie nicht mehr hören wollen, einfach vom Tisch fegen.

(Beifall bei der CSU – Abg. Kamm: Mein Gott, war der schwach!)

Präsident Hanauer: Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Börner!

Börner (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Staatsminister hat die Bitte ausgesprochen, dieses Problem möge in diesem Hause mit dem notwendigen Ernst gesehen, betrachtet und auch behandelt werden. Ich pflichte Ihnen, Herr Staatsminister, sehr wohl bei, bin aber gleichzeitig der Auffassung: Wer verkehrspolitisch der Zukunft gerecht werden möchte, kommt nicht umhin, die Gegenwart zu sehen, vergleichsweise der Vergangenheit gegenüberzustellen, um daraus resultierend den Standort zu bestimmen, den Standort mit den anstehenden und vorliegenden Aufgaben, um diese zu bewältigen. Ich meine, wer in Sachlichkeit, Objektivität und Ernst dieses Problem sehen und angehen möchte, ist gezwungen und verpflichtet, aus den in der Vergangenheit gemachten Fehlern die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Das muß ich vorausschicken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bedingt durch eine verfehlte Verkehrspolitik in den letzten Jahren – ich sage bewußt „in den letzten Jahren“ und meine absichtlich auch die Zeit, in der das Bundesbahngesetz verabschiedet worden ist im Jahre 1952, weil wir gar nicht umhin können –

(Abg. Drachsler: 1961!)

– 1952 muß ich Ihnen sagen, Herr Kollege Drachsler –, dieses Eisenbahngesetz mit anzuführen. Denn durch diese verfehlte Verkehrspolitik in den letzten Jahren ist die Bundesbahn völlig berechtigt in den Mittelpunkt heftiger Diskussionen in der Öffentlichkeit geraten.

Und zu Ihnen, Herr Kollege Knipfer: Auf Grund der lang anhaltenden, aber unverkennbaren Negativentwicklung in diesem Unternehmen sind wir an einem Punkt angelangt, an dem die verantwortlichen Politiker in Staat und Gesellschaft gezwungen sind, unzweideutig, jedoch klar, objektiv und wahr zu sagen, was mit dieser Bundesbahn in der Zukunft geschehen muß.

(Zuruf von der CSU: Dann sagen Sie es!)

Wir haben festzustellen, daß Sandkasten- und Modellspele und viele Experimente der Vergangenheit leider zu keinem Erfolg geführt haben; das ist die eine Seite. Als die andere ist für uns festzustellen, daß ein Zickzackkurs, seit vielen Jahren eingeleitet, verlängert worden ist und zum anderen gleichzeitig auch der Verkehrswirrwarr sich selbst überlassen blieb und damit – lassen Sie mich das kritisch anmerken – eine Konzeptionslosigkeit beibehalten worden ist, die ihresgleichen sucht.

(Beifall bei SPD und FDP)

Zugegeben: dieses betriebswirtschaftlich optimale Netz, vorgelegt vom Vorstand der Deutschen Bundesbahn, hat uns alle aufgeschreckt. Es ist zu befürchten, daß dieses Zahlenspiel und die Beibehaltung der Orientierung an Vermutungen weiterhin

Platz greifen, daß diese beiden Fakten so lange Realität bleiben, wie wir insgesamt nicht bereit sind, die Widersprüche zu beseitigen.

(Abg. Dr. Fischer: Was willst du denn damit sagen?)

– Die Widersprüche, Herr Kollege Dr. Fischer und Herr Kollege Drachsler – lassen Sie mich das sagen –, die Widersprüche des Bundesbahngesetzes, und darum geht es, liegen darin, daß auf der einen Seite die Forderung erhoben wird, nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu handeln, und auf der anderen verlangt wird, nach gemeinwirtschaftlichen Prinzipien zu entscheiden. Wenn nun – und das zu Recht – Klage darüber geführt worden ist, daß mit dem „betriebswirtschaftlich optimalen Netz“ die schwachstrukturierten Gebiete Nachteile in Kauf nehmen müßten, dann müssen Sie, solange das Bundesbahngesetz nicht novelliert wird, davon ausgehen, daß diese Gebiete von Schwellenwerten und Richtzahlen abhängig sind, die auch in den Ballungszentren und den Ballungsgebieten Gültigkeit haben. Wenn diese Schwellenwerte und Richtzahlen beibehalten werden, dann müssen diese Gebiete eben weitere Nachteile leider zur Kenntnis nehmen.

Lassen Sie mich zum Schluß folgendes sagen: Die vorliegenden Kriterien insbesondere für die schwachstrukturierten oder die peripher gelegenen Gebiete dürfen niemals einseitig und noch weniger, wie ich meine, ausschließlich unter betriebswirtschaftlichen Aspekten gesehen werden. Vielmehr sollten wir gemeinsam den Standpunkt vertreten, daß die Bundesbahn – und diesen Gesichtspunkt sollten wir in den Vordergrund stellen – im Bereich der Sozial- und auch der Regionalpolitik große volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat.

Lassen Sie mich, was die politische Prämisse angeht, nun doch noch ein Weiteres ausführen: Zugegeben, Herr Staatsminister, die Bundesregierung ist in der Vergangenheit diesen Aufgaben nicht immer gerecht geworden. Ich muß aber auch feststellen, daß der Freistaat Bayern hinsichtlich der politischen Aufgabenstellung dieser Verpflichtung ebenfalls nicht nachgekommen ist. Dabei muß ich Bezug nehmen, Herr Staatsminister, auf die Einleitung Ihres Generalverkehrsplans.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich bin sofort fertig, Herr Präsident. – Dort steht zu lesen: „Die Planung des Verkehrsangebotes hat dabei Grundsätze des Wettbewerbs mit ordnungspolitischen Aspekten zu einem funktionierenden Konzept zusammenzuführen.“ Persönlich bin ich der Auffassung, Herr Staatsminister, daß Sie Ihren eigenen Grundsätzen nicht nachgekommen sind, indem alle Bundesländer in der Vergangenheit zu stark der Liberalisierung des Gesamtverkehrs das Wort geredet haben. Damit haben sie insgesamt den Bund in seiner Auseinandersetzung mit der ruinösen Konkurrenz im Verkehrsbereich zu sehr geschwächt.

(Glocke des Präsidenten)

(Börner [SPD])

Es geht um die Integration des Gesamtverkehrs. Dazu sind wir in der sozialdemokratischen Fraktion, auch in unserer Rolle als Opposition in diesem Hause, bereit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Hanauer: Nächster Redner ist der Herr Kollege Röhl.

Röhl (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir von der CSU haben diese Aktuelle Stunde beantragt, um die Sorgen der Bevölkerung wegen des „betriebswirtschaftlichen“ Netzes der Bundesbahn zum Ausdruck zu bringen. Mein Thema ist die Auswirkung dieser betriebswirtschaftlich projektierten Stilllegungen auf den bayerischen Fremdenverkehr. Es handelt sich um ein betont bayerisches Thema und eine betont bayerische Sorge. Die bayerischen Fremdenverkehrsgebiete liegen größtenteils am Rand unseres Landes; für sie ist der Schienenstrang eine wesentliche Lebensader.

Wie kommen die Fremdenverkehrsbetriebe nun in dem projektierten Netz davon? Sie verlieren zum größten Teil den Anschluß. Und was uns die größten Sorgen macht, meine Damen und Herren: Bei diesem Netz handelt es sich gar nicht um ein echtes betriebswirtschaftliches Netz – sonst hätten alle defizitären Strecken einbezogen werden müssen –, sondern man hat den Personennahverkehr politisch ausgespart. Die große Sorge unserer Bevölkerung geht somit dahin, daß in diesem Falle wieder einmal Entscheidungen zu Lasten der Randgebiete und des flachen Landes überhaupt präjudiziert werden sollen.

Was steht nun im Feuer, meine sehr verehrten Damen und Herren? Bei diesem Netz stehen im Feuer die Verbindungen südlich der Linie Lindau–Sonthofen – Kempten – Kaufbeuren – Weilheim – Holzkirchen – Rosenheim – Bad Reichenhall, die Verbindungen östlich der Linie Hof–Weiden–Regensburg–Passau, Teile von Oberfranken und Unterfranken, aber auch international so bekannte Reiseziele wie Oberstdorf, Oberammergau, Berchtesgaden, andere in der ganzen Welt bekannte Fremdenverkehrsorte im Ostallgäu, im Isarwinkel – denken Sie an Lenggries –, im Schlierseer und im Tegernseer Bereich sowie im Bayerischen Wald.

Wenn man nun die Region, das Umland betrachtet, stehen wir mitten in der Strukturpolitik. Es sind Randgebiete, wo wir mit unserer Politik der staatlichen Wirtschaftsförderung und wo private gewerbliche Initiative mit großer Investitionsbereitschaft in langen, mühsamen Jahren eine vorbildliche Aufbauarbeit geleistet haben.

Meine Damen und Herren! Es darf doch jetzt nicht die eine öffentliche Hand das zerstören was die andere öffentliche Hand in langwieriger Förderungsarbeit aufgebaut hat.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne, um es griffig zu machen, als Beispiel die Strecke Bad Reichenhall–Berchtesgaden. Immerhin reisen dort 40 Prozent der Gäste noch mit der Bahn an. Es handelt sich um ein Mittelzentrum, dem landesplanerisch mit der Schiene eine wesentliche Grundlage entzogen wäre und wo eine Verkehrsverlagerung auf die Straße unverantwortlich ist. Denken Sie z. B. nur an den Paß Hallthurm, an die dortigen Geländeschwierigkeiten und die Finanzmisere.

Nun sagt der Herr Bundeswirtschaftsminister Fride- ricks, die Belange der Fremdenverkehrsorte müßten durch Ersatzverkehr gewahrt bleiben. Schön, meine Damen und Herren! Aber die Frage lautet: Was ist ein Ersatz? Der Bus sicher nicht. Denken Sie an die täglich durchgehenden Kurswagen der Bahn aus dem Ruhrgebiet und aus Norddeutschland in unsere Fremdenverkehrsgebiete wie Berchtesgaden! Denken Sie an die vielen Reisezüge der Touristikunter- nehmen etwa an den Waginger See! Denken Sie an die Probleme des Gepäcks für den Mehrwochen- urlaub oder an den sozial schwächeren Urlaubsgast, der auf die Bahn angewiesen ist, oder letztlich und vor allem an die Heilbäder und Kurorte mit den vie- len alten und gebrechlichen Gästen! Man traut sich ja die Namen der Orte gar nicht zu sagen, die hier betriebswirtschaftlich abgehängt werden sollen: Bad Kissingen, Bad Brückenau, Bad Berneck, Bad Wö- rishofen.

(Abg. Koch: Wer sagt denn, daß Bad Kissingen und die anderen abgehängt werden?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alles in allem: Was hier im Feuer steht, Herr Kollege, sind unabsehbare Schäden. Sicher müssen volkswirt- schaftliche Korrekturen kommen; aber niemand weiß, inwieweit. Gegenwärtig zeigt sich doch die Bundesregierung in Sachen Bundesbahn absolut handlungsunwillig; sie sagt: 1977 oder später reden wir dann schon!

(Zuruf von der SPD)

Und sie zeigt sich völlig unwillig, die Länder zu be- teiligen.

Um so mehr muß von Bayern aus – und damit möch- te ich schließen – die unabdingbare Forderung ge- stellt werden: Wenn jetzt von der Bundesregierung das volkswirtschaftliche Netz erarbeitet wird, kann das nicht allein in Bonn, nicht allein durch einen dortigen Staatssekretärsausschuß geschehen, sondern dann muß Bayern bei der Erarbeitung der volkswirt- schaftlichen Kriterien erstens rechtzeitig und zwei- tens ausreichend beteiligt werden. So hat es der Wirtschaftsausschuß dieses Hohen Hauses am letz- ten Donnerstag in einem Beschluß gefordert. Ich bit- te Sie alle, sich dieser Forderung anzuschließen, und danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Hanauer: Herr Kollege Jaeger als nächster Redner!

Jaeger (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich vor etwa zwei Wochen in der Zeitung gelesen hatte, daß Sie, meine Damen und Herren von der CSU, diese Aktuelle Stunde beantragt haben, hatte ich den Eindruck, daß Sie über die neuesten Nachrichten nicht informiert waren; denn in diesem Augenblick stand bereits fest, daß Bundeskanzler Schmidt ein Machtwort gesprochen und ausgeführt hatte, daß mit derartigen Streckenstilllegungen nicht zu rechnen ist. Freunde sagten mir, ich würde da irren, man wolle hier eine Wahlkampfarena aufbauen und werde sicher den Wahlkampf einläuten. Wenn ich Ihre Ausführungen, sehr verehrter Herr Kollege Knipfer, und die anschließenden Ausführungen des Kollegen Drachsler bedenke, dann haben diese Pessimisten unter meinen Freunden wohl recht gehabt. Denn was hier an Emotionen auf den Tisch des Hauses gelegt worden ist, läutet in der Tat den Wahlkampf in einer Art und Weise ein, wie wir alle ihn nicht brauchen können.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt Probleme, die sich durch Zeitablauf von selbst erledigen, und es gibt solche, die durch Zeitablauf nur noch schlimmer werden. Zu den letzteren gehört leider auch das der Deutschen Bundesbahn. Schon im Jahre 1964 hat ihr damaliger Präsident, Professor Oeftering, darauf aufmerksam gemacht, daß die Deutsche Bundesbahn bei der derzeitigen Wettbewerbssituation nicht in der Lage ist, ihre vollen Kosten zu erwirtschaften. Er hat auf die negativen Folgen einer derartigen Entwicklung mit dem gebotenen Nachdruck hingewiesen. Bedauerlicherweise hat man jedoch das Problem Deutsche Bundesbahn immer wieder vor sich hergeschoben und die Bundesbahn als das Stiefkind der Verkehrspolitik behandelt. Das war schon unter Seeborn so, und ich möchte – vielleicht zur Überraschung von Ihnen, meine Damen und Herren von der CSU – hinzusetzen: Es ist unter Herrn Gscheidle nicht besser geworden.

Aber, meine Damen und Herren, wo liegt das Problem? Das Problem liegt, wie Kollege Börner mit Recht ausführte, in unserem Bundesbahngesetz. Und, Herr Minister Jaumann, ich muß Ihnen nun doch einmal den einschlägigen Paragraphen vorlesen. Ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten den § 28 des Bundesbahngesetzes, in dessen Absatz 1 es wie folgt heißt:

Die Deutsche Bundesbahn ist unter der Verantwortung ihrer Organe wie ein Wirtschaftsunternehmen mit dem Ziel bester Verkehrsbedienung nach kaufmännischen Grundsätzen so zu führen, daß die Erträge die Aufwendungen einschließlich der erforderlichen Rückstellung decken; eine angemessene Verzinsung des Eigenkapitals ist anzustreben. In diesem Rahmen hat sie ihre gemeinwirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen.

Die Deutsche Bundesbahn, meine Damen und Herren, ist infolgedessen nur ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachgekommen, als sie untersuchte, wie das Unternehmen aus den roten Zahlen herauskommen kann und wie ein betriebswirtschaftlich op-

timales Netz aussehen müßte. Infolgedessen kann hier nicht von einem „Rechenwerk“, das „dummes Zeug“ ist, gesprochen werden.

Die Information der Öffentlichkeit über die Frage, welche Eisenbahnstrecken rentabel und welche unrentabel sind, ist im übrigen von den Spitzenverbänden der Industrie ausdrücklich begrüßt worden. Jetzt sind die Politiker, jetzt sind wir am Zug;

(Beifall bei der FDP)

wir müssen prüfen, wieviel Eisenbahnen wir über das betriebswirtschaftlich optimale Netz hinaus noch haben wollen, und auch – meine Damen und Herren, das ist entscheidend –, was wir hierfür zu bezahlen bereit sind.

(Beifall bei der FDP – Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher: Sehr wahr!)

Meine Kollegin, Frau Redepenning, hat bereits ausgeführt, daß der jährliche Zuschußbedarf der Deutschen Bundesbahn im Augenblick bei 10 Milliarden Mark liegt. Das macht immerhin den stolzen Betrag von 400 Mark pro Steuerzahler aus. Und ich kann Ihnen sagen, daß dann, wenn wir nichts tun, es so sein wird, daß wir Anfang der 80er Jahre einen Zuschußbedarf von 20 Milliarden Mark brauchen werden. Das macht immerhin 800 Mark pro Steuerzahler aus. Und dann müssen wir uns doch fragen, ob wir uns als Steuerzahler eine derartige Ausgabe leisten können. Es gibt bestimmt eine gute Menge von Gründen, die dafür sprechen, im Interesse unserer Sicherheit – und wenn ich von Sicherheit spreche, meine ich nicht nur die Sicherheit im Vergleich zum Straßenverkehr, sondern auch die Sicherheit der Energieversorgung –, das Netz der Deutschen Bundesbahn so zu erhalten, wie es heute ist.

Aber, meine Damen und Herren, dann darf man nicht mit doppelter Zunge sprechen und sich der Erhöhung der Mehrwertsteuer in Bonn so leidenschaftlich widersetzen, wie Sie von der CSU es im Augenblick getan haben.

(Beifall bei FDP und SPD)

Das paßt ja nicht zusammen, hier im Bayerischen Landtag aufzutreten und vom Bund zu verlangen, daß er die Deutsche Bundesbahn so bestehen läßt, wie sie besteht, zu verlangen, daß sie an die letzten Grenzorte hinfährt, und gleichzeitig zu sagen, daß Sie nicht bereit sind, die notwendigen Konsequenzen mitzutragen, die zwangsläufig bedeuten, daß eben in Form von Steuern die hierzu notwendigen Mittel aufgebracht werden müssen.

Noch einmal zurück zum Bundesbahngesetz! Keiner von Ihnen, meine Damen und Herren von der CSU, hat bisher einen diesbezüglichen Abänderungsantrag zum Bundesbahngesetz im Bundestag eingebracht. Und hier liegt, wie Kollege Börner mit Recht ausführte, der Schlüssel zu der ganzen Geschichte. Ich bitte Sie infolgedessen, Ihre diesbezüglichen Initiativen auf dieser Seite zu entfalten und nicht hier im Bayerischen Landtag Wahlkampf zu machen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Hanauer: Das Wort hat der Herr Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

Staatsminister Jaumann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf mit Frau Redepenning beginnen. Sie haben gesagt, Frau Kollegin, die CSU würde hier zur falschen Zeit das falsche Thema behandeln. Darf ich eine ketzerische Bemerkung machen oder eine Frage stellen: Wann eigentlich soll dieses Parlament, wenn es überhaupt zu diesem Thema Stellung nimmt – das ist eine andere Frage –, zu diesem Thema Stellung nehmen als zu Beginn einer Entwicklung, die negativ verlaufen kann? Das ist doch gar keine Frage!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Das Zweite – als Mitglied dieses Hohen Hauses darf ich das wohl sagen –: Stundenlang beraten wir über „höchst bedeutsame“ Eingaben aus X-Y-Hausen und dort und dort, ganze Latten von Tagesordnungspunkten beschäftigen uns; aber über ein Thema, das von so hoher politischer – ich sage bewußt nicht parteipolitisch, sondern landespolitischer – Brisanz ist, einfach hinwegzugehen, das würde ich in der Tat für falsch halten.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe in meinem ersten Diskussionsbeitrag bewußt darauf hingewiesen, daß es sich nicht nur um ein Rechenwerk handle, sondern um ein Rechenwerk, dem politische Vorgaben vorgehen. Warum habe ich das gesagt? Ich habe das deswegen gesagt, um Sie darauf aufmerksam zu machen, daß wir jetzt nicht den Fehler begehen dürfen, einfach darüber wegzureden und zu sagen: das ist ein Rechenwerk, das gilt nicht, das ist vom Tisch. Gerade eben habe ich es gehört, der Bundeskanzler habe eingegriffen – so hat Kollege Jaeger gesagt –, jetzt sei es wieder vom Tisch. Das stimmt ja nicht und kann ja nicht stimmen! Wenn zwei Ziele, zwei Überschriften vorgegeben waren, dann doch die, die Bundesbahn zu stabilisieren. Und zu diesem Zweck hat man gesagt: Netzkonzentration und zweitens: Investitionen. Das heißt, das Thema ist ja nicht vom Tisch, sondern es bleibt nach wie vor da.

Ich komme dann gleich auf Ihren Hinweis, wer der Schuldige sei: das Gesetz! Ich kann nur sagen: Jetzt haben wir endlich den „Schuldigen“; das Gesetz ist es. Verzeihen Sie mir, wenn ich das sage! Seit sieben Jahren haben Sie die Mehrheit. Ich will nicht sagen, daß die CDU/CSU-Regierungen früher nicht auch Fehler begangen haben; das will ich nicht sagen, aber von Jahr zu Jahr werden die Probleme der Bundesbahn größer. Ja, einmal muß doch der Punkt kommen, wo eine Regierung sagt: Jetzt können wir es nicht mehr treiben lassen, jetzt müssen wir zugreifen!

(Zurufe von der SPD)

– Moment! Und wenn man sagt, am Gesetz liege es, hier liege der Hund begraben, dann muß man doch, wenn man die Mehrheit hat, das Gesetz ändern!

(Zuruf von Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher)

– Gnädige Frau, was haben Sie gesagt? Ich habe Sie nicht verstanden.

(Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher: Wenn man ein Gesetz ändert, ist damit ja das Defizit noch nicht weg!)

– Ja eben! Genau das ist meine Antwort auch! Mit dem Gesetz ändern sind ja keine Defizite weg. Völlig richtig! Genau meine Antwort!

Das Zweite, was ich, damit es ja nicht falsch verstanden wird, noch einmal in Erinnerung rufen möchte, ist folgendes. Die Mitwirkung! Frau Kollegin Redepenning, Sie haben gesagt, ich hätte im Ausschuß etwas verschwiegen. Wie kann ich das verschweigen, was ich selbst angeregt habe? Das Ganze kam ja auf meinen Antrag hin zustande. Und warum haben wir denn die Wirtschaftsministerkonferenz mit der Sache befaßt? Weil wir auf der Verkehrsministerkonferenz nicht vorangekommen sind, habe ich gesagt, jetzt versuche ich, den Bundeswirtschaftsminister zu meinem Verbündeten zu machen. Deswegen haben wir in der Wirtschaftsministerkonferenz den Antrag gestellt. Aber was haben wir denn erreicht? Erreicht haben wir, daß unsere Verkehrsabteilungsleiter zusammenkommen, und daß die dem Bundeswirtschaftsminister das Material an die Hand geben sollen, damit er dann mit seinem Staatssekretär als einer von fünf oder sechs sein Wissen – das heißt unser Wissen – in die Gesamtdiskussion einbringt. Gäbe es denn da nicht den viel einfacheren Weg, nämlich die für die Strukturpolitik und für die Raumordnung originär und verfassungsmäßig zuständigen Länder an den Beratungen teilnehmen zu lassen? Das ist doch der Weg, der an sich auch offen da liegt. Weil man den nicht gehen wollte, blieb uns nichts anderes übrig, als einen Umweg zu machen, der natürlich viel weniger effektiv ist. Und was daraus wird, wenn unsere Verkehrsabteilungsleiter zusammenkommen und Überlegungen anstellen, und dann der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium das vielleicht mit einbringt oder auch nicht, das alles haben wir nicht in der Hand; wir sind ja nicht in diesem Ausschuß vertreten.

Ich stelle also fest: Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Länder bei der Aufstellung des neuen volkswirtschaftlichen Netzes, das es zu erarbeiten gilt, sind vom Bund her nicht garantiert, nicht gewährt worden. Deswegen kann man an die Länder auch nicht Fragen stellen, wenn man zugleich sagt: Wir lassen euch überhaupt nicht mitreden. Das ist ein Faktum.

Nächste Bemerkung! Alle Streckenstilllegungen, so haben Sie gesagt und haben sich dabei auf mich berufen, lassen sich nicht vermeiden. Das ist nach wie vor auch meine Meinung. Es wäre falsch zu sagen: an dieses Thema darf man überhaupt nicht herangehen.

(Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher: Das haben Sie aber doch gemacht!)

– Das ist doch nicht wahr! Unsere Vorstellung war seit Jahren immer die, schriftlich niedergelegt in einem Brief an den Vorstand der Bundesbahn und auch noch im Oktober in einem Schreiben an den

(Staatsminister Jaumann)

Bundeswirtschaftsminister, daß man die einzelnen Teilräume untersuchen solle und nach einer bestmöglichen, optimalen Gestaltung der öffentlichen Verkehrsbedienung suchen müsse. Erst dann, wenn man weiß, was für einzelne Teilräume das Beste ist – denn die Verkehrssituation in einzelnen Teilen des Landes ist ja völlig unterschiedlich –, kann man gewissermaßen den Strich ziehen und sagen, so wird es in etwa wohl aussehen können. Anders kann man vernünftigerweise nicht vorgehen. Was hier aber gemacht worden ist, ist kein Sanierungskonzept.

(Abg. von Truchseß: Sie haben doch überhaupt kein Konzept!)

Wenn Sie sagen würden, mit dieser Maßnahme sanieren wir die Bundesbahn – und das war der Auftrag –, dann würde ich Ihnen recht geben und sagen: Gut, wenn wir das nicht wollen, müssen wir mehr zahlen und machen etwas anderes. Was würde denn diese Maßnahme einbringen? Nach unseren Berechnungen jährlich 700 Millionen DM, nach Angaben des Bundesverkehrsministers 1 Milliarde DM. Zweifellos ein ganz großer Brocken. Das Defizit der Bundesbahn nach den vorgegebenen Prämissen des Bundesverkehrsministers wird aber im Jahre 1985 nicht 1 Milliarde, sondern 13 Milliarden DM für ein reduziertes Netz so, wie es jetzt errechnet worden ist, betragen. Man kann also nicht sagen, daß mit dieser Maßnahme der Streckenstilllegung das Sanierungskonzept der Bundesbahn gefunden worden sei.

(Abg. von Truchseß: Mit dem jetzigen Netz 20 Milliarden DM Defizit!)

– Moment! Ich sage es noch einmal: Wenn ich feststelle, daß die Streckenstilllegungen maximal nach eigenen Angaben des Bundes 1 Milliarde DM erbringen und dann gleichwohl 13 Milliarden DM Defizit bleiben, kann man füglich doch nicht sagen, das sei das große Sanierungskonzept der Bundesbahn und der Bundesregierung. Diese Rechnung geht nicht auf.

(Beifall bei der CSU)

Was bleibt nach wie vor an Defizit Ausgaben? 5,6 Milliarden DM unternehmensrelevante Leistungen des Bundes, von denen ich schon gesprochen habe. Es bleiben – das war eine politische Prämisse – 4,2 Milliarden DM für den Nahverkehrszuschuß, wo kein Mensch herangeht. Ich auch nicht, weil es sinnlos ist, etwa im Großraum München wie in den anderen zehn Teilräumen 1 Milliarde DM zu investieren und nachher zu sagen: jetzt legen wir wieder still.

(Zuruf des Abg. Koch)

Wenn man aber aus Einsicht in diesem Bereich nicht stilllegt oder an diesen Komplex nicht herangeht, stellt sich die Frage: Warum geht man an die viel kleineren Posten draußen auf dem flachen Lande heran?

(Beifall bei der CSU)

Wenn das Zonenrandförderungsgesetz überhaupt einen Sinn hat, in dem steht, daß die Verkehrsverhältnisse des Zonenrandgebietes mit Vorrang –

wörtlicher Text des Gesetzes – zu bedienen seien, so ist das doch genau das Gegenteil. Man geht an dieses Problem mit Nachrang heran, weil man alle anderen ungeschoren läßt.

Herr Kollege Schlittmeier, Sie haben auch gesagt, die Sanierung der Bundesbahn sei ein langfristiges Problem. Ich habe dazu schon kurz Stellung genommen. Ich kann nur sagen: Ab wann beginnt eigentlich die Verantwortung für das, was Sie machen? Wenn man sieben Jahre lang regiert, kann man doch nicht sagen, vor zehn Jahren haben die anderen auch Fehler gemacht. Das kann man natürlich sagen, aber es entpflichtet nicht von der Verantwortung, die man heute und hier hat. Diese Verantwortungslast wird immer größer, weil das Defizit immer größer wird und weil die Schwierigkeiten immer gigantischer werden, die Bundesbahn zu sanieren mit allen Konsequenzen, natürlich auch für die öffentlichen Haushalte.

Herr Kollege Schlittmeier, Sie haben einen Fehler gemacht – ich darf Sie darauf hinweisen, es war nicht böswillig gemeint –, als Sie sagten: Aber für die Stilllegungspläne der ersten 5000 Kilometer sei gewissermaßen die CSU mitverantwortlich. Diese ersten Stilllegungspläne mit 5000 Kilometern Stilllegungen sind zweifellos in der Zeit der Großen Koalition gefaßt worden. Wir wollen jetzt über die Verantwortlichkeit für die ersten 5000 Kilometer nicht mehr reden. Es war ein Programm, das einzelne Strecken betroffen hat. Jede einzelne Strecke sollte untersucht werden. Das ist ein normales, vernünftiges Verfahren. Ob es am Ende 5000 Kilometer geworden wären, weiß ich nicht. Am Ende hätte man sich über diese Beschlüsse auch gar nicht mehr sehr mokieren können, und das ist eigentlich auch gar nicht geschehen.

(Abg. Koch: Das ist klar, weil es Ihr eigener Mann gewesen ist!)

– Das ist doch nicht wahr! Wer hat denn in der Großen Koalition das Verkehrsressort innegehabt?

(Abg. Koch: Der Bundeskanzler hat die Richtlinienkompetenz!)

In der Großen Koalition hat das Verkehrsressort nur die SPD gehabt, und sie war auch klug genug, es in die Hand zu nehmen, als sie in die Große Koalition gegangen ist. Ich hätte es jedenfalls nicht hergegeben, wenn ich Bundeskanzler gewesen wäre. Man kann doch jetzt nicht sagen, es war ein CSU-Mann. Die SPD war es auch in der Großen Koalition. Aber ich gehe auf dieses Thema bewußt gar nicht besonders ein. Lassen wir die 5000 Kilometer! Darüber hätte sich auch kein Mensch mehr besonders aufgeregt; mit Ausnahme bei den einzelnen Teilstrecken. Aber hier geht es darum, über die 5000 Kilometer hinaus weitere 14 000 Kilometer stillzulegen. Das bisherige Verfahren, Strecke für Strecke einzeln zu untersuchen, soll nicht mehr praktiziert werden, sondern man will es mit einem Aufwaschen in einem Gesamtplan, was man nur nach vorherigen politischen Festlegungen tun kann, abwickeln.

Sie schlagen ein Verkehrsforum vor. Ob es Verkehrsforum oder Verkehrskonferenz heißt, ist dasselbe.

(Staatsminister Jaumann)

Wir halten es am 6. März ab. Wenn Sie sagen, Sie möchten mitarbeiten, kann ich Sie nur einladen, dort wirklich konstruktiv mitzuarbeiten. Ich bin der festen Überzeugung: Je sachlicher wir diese Dinge behandeln, um so besser ist es, wobei natürlich sachlich nicht heißen kann: unpolitisch.

(Zuruf von der SPD: Siehe Ihre Kollegen!)

– Ich bin nicht dafür da, die Kollegen zu kritisieren und zu bewerten; ich habe zu Sachfragen Stellung zu nehmen und zu nichts anderem. Parteipolitisch sollten wir dieses Thema weitgehend ausklammern. Das kann aber bei der politischen Konstellation nicht heißen, es unpolitisch zu behandeln, denn dann erreichen wir mit Sicherheit nichts.

(Beifall bei der CSU)

Ich gebe zu, daß es eine Gratwanderung ist, und daß es sehr schwierig ist, dies auseinanderzuhalten. Aber unpolitisch an die Dinge heranzugehen und nicht zu sehen, was auf uns zukommt, nur um des lieben Friedens willen nichts zu sagen, wäre mit Sicherheit eine unverantwortliche Taktik und ein unverantwortliches Vorgehen. Denn am Ende hieße es – machen wir uns doch nichts vor –: Die haben sich ja nicht gerührt, deswegen können wir es machen. Das ist in Bayern und überall so bei diesen Dingen; das ist einfach im Wesen des Politischen begründet.

Schließlich möchte ich mich sehr herzlich bei Herrn Kollegen Börner bedanken, weil er einen großen sachlichen Zug in die Diskussion hineingebracht hat. Ich kann es aber nicht akzeptieren, wenn Sie sagen, die Bundesbahn sei nur durch die Verkehrspolitik in Schwierigkeiten geraten. Die ganze Diskussion wurde heute so geführt, als ob es nur die böse Politik wäre, die die Bundesbahn in Schwierigkeiten gebracht hat. Da ist schon auch ein großes Stück eigenes Unvermögen mit im Spiel, nicht beim kleinen Eisenbahner, sondern oben an der Spitze. Ich weiß nicht, ob es immer klug ist, manche Spitzenposition nach bestimmten politischen Kriterien zu besetzen und manche fachlichen Gesichtspunkte dabei außer acht zu lassen.

(Zuruf des Abg. Kamm)

Das ist auf die Dauer gesehen keine Methode, mit politischen und sonstigen Überlegungen an die Besetzung solcher Ämter heranzugehen. Jedenfalls muß man eines feststellen: Wenn ein Vorstand der Bundesbahn ein solches Werk vorlegt und sich dabei auf Zahlen und politische Prämissen einer Bundesregierung stützt, würde ich von ihm eigentlich erwarten, daß er nicht nur sagt, jetzt lege ich Strecken still, sondern daß er ein Gesamtkonzept vorlegt. Genau das liegt nicht vor. Man befaßt sich nur mit den Strecken und nicht mit den sonstigen mindestens ebenso wichtigen Fragen der Rationalisierung, der Investitionen und auch der Akquisition von Verkehrsmitteln. Man hat sie buchstäblich abwandern lassen, weil man im Grunde genommen zu unflexibel und zu unbeweglich gewesen ist.

Sie haben gefragt: Was kann man denn tun? – Ich will Ihnen nicht noch einmal vorlesen, was ich im Ausschuß schon gesagt habe, dazu ist diese Aktuelle Stunde nicht da. Wir haben aber eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die ich an den Bundesbahnvorstand gerichtet habe. Ich glaube nicht, daß es einen Verkehrsminister in der Bundesrepublik gibt, der sich wie ich so sehr um diese Fragen auch in der Diskussion mit dem Vorstand der Bundesbahn befaßt hat. Ich will das nicht alles wiederholen, aber eines kann man jedenfalls uns Bayern nicht vorwerfen: Wir haben nämlich immer erklärt: Zunächst seid ihr im Bund verantwortlich, das ist euer Unternehmen, und wir wollen keine Verwischung der Zuständigkeiten! Meistens beginnt ja das Übel damit, daß die Zuständigkeiten verwischt werden und man im Grunde genommen nicht mehr recht weiß, wer wofür verantwortlich ist. Für die Bundesbahn ist der Bund verantwortlich, niemand sonst. – Aber ich habe immer gesagt, daß wir bereit sind mitzuwirken, weil wir sowohl aus raumordnerischen als auch strukturpolitischen Gründen ein großes Interesse daran haben müssen. Damit stellt sich natürlich die Frage: Was kann dabei überhaupt unser Part sein? – Meine Damen und Herren, unser Part bei diesem Gesamtgespräch kann doch nur sein, wenn Vorschläge zur Sanierung kommen, sie gründlich zu untersuchen und im Gesamtkonzert der Stimmen zu sagen, welche Wirkung das auf uns hat. Das müssen wir sehr gründlich sagen. Am Ende aber muß wiederum der Letztentscheidende und Letztverantwortliche sagen: Wir akzeptieren dies, oder wir akzeptieren dies nicht. – Ich habe darüber hinaus immer erklärt, daß wir auch bereit sind, an der Erstellung der Konzeption selbst mitzuwirken. Das setzt aber natürlich voraus, daß man uns an den Gesprächen teilnehmen läßt, daß man uns die Materialien, das Grundlagen- und Basismaterial gibt; sonst hat es ja gar keinen Sinn, weil man sich sonst nur in allgemeinen Phrasen ergeht. Aber was soll das? Dann ersparen wir uns lieber die Zeit.

Ich kann also feststellen, daß wir uns in Bayern, was die Bundesbahn anlangt, wirklich keine Vorwürfe machen müssen.

Herr Kollege Jaeger, Sie haben gesagt, Sie hätten schon die Wahlkampfatmosphäre etwas gespürt. Im Jahr 1976 wird es leider ohne Wahlkampf nicht abgehen, er wird überall gelegentlich durchschlagen. Es wird eine unserer Aufgaben sein, hierbei das richtige Maß zu halten.

Wenn Sie aber sagen, das Gesetz sei schuld – darüber habe ich schon einige Worte verloren –, so muß ich Ihnen sagen, das ist einfach falsch. Im Gesetz steht nämlich genau das Richtige. Dort steht erstens: wirtschaftet vernünftig! und zweitens: bedenkt eure gesamtwirtschaftliche Verpflichtung! Will denn jemand in diesem Saale von diesen beiden Gesamtverpflichtungen abrücken? Doch wohl nicht. Dann aber ist es Aufgabe des Bundesbahnvorstandes und der Bundesregierung, sprich des Bundesverkehrsministers, hieraus eine Synthese zu schaffen.

(Staatsminister Jaumann)

Man wird nicht das Maximale in der Strukturpolitik schaffen können, das wird nicht gehen; man wird aber auch natürlich nicht allein auf die betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise abstellen und abbauen dürfen. Darüber besteht ja weitgehend Einigkeit. Aber daß man diese beiden großen Zielvorgaben im Gesetz verankert hat, ist doch sicherlich richtig. Schließlich ist dies auch das Antriebsmoment, auch etwa für die Führung der Bundesbahn, zu versuchen, größtmögliche Effektivität mit ihrer Apparatur zu erzeugen. Würden wir das ändern, meine Damen und Herren, dann würde die Leistungsfähigkeit der Bundesbahn mit Sicherheit nicht besser, sondern noch schlechter werden. Wir können von dem Erfordernis, betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte ausreichend zu berücksichtigen, gar nicht abgehen wegen der ungeheueren finanzpolitischen Bedeutung, bundespolitischen Bedeutung und haushaltspolitischen Bedeutung, welche dieses riesige Unternehmen für unsere ganze Volkswirtschaft hat. Von dieser Zielsetzung kann man also vernünftigerweise nicht weggehen. Es geht eben darum, aus beiden Erfordernissen eine Synthese zu schaffen.

(Sehr gut! bei der SPD)

Lassen Sie mich noch eine letzte Anmerkung anfügen! Denn ich weiß nicht, ob ich noch einmal zu Wort komme. Sie sind ja mit diesem Thema etwas strapaziert. Ich hoffe, daß wir aus der Landesverkehrsministerkonferenz am 6. März weitgehend parteipolitische Klänge heraushalten können.

(Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher: Das hören wir gern!)

Nein, ich meine, daß wir zu einer Erörterung des Zahlenmaterials kommen – denn die Situation ist viel zu ernst –, und zwar auf regionaler Basis. Dies wird eine der Voraussetzungen sein. Dies würde allerdings auch bedeuten, daß man vom jetzigen Konzept nichts mehr halten kann und es auch gar nicht mehr so fortführen darf. Das würde auch bedeuten – ich habe dies Herrn Ruhnau auch vorgeschlagen –, wenn der Bund auf diese Methode einsteigen würde, daß dann das jetzt Vorgelegte weg wäre. Das würde auch bedeuten, daß die Staatssekretärsausschüsse und ähnliche Gremien gar nicht zu arbeiten beginnen müssen, weil dann diese Methode, die auf dem betriebswirtschaftlichen Netz aufbaut, gar nicht möglich ist. Vielmehr werden wir Teilräume schaffen müssen. Diese Teilräume sind zu untersuchen, um zu einer Kostenrechnung der einzelnen Strecken zu kommen, die bisher überhaupt nicht vorhanden ist. Die Bahn kennt ja keine Kostenrechnungen. Dann würde man sehen müssen, wo und wie bestimmte Räume optimal bedient werden. Das kann manchmal durchaus dazu führen, daß der Personenverkehr eingestellt werden muß. Das wird sicherlich auch dazu führen, daß vielleicht manche Strecken nur mehr als Industriegleise betrieben werden können. Vielleicht führt es auch dazu, daß wir zu der Überzeugung kommen: Diese und jene Strecke darf auf keinen Fall eingestellt werden, sondern muß sogar ausgebaut werden! Nur so wird man auf die Dauer gesehen der

verkehrspolitischen Verpflichtung, die die Bundesbahn hat und aus der wir sie nicht entlassen wollen, gerecht werden.

Ich darf noch eines zum regionalpolitischen und raumordnungspolitischen Aspekt sagen. Meine Damen und Herren, hinter den Subventionen für die Bundesbahn, wenn wir einmal ganz ehrlich sind, steckt doch auch ein Stück regionaler Zuschuß für schwachstrukturierte Gebiete.

(Abg. Ernst Lechner: Genauso ist es!)

Wenn die Bahn nicht mehr fährt, würde diese Belastung jedoch auf die Straße fallen und von den Gemeinden und Kreisen getragen werden müssen. Dadurch würde in der Regel die Verkehrsbedienung teurer werden. Das heißt also, wenn man sich ganz bewußt zurückzieht und dem jetzigen Konzept stattgeben würde, so würde dies auch bedeuten, daß wir die schwachstrukturierten Räume weiter schwächen und die Standortgunst dieser Gebiete noch verstärken würden. Das aber kann im Gesamtkonzept dessen, was auf uns zukommt, in wirtschaftspolitischer und verkehrspolitischer Sicht niemals richtig sein. Auf uns kommen doch zwei Dinge zu: Einmal eine ungeheuerere Belastung der Wirtschaft von den Strukturproblemen her. Dieser Belastung können wir nur begegnen, wenn wir eine bestmögliche Ausbildung unserer Leute schaffen und wenn wir den Raum nützen. Unseren Raum können wir aber dann nicht mehr ausnützen, wenn die Infrastruktur dieser Räume nicht mehr ausreichend vorhanden ist. Darum geht es. Das heißt also, wir haben es in der Tat mit einem säkularen Ereignis in der gesamtpolitischen Gestaltung zu tun. Diesem Gesichtspunkt bitte ich Sie auch in der Diskussion Rechnung zu tragen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Hanauer: Herr Kollege Niedermayer, bitte!

Niedermayer (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was könnte man nach dieser breiten Darlegung von Herrn Staatsminister Jaumann noch viel Neues bringen? Herr Kollege Jaeger, Sie wissen ja, wie wir zueinander stehen. Aber was Sie vorhin gesagt haben, hat mich sehr verwundert, als Sie versucht haben, es so darzustellen, als ob wir dieses Thema aus rein parteipolitischen Erwägungen behandeln würden. Das muß ich absolut in Abrede stellen. Wir tragen diese Probleme aus einer echten Sorge um die Entwicklung unserer schwachstrukturierten Gebiete heraus vor.

(Beifall bei der CSU)

Es ist für mich schon fast eine Ungeheuerlichkeit, daß wir aus den grenz- und strukturschwachen Räumen kommend uns hierherstellen müssen und lautstark fordern müssen, daß eine solche negative Entwicklung nicht zum Tragen kommt.

Meine lieben Freunde, es kann doch nicht angehen – Herr Staatsminister Jaumann hat es eben gesagt –, daß man diesen mühsam aufgerichteten wirt-

(Niedermayer [CSU])

schaftlichen „Sessel“ bei uns im Grenzland jetzt wieder abzusägen versucht, daß man uns Nackenschläge verpaßt, daß man die geschaffenen Verkehrsverbindungen wieder herausreißt. Herr Kollege Röhrli hat vorhin über den Fremdenverkehr gesprochen; Sie wissen alle, wie viele Züge in den Bayerischen Wald fahren. Es wird für uns mit Sicherheit von Nachteil sein, wenn diese Verkehrsbedienung nicht mehr gegeben ist. Wenn vorhin ausgeführt wurde, daß man die Wirtschaftlichkeit dieser Bahnstrecken überprüfen sollte, so kann ich Ihnen sagen: Wir wissen schon von vornherein, daß die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben ist, und daß die Strecken in unseren Grenzgebieten weitgehend defizitär sind. Wir wissen aber doch genauso, daß die Verkehrsbedienung in den Großstädten noch weit stärker defizitär ist. Würde man sich danach ausrichten, müßte wahrscheinlich morgen in München die U-Bahn eingestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Meine lieben Freunde, Sie müssen doch Verständnis für uns aufbringen. Ich möchte jetzt niemand persönlich nennen, aber wenn ich vorhin gesehen habe, mit welcher Gleichgültigkeit man dieses Problem aufnimmt, dann ist es für uns schon unwahrscheinlich deprimierend, daß man eine Frage, die für uns ein Existenzproblem ist, so behandelt.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen möchte ich Sie aufrufen, doch endlich einmal zu erkennen, daß es für uns nicht etwa ein parteipolitisches Problem ist, wenn wir fordern, diese Entwicklung zu stoppen, sondern daß Sie mit uns genauso die Verpflichtung tragen, damit auf diesem Wege nicht fortgefahren wird.

(Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher: Das machen wir ja!)

– Frau Abgeordnete Dr. Hamm-Brücher, Sie tragen hier manchmal Anträge vor, die das Grenzland betreffen. Hier hätten Sie einmal wirklich Gelegenheit, sich zu profilieren, indem Sie dafür eintreten, daß uns eine solche nachteilige Entwicklung nicht widerfährt.

Ich möchte Sie alle, wie schon so oft, dazu aufrufen, Gemeinsamkeit zu bekunden, und Sie bitten, Ihren politischen Freunden im Bund Einhalt zu gebieten, damit dieses Vorhaben nicht zustande kommt.

Man spricht immer von der Bundesbahn. Meine lieben Freunde, der Adressat ist doch der Bund, ist doch die Bundesregierung! Da gibt es ja gar keinen Zweifel. Deswegen sind Sie von der Opposition hier in diesem Bayerischen Landtag aufgerufen, die Stimme zu erheben, mit uns zu marschieren,

(Abg. Dr. Cremer: Zusammen mit Knipfer?)

daß das gestoppt wird, und daß die Streckenstilllegungen im besonderen draußen in den schwachstrukturierten Räumen nicht Platz greifen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Hanauer: Herr Kollege Dr. Seebauer.

Dr. Seebauer (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, der Herr Kollege Niedermayer wird mir recht geben, daß das, was Sie heute gebracht haben, nicht der richtige Einstieg für die Forderung nach Gemeinsamkeit in schwierigen sachlichen Fragen ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich meine nicht, daß, wie Herr Staatsminister Jaumann sagt, über ein hochpolitisches Thema nicht diskutiert wird; dies ist einfach nicht wahr. Herr Staatsminister, Sie wissen, daß die Ministerpräsidenten der Länder gemeinsam mit dem Bundeskanzler beschlossen haben, wie weiter vorzugehen ist. Sie haben beschlossen, daß über dieses, von der Bundesregierung vorzulegende volkswirtschaftliche Netz diskutiert wird. Dies ist ein Beschluß, der mit den Stimmen der Ministerpräsidenten gefaßt worden ist.

Sie fordern nun gleichzeitig, daß die Staatsregierung an den Beratungen des Staatssekretärsausschusses beteiligt wird. Herr Staatsminister Jaumann, dies ist doch sehr ungewöhnlich; da werden Sie mir wohl recht geben. Sie sagen ja selber: Der Bund hat die Verantwortung für die Vorlage eines volkswirtschaftlichen Netzes. Diese Verantwortung will er gern auf sich nehmen. Ich verstehe daher nicht, daß Sie jetzt über ein Netz diskutieren wollen, das nachweislich nur ein betriebswirtschaftliches Netz sein kann, eben der Vorschlag der Bundesbahn und nicht der Vorschlag der Bundesregierung. Insofern verstehe ich gar nicht, daß hier am Verfahren gezweifelt wird, an einem Verfahren, das weitgehend unumstritten ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube auch, daß in vielen Diskussionsbeiträgen der Ernst der Situation nicht erkannt worden ist.

(Zurufe von der CSU)

Ein Defizit von 10 Milliarden DM, das ohne Zutun der Bundesbahn auf 12, auf 15 und auf 20 Milliarden DM ansteigen kann, ist für diese Volkswirtschaft nicht tragbar. Für eine Volkswirtschaft, die besonders hoch entwickelt ist und die dringend auf staatliche Investitionen angewiesen ist, stellt sich die Frage ganz elementar: Wie bringen wir dieses Defizit weg? An dieser Frage kann sich keiner vorbeidrücken.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Nun wird dem Bund und der Bundesregierung – auch früheren – vorgeworfen, sie würden nicht handeln. Meine Damen und Herren, dies ist doch blanker Hohn. Da nimmt sich eine Bundesregierung vor, das Problem der Deutschen Bundesbahn auf breiter Front zu lösen – als erste aller Bundesregierungen –, und dann sagen Sie, sie würde dafür nichts tun. Dies ist einfach auch sachlich so nicht haltbar.

Sie wollen, daß wir gemeinsam darüber diskutieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben dies getan. Wir haben Sie im Ausschuß gebeten, aus bayerischer Sicht Vorschläge zur Netzkonzeption zu

(Dr. Seebauer [SPD])

machen – abgelehnt; wir haben Sie gefragt, was Sie selber unter einem angemessenen Netz verstehen – dies ist Ihr Ausdruck vom Dezember 1975 –, keine Antwort; wir haben drittens gefordert, ein Auffangkonzept für betroffene Gebiete rechtzeitig zu entwickeln, um eine starke Verhandlungsposition zu haben – abgelehnt; wir haben viertens gefordert, daß Sie Vorstellungen entwickeln, wie das Defizit der Bundesbahn zu beseitigen wäre, und zwar im Sinne des Haushaltsdefizits, für das wir alle eine politische Verantwortung haben – abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich frage mich, ob Sie tatsächlich, Herr Staatsminister Jaumann, an einer ausführlichen Diskussion dieses Problems interessiert waren und noch sind.

(Beifall bei der SPD – Abg. Lang: Deshalb haben wir es doch gemacht, Herr Kollege Seebauer! – Weitere Zurufe von der CSU)

Ich will hier noch einmal in aller Ruhe und Klarheit das wiederholen,

(Wachsende Unruhe bei der CSU)

was wir gemeinsam

(Zurufe von der CSU)

mit der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion fordern.

(Weitere Zurufe von der CSU, u. a.: Das ist doch unerhört! – Abg. Dr. Fischer: Herr Kollege, nehmen Sie es doch zurück! – Anhaltende Unruhe bei der CSU)

– Herr Kollege Dr. Fischer!

Präsident Hanauer: Meine Damen und Herren, darf ich für einen Moment unterbrechen und bitten, wieder Ruhe eintreten zu lassen. Ich glaube, Herr Kollege, der Vorwurf, den Sie eben erhoben haben, war sachlich nicht gerechtfertigt.

(Zurufe von der SPD: Ein Volltreffer! – Beifall bei der CSU – Erregte Zurufe von der SPD – Abg. Hochleitner: Das ist eine politische Feststellung! – Abg. Kamm: Dann können wir ja heimgehen! – Anhaltende Erregung und Unruhe bei der SPD)

Herr Kollege Dr. Seebauer,

(Abg. Hochleitner: Sie sollten das zurücknehmen! – Anhaltende Unruhe bei der SPD)

zunächst zu Ihrer Beruhigung: Ich habe die Uhr gestoppt; die Zeit läuft nicht weiter, wird Ihnen also nicht angerechnet.

(Anhaltende Unruhe – Abg. Niedermayer: Der Kamm hat gelacht bei der ganzen Debatte! Haben Sie das gesehen?)

Ich würde ein bißchen sparsamer mit der Zeit umgehen; wir möchten uns heute noch über mehr unterhalten.

Meine Damen und Herren, ich habe gehört, daß der Herr Kollege erklärt hat, daß ein Minister an einer Sache überhaupt nicht interessiert sei.

(Zustimmende Zurufe von der SPD – Abg. Dr. Helmut Meyer: Wollen Sie Zensur üben? – Abg. Ernst Lechner zu Dr. Seebauer: Interpretieren Sie Ihre Aussage! – Weitere Zurufe)

– Wenn nicht alle gleichzeitig reden würden, wäre es auch für mich leichter, weil ich dann etwas hören würde.

(Abg. Eberle: Wir haben ja keinen Lautsprecher! – Abg. Hochleitner: Sie greifen doch in die politische Debatte ein mit einer solchen Wertung, Herr Präsident! Das ist doch unmöglich!)

– Herr Kollege, seien Sie doch ruhig!

(Weitere Zurufe)

– Moment, langsam! Ich habe die Zeit.

(Abg. Kamm, zur CSU gewandt, auf den Präsidenten zeigend: Er hat ja nicht einmal zugehört! – Anhaltende Unruhe)

– Allmählich wieder abreagieren, wenn ich bitten darf! Ich greife nicht in politische Debatten ein,

(Abg. Sommer: Selbstverständlich!)

sondern ich bemühe mich im Interesse des Klimas und der Zusammenarbeit – –

(Zurufe von der SPD)

– Es soll doch eigentlich in einem Parlament möglich sein, daß man zu Wort kommt und auch angehört wird.

(Zurufe von der SPD: Genau! – Beifall bei der CSU)

Ich bin allerdings in der letzten Stunde nicht ganz der Überzeugung gewesen, daß das heute die Praxis war.

Ich habe eben von meinem Beisitzer zur Linken gehört, daß die Formulierung lautete, er persönlich habe das Gefühl.

(Abg. Hochleitner: So ist es!)

Gut. Das gibt mir Veranlassung, den Hinweis von mir zurückzunehmen.

(Zurufe von der SPD)

– Bei dem Lärm, den Sie zur rechten Zeit verursachen, ist es gar nicht außer der Welt, daß man Worte, noch dazu bei der schlechten Akustik hier oben, nicht mit der ganzen Deutlichkeit hört. Ich habe nur die Reaktion im Hause festgestellt.

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Dr. Meyer)

– Herr Kollege Dr. Meyer, könnten Sie auch einmal die Liebenswürdigkeit haben, mir zuzuhören? Ich habe hier auch einige Rechte zu vertreten.

(Präsident Hanauer)

Ich habe gemerkt, daß auf dieser Seite eine große Unruhe ist, und ich wollte verhindern, daß es fünf Minuten vor Schluß der Aktuellen Stunde in dieser ersten, das ganze Land interessierenden Frage zu einem Krach im Hause kommt. Das wollte ich verhindern.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben den allerletzten Grund, mir Vorwürfe zu machen. Ihr Verhalten war keineswegs so, daß man sagen könnte, man hat hier gemeinschaftlich miteinander gesprochen, was eigentlich der Sinn einer Aktuellen Stunde wäre. Eine Aktuelle Stunde ist ja keine Fragestunde mit Fragen an die Regierung – diese kann sich nur aufgrund verfassungsmäßiger Rechte einschalten –, sondern es ist eine Aussprache innerhalb des Hauses.

Herr Kollege Dr. Seebauer, Sie haben das Wort. Die Uhr läuft weiter.

(Zurufe von der SPD)

Dr. Seebauer (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich in aller Deutlichkeit noch einmal die Inhalte nennen, auf die es in der zukünftigen Beratung ankommt! Wir fordern gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, daß der Güterverkehr grundsätzlich auf der Schiene bleibt. Wir erwarten, daß sich die Deutsche Bundesbahn nicht völlig aus den Gebieten zurückzieht, die aus strukturellen Gründen gefördert werden. Ich darf Ihnen sagen, daß Sie vielleicht vergessen, daß der Staatssekretärsausschuß „Verkehr und Regionalpolitik“ heißt. Das ist der Name dieses Ausschusses. Daran mögen auch diejenigen, die mit der Situation nicht so genau vertraut sind, erkennen, welche Absicht dieser Staatssekretärsausschuß hat.

(Zuruf von der CSU: Was hat er denn für Absichten?)

Wir fordern zum zweiten, daß bestehende und benutzte Gleisanschlüsse weiter zu bedienen sind. Es gibt Möglichkeiten verschiedenster Art, etwa ist denkbar eine wechselseitige Transportgarantie zwischen der Bahn und dem Kunden.

Nun bitte ich Sie aber genau zuzuhören, auch Herrn Staatsminister Jaumann: Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion fordert ebenso wie die Sozialdemokratische Landtagsfraktion, daß vor einer Entscheidung über das gesamtwirtschaftlich erforderliche Schienennetz eine Beteiligung aller Betroffenen und damit eine gründliche Entscheidungsvorbereitung gesichert wird. Reicht Ihnen das jetzt?

(Zuruf von der CSU – Abg. Kamm: Das ist doch eine Unterstellung! – Abg. Hiersemann: Die sind nicht bereit, wenigstens das ernst zu nehmen! – Zurufe und Gegenrufe)

Sie arbeiten hier die ganze Zeit mit Unterstellungen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Der Herr Kollege Naumann und alle Kollegen von unserer Seite haben ausgeführt, daß dies ein betriebswirtschaftliches Konzept der Deutschen Bundesbahn ist und nicht das Konzept der Bundesregierung. Ich muß hier ganz klar sagen: Wenn Sie anderes behaupten, dann wider Wissen und als Unterstellung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Und nun bitte zum letzten Argument! Es ist richtig, daß Streckenstilllegungen alleine nicht das geeignete Mittel zur Sanierung der Deutschen Bundesbahn sind. Insoweit stimmen Staatsminister Jaumann und wir überein. Dies hat nie jemand an maßgeblicher Stelle anders behauptet. Im Gegenteil: Die Bundesregierung hat genauso wie die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion – und dem schließen wir uns an – zu erkennen gegeben, daß die Streckenstilllegungen ein Mittel der Sanierung sind. Und wenn jetzt behauptet wird, dies werde vorgeschoben, und das andere unterbleibt, so muß ich das ebenfalls wieder als eine Unterstellung zurückweisen; denn es bestehen schon konkrete Vorschläge, die sind: 1. eine Reorganisation des Managements der Bundesbahn, 2. eine Dezentralisierung der Verantwortung – gerade die, die die Eisenbahn kennen, wissen, daß sehr viel davon abhängt –, 3. eine breite Rationalisierung im Bereich Produktion und Absatz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann es bis heute noch nicht verstehen, daß man dieser Bundesregierung, die es als erste Bundesregierung in Angriff nimmt, dieses enorme Problem zu lösen, nicht wenigstens den notwendigen sachlichen Respekt zollt. Und daher war ich der Meinung, daß doch etwas zuviel Parteipolitik im Spiel war und etwas zu wenig Sachlichkeit.

(Lebhafter, anhaltender Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Hanauer: Herr Kollege Müller!

Müller Willi (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich meine, die Vorlage dieses sogenannten betriebswirtschaftlich optimalen Netzes der Deutschen Bundesbahn ist für unser Land von so entscheidender Bedeutung, daß es eigentlich möglich sein müßte, diese Frage sachlich zu diskutieren.

(Lachen bei der SPD – Abg. Gentner: Sehr richtig!)

– Herr Kollege Dr. Seebauer, ich wage etwas zu bezweifeln, ob Ihr Beitrag ein Beitrag zur sachlichen Diskussion war.

(Stürmisches Lachen bei der SPD – Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher: Was denn dann? Dann haben Sie aber nicht zugehört! – Zurufe von der SPD)

In den bisherigen Ausführungen ist bereits mit Recht darauf verwiesen worden, daß die möglichen Maßnahmen der Deutschen Bundesbahn sowohl in ver-

(Willi Müller [CSU])

schiedenen regionalen als auch in verschiedenen Wirtschaftsbereichen zu erheblichen Belastungen führen könnten. Gestatten Sie mir, daß ich noch einen Bereich anfüge, der von Streckenstilllegungen in ganz besonderem Maße betroffen wäre, nämlich den Bereich der Land- und Forstwirtschaft! Die Realisierung dieses sogenannten betriebswirtschaftlich optimalen Netzes würde wohl fast ausschließlich wiederum auf dem Rücken der strukturschwachen ländlichen Räume ausgetragen.

(Zuruf von der SPD: Das will doch keiner!)

Ich sage ganz bewußt „wiederum“, weil bereits die bisherigen Streckenstilllegungen und die Reduzierung der Stückgutbahnhöfe im wesentlichen den ländlichen Raum betroffen haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die gesamte Problematik läßt sich an einigen Beispielen verdeutlichen.

1. Der bisher im wesentlichen auf der Schiene vorgenommene Transport von Handelsdünger, Futtermitteln, Zuckerrüben, Holz, Getreide, Schlachtvieh und weiteren Produkten müßte auf die Straße verlagert werden. Dabei handelt es sich um ein ernst zu nehmendes Frachtvolumen. So erbringt allein die Baywa eine Gesamttonnage von 300 000 Tonnen. Ähnlich ist die Situation beim Landhandel und bei den Genossenschaften. Man muß wohl davon ausgehen, daß an landwirtschaftlichen Produkten und landwirtschaftlichen Betriebsmitteln der Deutschen Bundesbahn ein Frachtaufkommen von jährlich 45 000 bis 50 000 Waggonen auf den Nebenstrecken angedient wird. Eine Verlagerung dieses Frachtvolumens auf die Straße wäre sicherlich mit großen Schwierigkeiten verbunden, und zum anderen kann ich mir nicht vorstellen, daß dies dem Defizitabbau der Deutschen Bundesbahn dienen würde.

2. Die genannten Zahlen zeigen deutlich, daß die Landhandelsunternehmen im wesentlichen ihre Unternehmen auf die Schiene ausgerichtet haben. Bei Baywa und Landhandel würde durch Streckenstilllegungen in etwa eine Summe von 200 Betrieben betroffen, davon die Hälfte existenzgefährdend.

(Abg. Kamm: Haben Sie nicht zugehört?)

Für die Schienenabhängigkeit dieser Betriebe sind in den letzten Jahren erhebliche Summen aufgewendet worden; das hieße also, hier würden Millionen hinausgeworfen und könnten als Fehlinvestitionen abgeschrieben werden.

3. Den betriebswirtschaftlich und agrarpolitisch wünschenswerten Initiativen wie waggonweiser Sammelbezug landwirtschaftlicher Betriebsmittel oder Umsteigen auf losen Düngerbezug würde der Todesstoß versetzt.

4. Der Vorschlag der Bundesbahn würde außerdem gewerbliche Arbeitsplätze im ländlichen Bereich gefährden. Damit wäre die Konzeption der bayerischen

Agrarpolitik, die ja auch von der SPD vertreten wird – offensichtlich zumindest in der Vergangenheit vertreten wurde –, nicht mehr durchzuhalten.

– Herr Präsident, ich komme angesichts der zu Ende gehenden Redezeit zum Schluß.

(Bravo! bei der SPD)

Herr Kollege Naumann, Sie haben zum Anfang einmal darauf hingewiesen, man sollte kein „Verkehrsmuseum“ irgendwo in unserem Land erhalten. Ich stimme Ihnen zu; ich bin der Überzeugung, daß eine Änderung der Verkehrsträger, wenn sie zu einer besseren Verkehrserschließung des ländlichen Raumes führt, von jedem akzeptiert wird. Aber das, was uns hier angetragen wird, ist nicht eine Verbesserung der Verkehrserschließung, sondern ist schlichtweg ein verkehrspolitischer Kahlschlag im ländlichen Bereich.

(Beifall bei der CSU)

Ich meine deshalb, es ist die Aufgabe dieses Parlaments, die Bundesregierung mit allem Nachdruck und mit aller Geschlossenheit an ihre strukturpolitische Verantwortung zu erinnern.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Hanauer: Das Wort hat noch einmal der Herr Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr.

(Abg. Kamm: Zum drittenmal! Das sind Parlamentsdebatten! – Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Staatsminister Jaumann: Meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen. Ich halte mich an die Geschäftsordnung.

(Sicher! bei der SPD)

Meine Damen und Herren, bei diesem Thema verstehe ich ohnehin nicht ganz den Verlauf der Debatte; das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

(Beifall bei der CSU – Abg. Hochleitner: Wir auch nicht!)

Ich darf zum Verfahren nur folgendes feststellen. Ich zitiere jetzt Ziffer 3 aus dem Protokoll über die Sitzung des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten.

(Zurufe von der SPD: Vollständig!)

– Was hat es für einen Sinn, meine Damen und Herren, wenn bei jeder Gelegenheit Mißtrauen gezeigt wird! Sehen Sie, Herr Kollege Dr. Seebauer, ich will Ihnen eines sagen.

(Zuruf von der SPD: Er hat ja jetzt gar nichts gesagt!)

Wenn ich heute bei meiner Rede nur einmal gesagt hätte: Ich glaube Ihnen nicht, daß Sie es ehrlich meinen, und daß Sie sachlich diskutieren wollen, wenn ich das einmal gesagt hätte, ich wüßte bestimmt, daß ein Sturm der Entrüstung hochgegangen wäre.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Genau das haben Sie mir vorgeworfen.

(Widerspruch bei der SPD)

(Staatsminister Jaumann)

Sie hätten persönlich den Eindruck, haben Sie gesagt – ich zitiere jetzt –, daß ich eigentlich sachlich nicht diskutieren wolle. Ich werfe Ihnen das nicht vor, ich unterstelle Ihnen das selbst auch nicht. Es wäre auch das Ende eines Parlaments, wenn man nicht mehr vernünftig miteinander reden kann.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Sie haben gesagt, die CSU habe alles abgelehnt, ein eigenes Netz vorzuschlagen, habe sie abgelehnt. Bitte alles sagen! Ich habe erklärt: Wir sind bereit zur Mitwirkung. Wir sind bereit, unseren Beitrag zu leisten, weil wir von der Verfassung her zuständig sind für regionale Strukturpolitik und auch für die Raumordnung. Vernünftigerweise kann man, wenn man ein volkswirtschaftliches Netz erarbeiten will, doch eigentlich nur diejenigen dazunehmen, die auch dafür verantwortlich sind. Die Bundesbahn ist verantwortlich für die Bundesbahn. Aber, meine Damen und Herren, in dem Augenblick, wo man das volkswirtschaftliche Netz – d. h. Berücksichtigung regionalpolitischer und raumordnerischer Gesichtspunkte – erstellen will, muß man doch diejenigen mit zu den Beratungen hinzuziehen, die verfassungsgemäß und auch von den Tatsachen her die größte Kenntnis über die wirklichen Verhältnisse haben.

(Beifall bei der CSU)

Das liegt auf der Hand. Aber genau das ist nicht der Fall. Ich zitiere das Verfahren noch einmal aus dem Protokoll:

Sobald die Ergebnisse der Arbeitsgruppe vom Bundeskabinett beraten worden sind, werden die Regierungschefs der Länder von dem Konzept insgesamt unterrichtet. Danach findet eine Erörterung im Kreis der Regierungschefs von Bund und Ländern statt, zu der auch dann die zuständigen Landesminister zugezogen werden können.

(Na also! bei der SPD)

Das ist das Verfahren, das der Bund vorschlägt. Meine Damen und Herren! Ich bin nicht bereit, zu akzeptieren, daß jetzt ein Staatssekretärsausschuß des Bundes, der von Raumordnung und regionaler Strukturpolitik nicht wissen kann, was die zuständigen verfassungsmäßigen Organe wissen – –

(Oho! bei der SPD)

– So steht es doch in der Verfassung. Wenn Sie das auch noch in Abrede stellen, wenn wir auch nicht mehr für regionale Strukturpolitik zuständig sind, weiß ich nicht mehr, warum es dieses Parlament überhaupt gibt.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Kamm:
Hat Ihr Ministerpräsident zugestimmt?)

Wir haben es als Wirtschaftsministerkonferenz und als Verkehrsministerkonferenz alle eindeutig gefordert.

(Abg. Kamm: Ich habe gefragt, ob Ihr Ministerpräsident zugestimmt hat!)

Meine Damen und Herren! Ich habe mich erkundigt, wie der Beschluß eigentlich zustande gekommen ist. Mir wurde gesagt, man habe gesagt, daß man natürlich die Länder heranziehen müßte, daß man aber zuerst ein bißchen was erarbeiten müßte, damit man überhaupt vernünftig miteinander diskutieren könne. So gesehen, halte ich gar nicht dagegen. Nur, wenn jetzt ein festes Verfahren festgelegt wird, d. h. der Zeitpunkt des Benehmens nach der Entscheidung durch das Bundeskabinett ist, dann ist dieses Benehmen nichts mehr wert. Damit kann dann nicht die Mitwirkung der nach dem Verfassungsrecht zuständigen Organe gemeint sein.

(Abg. Kamm: Hat der Ministerpräsident Einspruch eingelegt? – Beifall bei der CSU)

Ich möchte eine weitere Anmerkung machen. Sie haben immer wieder davon gesprochen, Herr Kollege Dr. Seebauer, wenn jetzt noch so getan würde, als würde nichts getan, geschehe das wider besseres Wissen. Ich sage Ihnen ehrlich, das sage ich jetzt auch als Mitglied des Verwaltungsrats, daß mir von den großartigen Dingen, die Sie gerade vorgetragen haben, nur bruchstückhaft etwas bekannt ist. Ich weiß z. B. nur, daß seit etlichen Wochen – –

(Zuruf von der SPD: Von 23 Sitzungen in 19 nicht da!)

– Ach reden Sie doch nicht solchen Unsinn daher!

(Beifall bei der CSU – Widerspruch und Zurufe bei der SPD)

Präsident Hanauer: Herr Staatsminister, selbst auf die Gefahr, von der Opposition gerügt zu werden, daß ich in eine politische Aussprache eingreife: Ich bin der Auffassung, im Parlament wird kein Unsinn geredet.

(Widerspruch und Oh je!)

Staatsminister Jaumann: Dann nehme ich den Ausdruck „Unsinn“ zurück und stelle fest, daß es eine falsche Behauptung war.

(Beifall bei der CSU)

Ich stelle fest, daß z. B. zu Zwecken der Rationalisierung seit etlichen Wochen vier Betriebsberater bei der Bundesbahn eingestellt worden sind. Das ist eines der großen Dinge gewesen, die der Bundesbahnvorstand neulich verkündet hat.

(Zuruf von der SPD: Endlich seit 20 Jahren!)

– Natürlich, man kann sagen, „endlich“. Wer das Unternehmen Bundesbahn kennt und daran jetzt mit Rationalisierungsüberlegungen durch vier Betriebsberater geht, dem kann ich nur wünschen: Gute Nacht! Das ist jedenfalls kein Verfahren, das zu etwas führt.

Dann haben Sie gesagt, daß dezentralisiert wird. Meine Damen und Herren! Zur Zeit zentralisieren wir noch frisch und fröhlich. Die Direktionen werden aufgelöst, Betriebsstätten werden stillgelegt, wir sind mitten im Auflösungsprozeß. Jetzt sagen Sie, daß be-

(Staatsminister Jaumann)

reits dezentralisiert werde. Nichts lieber als das! Unsere Konzeption war immer, daß eine zu starke Zentralisierung der Bundesbahn nicht gut gehen kann. Deswegen haben wir immer dafür gekämpft, daß die in Bayern bestehenden Ämter in Regensburg, Augsburg usw. erhalten bleiben um einer besseren betriebswirtschaftlichen Führung der Bundesbahn willen.

(Beifall bei der CSU)

Ich stelle fest, meine Damen und Herren, daß ich neulich mit meinen Vorschlägen, jetzt nach all dem Rummel, bei Ihrem Staatssekretär Ruhnau offene Ohren gefunden habe. Ich habe gesagt: Warum haben wir uns eigentlich nicht früher besser verstanden, warum ist man nicht früher auf unsere Vorschläge eingegangen.

Dann haben Sie von der Rationalisierung in Produktion und Absatz gesprochen. Fragen Sie bitte einen Eisenbahner, was zur Zeit bei der Bundesbahn an Verunsicherung im inneren Bereich herrscht!

(Beifall bei der CSU)

Die Leute schütteln den Kopf, wie führungslos dieses an sich großartige und hochwertige Instrument tatsächlich ist. Die Herren Präsidenten der Bundesbahn berichten nach Frankfurt, und dann kommen sie und klagen ihr großes Leid, wie schlimm das alles sei, man wisse nicht, wie das alles weitergehe. Das ist die wirkliche Lage der Bundesbahn. Wenn jetzt die Opposition, die Länder, alle miteinander, sagen, so kann es nicht mehr weitergehen, hier muß an der Spitze Entscheidendes geändert werden, so kann ich nur sagen, daß es höchste Zeit ist zur Änderung an der Spitze der Bundesbahn, aber auch an der Spitze derer, die die Bundesbahn zu diesen unsinnigen Berechnungen, die im Grunde nicht brauchbar sind, von denen selbst der Bundeskanzler sagt, daß sie nicht brauchbar seien, veranlaßt haben.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Ich bin fertig. Ich habe heute bewußt nichts zu den Beiträgen meiner Fraktionskollegen gesagt.

(Zuruf von der SPD)

– Sie dürfen mir doch nicht unterstellen, daß ich nicht verstanden hätte, was sie gesagt haben. Was an Sachaussagen über die Folgen eines solchen Konzepts vorgetragen worden ist, kann ich nur unterstreichen.

Und, meine Damen und Herren, eines will ich Ihnen noch sagen: Ist es eigentlich so schlimm, wenn in einem Parlament zitiert wird? Ist es wirklich so schlimm, wenn ein Politiker daran erinnert wird, was er einmal gesagt hat und was daraus geworden ist? Was ich heute gesagt habe, muß ich mir in zehn Jahren vorwerfen lassen, Sie können es zitieren, und was der Herr Brandt vor zehn Jahren gesagt hat, muß man zitieren können, und man muß sagen können: Das hat er gesagt, und so ist es geworden. Je-

denfalls kann der Weg der Bundesbahn, der hier gegangen wird, nicht mehr weiter gegangen werden. Er würde zu einer Entblößung unseres Landes führen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Abg. Kamm: War die Redezeit eingehalten?)

Präsident Hanauer: Wenn Sie es genau wissen wollen, die 60 Minuten wurden um ungefähr 5 bis 6 Minuten überzogen, weil ich dem letzten Redner zugute gehalten habe, daß vorher einige 6 bis 7 Minuten und darüber hinaus gesprochen haben. Ich habe die Zwischenphase abgezogen. Die Redezeit der Abgeordneten war etwas über eine Stunde, davon sprachen 6 von der Opposition, 6 von der Regierungspartei. Die Wortmeldungen der Opposition wurden alle berücksichtigt, von der Regierungspartei konnten 3 nicht mehr berücksichtigt werden. Die Staatsregierung sprach 37 Minuten, wenn ich den Herrn Staatssekretär mit seinem 5-Minuten-Beitrag auch hinzurechne.

(Heiterkeit)

Punkt 2 a: Erste Lesung zum

Antrag der Abgeordneten Schuhmann, Klauen betreffend Gesetz zur Änderung des Schulpflichtgesetzes (SchPG) – Drucksache 2119 –

Begründung durch die Antragsteller erfolgt nicht. Aussprache. – Keine Wortmeldungen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf an den Ausschuß für kulturpolitische Fragen und den Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen zu überweisen. – Es ist so beschlossen.

Punkt 2 b: Erste Lesung zum

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (Drucksache 2148)

Es handelt sich um eine Vorlage der Staatsregierung. Keine Wortmeldung zur Begründung. Allgemeine Aussprache. – Dazu keine Wortmeldung.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich die Überweisung an den Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik und den Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen vor. – Es ist so beschlossen.

Vor Aufruf der beiden Punkte c und d darf ich zunächst eine Feststellung treffen und eine Frage daran knüpfen. Im Ältestenrat – Frau Kollegin Dr. Hamm-Brücher, Sie geht es an – war davon gesprochen worden, daß die beiden Vorlagen ohne Aussprache weitergeleitet werden könnten.

(Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher: Nein, verbunden werden können!)

– Ja, verbunden werden. Ich sprach auch von beiden Punkten, völlig klar. Wird eine Aussprache zur Begründung kommen?

(Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher: Ja!)

(Präsident Hanauer)

– Gut, dann werden die beiden Punkte c und d auf morgen vertagt. Die Vertreter des Innenministeriums haben darum gebeten, weil sie heute verhindert sind, da zu sein; wenn zu den Punkten gesprochen wird, muß ich dem Ressortminister Gelegenheit geben, dazu Stellung zu nehmen. Das ist wohl selbstverständlich.

Punkt 3: Zweite Lesung zum

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes (Drucksache 1271)

Zunächst berichtet über die Beratungen des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Drucksache 1676) der Herr Kollege Ewald Lechner.

Lechner Ewald (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr hat in seiner 18. Sitzung am 20. November 1975 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes beraten. Der Gesetzentwurf sieht die Erweiterung des Verzeichnisses der **Gewässer I. Ordnung** vor. In einer Anlage sind die Gewässer aufgenommen, deren wasserwirtschaftliche Bedeutung in so erheblichem Umfang gestiegen ist, daß sie den bisherigen Gewässern I. Ordnung gleichzustellen sind. Die Höherstufung erfolgte nach verschiedenen Kriterien und nach der außergewöhnlichen Bedeutung der Flüsse. Mit dieser Aufstufung ändert sich die Gesamtlänge der Gewässer I. Ordnung von bisher 2755 km auf 3290 km. Die aufgestufte Flußlänge beträgt demnach 535 km. Außerdem werden 6 weitere Seen in das Verzeichnis der Gewässer I. Ordnung aufgenommen. Diese Maßnahme führt zu einer erheblichen Entlastung der Bezirke, die bisher die Unterhaltungspflicht für diese Gewässer hatten. Für den Staat wird sich zur Unterhaltung der Gewässer I. Ordnung ein Mehraufwand von 3,2 Millionen DM und für Ausbaumaßnahmen ein Mehraufwand von mehr als 5 Millionen DM ergeben. Die Einsparung von staatlichen Zuschüssen an die Bezirke und zusätzliche Einnahmen von den beteiligten Trägern macht die runde Summe von 3,6 Millionen DM aus, so daß für den Staat letztlich ein Mehraufwand von 5 Millionen DM verbleibt.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes wird ein den Bezirken schon vor einigen Jahren gegebenes Versprechen eingelöst, die ihrerseits in der Zwischenzeit eine Reihe von Gewässern III. Ordnung in ihre Obhut aufgenommen und damit die Gemeinden finanziell entlastet haben.

Die Frau Mitberichterstatterin, Kollegin Seibel, hat die Verabschiedung des Gesetzes begrüßt und auch zur Entlastung der Bezirke durch dieses Gesetz eine positive Stellung abgegeben.

Im Ausschuß wurde dem Gesetzentwurf eine einstimmige Billigung erteilt. Ich bitte das Hohe Haus, genauso zu verfahren.

Präsident Hanauer: Danke schön! Herr Kollege Zeißner berichtet über die Beratungen des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen (Drucksache 2084). Er hat das Wort.

Zeißner (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen hat in seiner 23. Sitzung am 22. Januar 1976 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes beraten. Mitberichterstatter war Kollege Kaiser, Berichterstatter ich selbst.

Der Gesetzentwurf wurde übereinstimmend begrüßt. Er gewährleistet die landesplanerischen Zielsetzungen bezüglich der steigenden Ansprüche an die Gewässer, ihren Zustand und ihre Wasserführung und entlastet die Kommunen. Der Gesetzentwurf wurde nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen. Ich bitte das Hohe Haus um das gleiche Votum.

Präsident Hanauer: Über die Beratungen des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen (Drucksache 2207) berichtet Herr Kollege Krug.

Krug (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, Hohes Haus! Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen hat sich in seiner 37. Sitzung am 17. Februar 1976 mit dieser Materie befaßt. Mitberichterstatter war Herr Kollege Heiden, Berichterstatter war ich selbst. Es haben sich weder rechtliche noch verfassungsrechtliche Bedenken ergeben. Der Ausschuß hat einstimmig dem Gesetzentwurf zugestimmt. Ich bitte Sie, diesem Votum beizutreten.

Präsident Hanauer: Danke schön! Ich eröffne die allgemeine Aussprache. – Es liegt keine Wortmeldung vor. Sie ist geschlossen.

Wir treten in die Einzelberatung ein. Es ist von sämtlichen drei Ausschüssen die unveränderte Annahme empfohlen worden. Ich nehme an, es besteht Einverständnis, wenn ich über die drei unverändert gebliebenen Paragraphen zusammen abstimmen lasse. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Ich rufe auf § 1, § 2 und § 3, wobei § 3 den Wortlaut hat: „Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1976 in Kraft.“

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Wer stimmt dagegen? – Niemand. Stimmenthaltungen? – Keine. Einstimmig angenommen. Damit ist die Einzelabstimmung abgeschlossen.

Da ein Antrag nach § 56 der Geschäftsordnung nicht gestellt wurde, folgt die **Schl u ß a b s t i m m u n g** unmittelbar im Anschluß an die Einzelabstimmung. Ich schlage vor, sie in einfacher Form vorzunehmen. – Widerspruch dagegen erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetz zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Danke schön! Ich stelle Einstimmigkeit fest. Widerspruch erhebt sich nicht.

(Präsident Hanauer)

Das Gesetz hat den Titel:

Gesetz
zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes

Dem Gesetz ist als Anlage beigelegt ein Verzeichnis der Gewässer I. Ordnung. – Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung: Zweite Lesung zum

Entwurf eines Gesetzes über Zuständigkeiten im Vollzug des Ernährungssicherungsgesetzes (Drucksache 1781)

Die Berichterstattung über die Beratung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (Drucksache 2015) obliegt Herrn Kollegen Willi Müller.

Müller Willi (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschluß für Ernährung und Landwirtschaft befaßte sich in seiner 27. Sitzung am 20. Januar dieses Jahres mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Zuständigkeiten im Vollzug des Ernährungssicherungsgesetzes. Die Zustimmung erfolgte im Ausschuß ohne weitere Aussprache einstimmig. Ich bitte Sie, dem Votum des Ausschusses zu folgen.

Präsident Hanauer: Herr Kollege Asenbeck berichtet über die Beratung des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen (Drucksache 2206); er hat das Wort.

Asenbeck (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen hatte auf seiner 37. Sitzung vom 17. Februar 1976 auf der Tagesordnung den Entwurf eines Gesetzes über Zuständigkeiten und Vollzug des Ernährungssicherungsgesetzes. Mitberichtersteller war Herr Kollege Jaeger, Berichterstatter war ich selbst. Es ergaben sich weder rechtliche noch verfassungsmäßige Einwendungen. Die Beratung ergab Einstimmigkeit, auch dahingehend, daß das Gesetz rückwirkend zum 1. Januar 1976 in Kraft treten sollte. Ich darf um Zustimmung bitten.

Präsident Hanauer: Ich danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Aussprache. – Dazu habe ich keine Wortmeldungen. Dann ist sie geschlossen.

Wir treten in die Einzelberatung ein. Die Ausschüsse haben unveränderte Annahme empfohlen. Ich unterstelle Ihr Einverständnis, über die drei Artikel des Gesetzes zusammen abstimmen zu lassen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer den Artikeln 1, 2 und 3 die Zustimmung geben will – wobei Artikel 3 die Bestimmung enthält: „Das Gesetz tritt am 1. Januar 1976 in Kraft“ –, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Stimmt jemand dagegen? – Niemand. Stimmenthaltung? – Keine. Einstimmig angenommen.

Damit ist die Einzelabstimmung abgeschlossen. Ein Antrag nach § 56 der Geschäftsordnung wird nicht gestellt. Deshalb folgt die Schlußabstimmung unmittelbar. Ich schlage vor, sie in einfacher Form vorzunehmen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetz die Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Danke schön! Ich stelle Einstimmigkeit fest. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Das Gesetz hat den Titel:

Gesetz
über Zuständigkeiten im
Vollzug des Ernährungssicherungsgesetzes

Punkt 5 der Tagesordnung:

Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs betreffend Antrag des Journalisten Bert Schnitzler, München, auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Vierten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern vom 19. Juli 1973 (GVBl. S. 389) sowie des Artikels 111 a der Bayerischen Verfassung

Über die Beratungen des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen (Drucksache 2205) berichtet der Kollege Dr. Beckstein.

Dr. Beckstein (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen hat sich in seiner 37. Sitzung vom 17. Februar 1976 mit der Verfassungsklage des Journalisten Bert Schnitzler befaßt. Der Antragsteller beantragt beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof, daß Artikel 111 a der Bayerischen Verfassung für verfassungswidrig erklärt wird. Er führt dabei aus, daß in dem betreffenden Artikel der Rundfunk einschließlich des von ihm beabsichtigten Kabelfernsehens nur in öffentlicher Verantwortung und in öffentlicher Trägerschaft zulässig sei. Er führt aus, daß nach Artikel 111 a privates Kabelfernsehen trotz des höherrangigen Artikels 110 der Bayerischen Verfassung nicht möglich sei und daß damit Artikel 111 a gegen die Bayerische Verfassung und auch gegen Artikel 5 des Grundgesetzes verstoße. Er beantragt daher, diesen Artikel 111 a für nichtig zu erklären, hilfsweise die Klage gemäß Artikel 100 des Grundgesetzes dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen.

Als Berichterstatter habe ich ausgeführt, daß die Klage zulässig ist; denn Artikel 98 der Bayerischen Verfassung erlaube die Überprüfung von Verfassungsnormen ebenfalls. Die Klage sei jedoch nicht begründet. Nachdem Artikel 111 a einerseits gegenüber Artikel 110 nicht als im niedrigeren Range anstehend gesehen werden könne, im übrigen aber auch dann eine verfassungskonforme Interpretation in der Weise erfolgen müßte, daß Telephon-, Rundfunk und Kabelfernsehen nicht zwangsläufig im Artikel 111 a erfaßt wären. Damit führten beide Mög-

(Dr. Beckstein [CSU])

lichkeiten jedoch zu einer Klageabweisung, so daß auf die weiteren Probleme in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden müsse.

Mitberichterstätter Wirth schloß sich diesen rechtlichen Ausführungen an und bezog sich weiterhin auf verschiedene Urteile des Bundesverfassungsgerichts, insbesondere auf eine Entscheidung aus dem Jahr 1971, wo ausdrücklich auf das System der Breitbandkommunikation und des Kabelfernsehens bereits Bezug genommen worden ist und wo es trotzdem für zulässig erachtet wurde, daß Rundfunk ausschließlich in öffentlicher Trägerschaft betrieben werde.

Der Abgeordnete Dr. H u n d h a m m e r legte dar, daß Artikel 111 a deswegen eingefügt worden sei, um ein ausgewogenes Programm, die Achtung der Menschenwürde und Sachlichkeit, gegenseitige Achtung und Schutz vor Verunglimpfung sicherzustellen. Leider seien jedoch diese Erwartungen nicht erfüllt worden. Er legte dies an aktuellen Beispielen, insbesondere an einem Fernsehspiel, dar. Darüber hinaus meinte er, daß Artikel 5 des Grundgesetzes es nicht zulasse, ein privates Kabelfernsehen auszuschließen.

Insgesamt kam der Ausschuß zu dem Ergebnis, und zwar bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung – und ich bitte Sie, diesem Beschluß zuzustimmen –:

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Es wird Abweisung der Klage beantragt.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Beckstein bestellt.
- IV. Auf mündliche Verhandlung wird verzichtet.

Präsident Hanauer: Wir stimmen ab über die Drucksache 2205; ihr Inhalt wurde Ihnen soeben wortwörtlich bekanntgegeben.

Wer zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön! Wer stimmt dagegen? – 6 Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – 5 Stimmenthaltungen. Damit angenommen.

P u n k t 6:

Wiederwahl eines berufsrichterlichen Mitglieds des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

Der Herr Ministerpräsident teilt mit Schreiben vom 3. Februar 1976 mit, daß mit Ablauf des 24. Februar dieses Jahres die Amtszeit des berufsrichterlichen Mitglieds des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Siegfried Mühlbauer, Präsident des Landgerichts Regensburg, endet, und schlägt gleichzeitig dessen Wiederwahl vor.

Ich schlage dem Hohen Hause vor, diese Wiederwahl in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer mit der Wiederwahl des Präsidenten des Landgerichts Regensburg, Herrn Siegfried Mühlbauer, einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön! Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Die Wahl ist einstimmig erfolgt.

P u n k t 7:

Nachwahl eines nichtberufsrichterlichen Mitglieds des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

Der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs hat mit Schreiben vom 3. Februar 1976 ange-regt, für das im Jahr 1975 verstorbene nichtberufsrichterliche Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Diakon Arthur Krumm, gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Verfassungsgerichtshofgesetzes einen Nachfolger sowie einen Stellvertreter zu wählen.

Mit Schreiben vom 19. Februar 1976 hat die Fraktion der CSU als Nachfolger Herrn Abgeordneten Rudi Daum, als dessen Stellvertreter Herrn Hugo Ohliger, Planegg, Jörg-Tömlinger-Straße 19, vorgeschlagen.

Ich schlage auch in diesem Falle vor, die Wahl der beiden, des Mitglieds und seines Stellvertreters, in einfacher Form vorzunehmen. – Widerspruch dagegen erhebt sich nicht.

Wer mit der Wahl des Herrn Abgeordneten Rudi Daum zum nichtberufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und des Herrn Hugo Ohliger als dessen Stellvertreter einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Stimmt jemand dagegen? – Niemand. Stimmenthaltungen? – Bei 3 Stimmenthaltungen ist hiermit die Wahl erfolgt.

P u n k t 10, Berichte des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft, zunächst Punkt 10 a:

Antrag der Abgeordneten Lukas, Willi Müller, Dürbeck, Gruber und anderer betreffend Erhaltung der Kulturlandschaft durch die Flurbereinigung (Drucksache 1991)

Über die Beratung des genannten Ausschusses (Drucksache 2184) berichtet an Stelle des Herrn Kollegen Dumann der Herr Kollege Gruber.

Gruber (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft hat in seiner 29. Sitzung am 11. Februar 1976 den als Drucksache 1991 ausgedruckten Antrag betreffend Erhaltung der Kulturlandschaft durch die Flurbereinigung beraten. Berichterstatter war Herr Kollege D u m a n n, Mitberichterstätter Herr Kollege B r a u n.

Der Ausschuß kam zu einer Umformulierung des Antrags, ausgedruckt als D r u c k s a c h e 2184, in folgender Fassung:

Die Staatsregierung wird ersucht, im Vollzug von Artikel 23 Landwirtschaftsförderungsgesetz die Flurbereinigung in Gebieten, in denen die Kulturlandschaft in Gefahr ist, beschleunigt anzuordnen mit dem Ziel, verstärkte Maßnahmen zur Sanierung, Erhaltung, Pflege und Gestaltung der Kulturlandschaft durchzuführen.

Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Ich bitte, dem Votum des Ausschusses zu folgen.

Präsident Hanauer: Danke schön! Die Umformulierung des Beschlusses wurde Ihnen soeben bekanntgegeben; Sie finden sie auf Drucksache 2184.

Ich bitte um ein Handzeichen, wenn Sie zustimmen wollen. – Danke schön! Stimmt jemand dagegen? – Niemand. Stimmenthaltungen? – Keine. Einstimmig angenommen.

Punkt 10 b:

Antrag des Abgeordneten Alois Glück betreffend verstärkte Koordinierung der mit „Urlaub auf dem Bauernhof“ befaßten Organisationen und Behörden (Drucksache 1149)

Über die Beratung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (Drucksache 2130) berichtet Frau Kollegin Krinner.

Frau Krinner (CSU), Berichterstatterin: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft hat in seiner 28. Sitzung am 3. Februar 1976 den Antrag gemäß Drucksache 1149 – verstärkte Koordinierung der mit „Urlaub auf dem Bauernhof“ befaßten Organisationen und Behörden – behandelt. Als Berichterstatterin beantragte ich folgende Umformulierung:

Die Staatsregierung wird ersucht, die an der Aktion „Urlaub auf dem Bauernhof“ beteiligten Institutionen zu Gesprächen einzuladen, um eine Koordinierung der Maßnahmen zu erreichen.

In dieser Fassung wurde der Antrag einstimmig angenommen. Ich bitte um Ihr Votum.

Präsident Hanauer: Danke schön!

Wir kommen zur Abstimmung. Der umformulierte Antrag befindet sich auf Drucksache 2130. Ich bitte um ein Handzeichen, wenn Sie zustimmen. – Danke schön! Stimmt jemand dagegen? – Niemand. Stimmenthaltungen? – Keine. Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Punkt 10 c:

Antrag der Abgeordneten Bachmann, Ernst Lechner und anderer betreffend Dorferneuerung im Rahmen der Flurbereinigung (Drucksache 1445)

Über die Beratung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (Drucksache 2183) berichtet der Herr Kollege Willi Müller.

Müller Willi (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft hat sich in seiner 29. Sitzung am 11. Februar 1976 mit einem Antrag der Herren Kollegen Bachmann und Ernst Lechner befaßt. Ziel dieses Antrages ist eine verstärkte Berücksichtigung der Dorferneuerung im Zuge der Flurbereinigung.

Nach eingehender Aussprache wurde der Antrag im Ausschuß einstimmig angenommen. Ich bitte das Plenum, dem Ausschußvotum zu folgen.

Präsident Hanauer: Danke schön!

Wir kommen zur Abstimmung. Der Antrag blieb unverändert im Wortlaut der Drucksache 1945. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Punkt 11, Berichte des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen, zunächst Punkt 11 a:

Antrag der Abgeordneten Dr. Hamm-Brücher und anderer betreffend Bonus für strukturschwache Gebiete bei landespolitischen Förderungsmaßnahmen (Drucksache 143)

Über die Beratung des genannten Ausschusses (Drucksache 2177) berichtet der Herr Kollege Wachter.

Wachter (FDP), Berichterstatter: Herr Präsident, Hohes Haus! Der Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzen hat den Antrag auf Drucksache 143, wonach bei allen landespolitischen Förderungsmaßnahmen die zur Förderung anstehenden Einrichtungen in strukturschwachen Gebieten mit einem besonderen Bonus zu versehen sind, der vom Landtag von Fall zu Fall zu beschließen wäre, behandelt.

In der Beratung wurde vom Berichterstatter dargelegt, daß die strukturschwachen Gebiete einer besonderen Förderung bedürfen. Der Mitberichterstatter führte aus, daß in den strukturschwachen Gebieten bereits eine ganze Reihe von Förderungsmöglichkeiten gegeben seien. Er zählte diese auf und brachte weiterhin zum Ausdruck, daß gegen den Antrag auch verfassungsrechtliche Überlegungen sprächen, da die Gewaltenteilung durchbrochen würde.

Der Ausschuß lehnte den Antrag mit Mehrheit ab. Ich bitte das Hohe Haus um sein Votum.

Präsident Hanauer: Danke schön!

Wir kommen zur Abstimmung. Wer entgegen der Empfehlung des Ausschusses für die Annahme des Antrages ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön! 6 Stimmen dafür. Gegenstimmen? – Die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion der SPD. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Punkt 11 b:

Antrag des Abgeordneten Dr. Zech betreffend Kalkulation und Kostenangaben für die Herstellung von Produkten in staatlicher Regie (Drucksache 1573)

Den Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen (Drucksache 2180) erstattet wiederum der Herr Kollege Wachter.

Wachter (FDP), Berichterstatter: In seiner 39. Sitzung behandelte der Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen den Antrag des Kollegen Zech, der wie folgt lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, bei der Kalkulation und Kostenangabe für die Herstellung von Produkten in eigener Regie alle maßgeblichen Kosten einzubeziehen, also insbesondere neben Löhnen und Gehältern auch die entsprechenden Kosten für Soziallasten, für Ausfallzeiten und für allgemeine Verwaltung.

Der Ausschuß hat diesen Antrag einstimmig angenommen. Ich bitte das Hohe Haus um sein Votum.

Präsident Hanauer: Danke schön! – Ich darf zur Drucksache 2180 bemerken, daß der Text natürlich so, wie er vorliegt, sinnteststellt ist. Es muß heißen: „Zustimmung mit der Maßgabe, daß der Betreff ergänzt und daß nach dem Wort ‚Regie‘ im Text in Klammern eingefügt wird: ‚(eigene Druckerzeugnisse und EDV-Programme)‘.“

Mit dieser Maßgabe lasse ich über die Drucksache 1573 abstimmen. Ich bitte um ein Handzeichen, wer zustimmt. – Danke schön! Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – 1 Stimmenthaltung. Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Punkt 11 c der Tagesordnung:

Antrag des Abgeordneten Deffner betreffend Veröffentlichungen der Bayerischen Staatsregierung (Drucksache 1924)

Herr Kollege Hartmann berichtet über die Beratungen des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen (Drucksache 2182).

Hartmann (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen hat in seiner 39. Sitzung am 10. Februar 1976 über den Antrag des Abgeordneten Deffner auf Drucksache 1924, betreffend Veröffentlichungen der Bayerischen Staatsregierung, beraten. Mitberichtersteller war der Kollege Dr. Wilhelm, Berichterstatter war ich.

Vom Berichterstatter wurde vorgetragen, daß es auf Grund der vorliegenden Tatsachen für die Bayerische Staatsregierung ein Leichtes sein müsse, die Auftragshöhe sowie den Einzelplan, des weiteren die Gesamtkosten – insbesondere deswegen, weil der Antrag des Kollegen Dr. Zech Zustimmung gefunden hatte – neben den Stückkosten in Zukunft bei den Druckschriften auszuweisen.

Der Mitberichtersteller, Herr Dr. Wilhelm, verwies darauf, daß zunächst einmal einem solchen Ausweis die Verdingungsordnung für Leistungen entgegenstehe, die Angebote auch nach der Erteilung des Zuschlags sorgfältig zu verwahren seien und deswegen vertrauliche Behandlung notwendig wäre. Das schien ihm nicht mehr gewährleistet, und er meinte darüber hinaus, daß der Bayerische Landtag sowieso am 15. Juli 1975 dem Anliegen des Antrags

Rechnung getragen habe, indem nämlich die Staatsregierung jährlich einmal ihre Aufwendungen für die Öffentlichkeitsarbeit darzulegen habe.

Der Kollege Loew entgegnete auf diese Ausführungen, daß die Staatsregierung auf Grund einer Anfrage bereits einzelne Kosten bekanntgegeben habe und daß wohl nicht anzunehmen sei, daß dabei ein Verstoß gegen die Verdingungsordnung vorliege.

Die Diskussion führte zu dem Ergebnis, daß die Mehrheit des Ausschusses den Antrag ablehnte. Ich bitte das Hohe Haus, ein Votum zu finden.

Präsident Hanauer: Das Wort hat der Antragsteller, Herr Kollege Deffner.

Deffner (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß ehrlich gestehen, daß ich die Ablehnung dieses Antrages durch den Ausschuß nicht ganz verstehe, nicht deswegen, weil der Antrag von mir stammt, sondern wegen des sachlichen Inhalts des Antrags.

Dieser Antrag kostet – was ja in den meisten Fällen der Grund der Ablehnung ist – kein Geld. Ich meine, daß er sogar dazu beitragen könnte, Geld zu sparen, weil man bei Angabe der Kosten auch überlegt, wie sinnvoll manche Ausgabe bei manchen Druckerzeugnissen angewendet wird. Ich meine auch, daß ein Prinzip der Demokratie die Durchschaubarkeit von politischen Vorgängen ist. Das bedeutet für den Bürger auch die Durchschaubarkeit der Verwendung von Steuergeldern, weil das für die Beurteilung der Politik wichtig ist. Es kommt hinzu, daß in einer Zeit, wo wir alle zusammen zur Sparsamkeit aufgerufen sind, das Sparsamkeitsgebot im Umgang mit Steuergeldern eine Offenlegung der Verhältnisse gebietet. Ich halte es im übrigen für inkonsequent, wenn man vom Gesetzgeber her bei der Privatwirtschaft eine Preisauszeichnungspflicht verlangt, bei seinen eigenen Produkten dies aber nicht wahrhaben will.

(Beifall bei der SPD)

Auch bei den eigenen Produkten soll man sich diese Freiheit herausnehmen und sagen, was dieses Druckerzeugnis kostet. Dann kann der Bürger überlegen und abwägen: War es wichtig genug? Es erhöht auch den Wert von Druckerzeugnissen, wenn man dahinter sieht, was der Staat für finanzielle Aufwendungen erbracht hat. Und nicht zuletzt erhöht die Preisangabe auch den Informationswert, und das wiederum entspricht demokratischen Grundregeln. Im übrigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Angabe der Kosten für jedes Druckerzeugnis auch rationeller, als wenn man diese Ergebnisse erst in jedem Einzelfall mit mündlicher oder schriftlicher Anfrage erfragen muß, wie das in der letzten Zeit sehr häufig erfolgt ist. Es wäre also rationeller für uns alle, wenn man dieses Ergebnis vorwegnehmen würde. Wer sich gegen die Angabe wehrt, setzt sich doch der Gefahr aus, daß man ihm unterstellen muß, er wolle verhindern, daß die Zahlen an die Öffentlichkeit kommen.

(Beifall bei der SPD)

(Deffner [SPD])

Ich finde, daran ist überhaupt nichts auszusetzen. In diese Gefahr soll man sich nicht begeben. Man legt die Zahlen offen, und dann sind derartige Maßnahmen einfach nicht möglich.

(Zuruf von der CSU: Macht das die Gewerkschaft auch und der Bund?)

– Wir sind doch hier nicht bei der Gewerkschaft! Wir sind hier im Parlament, und das Parlament muß entscheiden, ob es die Finanzen offenlegen will oder nicht.

(Beifall bei der SPD – Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher: Es handelt sich um Steuergelder!)

– Wir diskutieren hier im Parlament und auf keiner anderen Ebene. Ich meine auch, es kann sich der Verdacht ergeben, daß Sie das Licht der Öffentlichkeit scheuen

(Zurufe von der CSU: Geh, geh!)

und sich hinter Scheinargumenten verschanzen; denn es sind Scheinargumente, die hier ins Feld geführt werden.

Präsident Hanauer: Herr Kollege Deffner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Wilhelm?

Dr. Wilhelm (CSU): Herr Kollege Deffner, ist Ihnen bekannt, ob schon irgend jemand, der für die Pressearbeit und Öffentlichkeitsarbeit in einem SPD-regierten Land oder in Bonn verantwortlich ist, auf die Idee gekommen ist, die Sie hier vortragen?

Deffner (SPD): Herr Abgeordneter Dr. Wilhelm, jede Idee wird irgendwo zuerst geboren!

(Große Heiterkeit bei der CSU – Beifall bei der SPD)

Warum soll nicht das bayerische Parlament dieses Erstgeburtsrecht für sich in Anspruch nehmen?

Präsident Hanauer: Herr Kollege, gestatten Sie noch eine zweite und damit letzte Zwischenfrage?

Dr. Wilhelm (CSU): Halten Sie es für möglich, Herr Kollege Deffner, daß manche Ideen bisher deswegen noch nicht geboren worden sind, weil alle sie für schlecht gehalten haben?

(Abg. Deffner: Wie war das? Ich habe das letzte akustisch nicht verstanden!)

– Halten Sie es für möglich, daß manche Ideen – zum Beispiel die hier – bisher deswegen noch nicht geboren worden sind, weil jeder, der darauf kommen könnte, sie bisher für schlecht gehalten hat?

(Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher: Was soll denn daran schlecht sein?)

Deffner (SPD): Das muß ich Ihrer eigenen Beurteilung überlassen.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit möchte ich die Begründung damit abbrechen. Ich möchte Sie dringlichst bitten, dem Votum des Ausschusses nicht zu folgen, sondern dem Antrag zuzustimmen. Denn dieser Antrag ist keine Zumutung; sondern, es wäre eine Auszeichnung für das bayerische Parlament, das zum erstenmal einzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Hanauer: Danke schön! Wir kommen zur Abstimmung. Wer entgegen der Empfehlung des Ausschusses für die Annahme des Antrages ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenprobe! – Herr Kollege Börner, letzteres ist die Mehrheit? –

(Heiterkeit)

– Ich brauche doch die Übereinstimmung! Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Der Antrag ist damit **a b g e l e h n t**.

Ich rufe auf **P u n k t 12 a** der Tagesordnung:

Antrag der Abgeordneten Dr. Seebauer, Dr. Schlittmeier u. a. betreffend Vorlage eines Berichtes über die fachlichen Ziele des Entwurfs des Landesentwicklungsprogramms aus den Bereichen der Wirtschafts-, Verkehrs- und Energiepolitik (Drucksache 1728)

Über die Beratungen des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Drucksache 2196) berichtet der Herr Kollege Dr. Schlittmeier.

Dr. Schlittmeier (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr hat in seiner 22. Sitzung vom 12. Februar 1976 den vorgenannten Antrag auf Drucksache 1728 behandelt. Er wurde dahin abgeändert, daß die Worte „des Entwurfs“ gestrichen wurden. Dann wurde der Antrag einstimmig angenommen und damit gesichert, daß der Teil des Landesentwicklungsprogramms, der die Bereiche Wirtschafts-, Verkehrs- und Energiepolitik betrifft, in unserem Ausschuß diskutiert wird. Berichterstatter Dr. Schlittmeier, Mitberichterstatter Beck.

Ich bitte dem Beschluß beizutreten.

Präsident Hanauer: Wir kommen zur Abstimmung über Drucksache 1728 mit Streichung der Worte „des Entwurfs“. Ich bitte um ein Handzeichen, wer zustimmen will. – Danke schön! Die Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Ebenfalls keine. Einstimmig angenommen.

(Präsident Hanauer)

Ich rufe auf Punkt 12 b:

Antrag der Abgeordneten Scholl, Röhrl, Feneberg betreffend Verbesserung der Auslandswerbung auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs (Drucksache 1990)

Über die Beratungen des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Drucksache 2197) berichtet der Herr Kollege Dr. Huber.

Dr. Huber Herbert (CSU), **Berichterstatter**: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr behandelte in seiner 22. Sitzung am 12. Februar 1976 den aufgerufenen Antrag. Nach einer kurzen Diskussion wurde dieser Antrag in folgender Fassung beschlossen:

Die Staatsregierung wird ersucht, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß die Auslandswerbung der Deutschen Zentrale für Tourismus vom Mitteleinsatz her intensiviert wird. Dabei soll darauf hingewirkt werden, daß durch eine auf die jeweiligen ausländischen Zielgruppen abgestellte differenzierte Werbung ein bestmögliches Ergebnis für die erfahrungsgemäß für den Ausländerreiseverkehr besonders attraktiven bayerischen Fremdenverkehrsgebiete erreicht wird.

Der Beschluß erfolgte einstimmig. Ich bitte Sie, ihm beizutreten.

Präsident Hanauer: Danke schön! Wir kommen zur Abstimmung über den neu formulierten Antrag auf Drucksache 2197. Wer dem beitreten will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Stimmt jemand dagegen? – Niemand. Stimmenthaltungen? – Keine. Ich stelle Einstimmigkeit fest.

Punkt 12 c: Zusammenfassung der Anträge der Abgeordneten

Popp betreffend Beachtung der Richtlinien der Bayerischen Staatsregierung vom 22. Oktober 1974 durch die staatlichen und kommunalen Vergabestellen auch bei der Vergabe von Aufträgen an Generalunternehmer (Drucksache 2111)

Stenglein, Selbel und anderer betreffend Schutz von mittelständischen Betrieben bei Auftragsvergabe an einen Generalunternehmer (Drucksache 1984)

und

Jaeger, Dr. Hamm-Brücher, Redepenning, Dr. Zech, Wachter, Kubitz, Großer, Dr. Flath betreffend Schutz mittelständischer Betriebe, die bei der Ausführung öffentlicher Aufträge als Subunternehmer auftreten (Drucksache 1938)

Berichterstatter für alle drei Anträge (Drucksache 2195) ist ebenfalls Herr Kollege Dr. Huber. Er hat das Wort.

Dr. Huber Herbert (CSU), **Berichterstatter**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ebenfalls in seiner 22. Sitzung am 12. Februar 1976 behandelte der Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr gemeinsam

die soeben aufgerufenen Anträge. Nach einer ausführlichen Diskussion wurde diesen Anträgen auf den Drucksachen 1936, 1984 und 2111 als gemeinsamer Antrag in der Fassung der Drucksache 2111 mit der Maßgabe zugestimmt, daß Ziffer 3 eine geänderte Fassung erhält, siehe Drucksache 2195. Der gemeinsame Beschluß hat nunmehr folgenden Wortlaut:

Die Staatsregierung wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß die staatlichen und kommunalen Vergabestellen zum Schutz der mittelständischen Unternehmen insbesondere auch bei der Vergabe von Aufträgen an Generalunternehmer die Richtlinien der Staatsregierung vom 22. Oktober 1974 beachten; dabei ist wie folgt zu verfahren:

1. die Generalunternehmer haben Art und Umfang der zur Weitergabe vorgesehenen Bauleistungen offen zu legen. Sie haben ferner dem Bauherrn die Namen der Subunternehmer bekannt zu geben (Transparenz des Generalunternehmerauftrages);
2. die zwischen Bauherrn und Generalunternehmer vereinbarten Bedingungen müssen grundsätzlich auch für Subunternehmer gelten; dies gilt insbesondere für die Bestimmungen der VOB;
3. umfangreiche Bauleistungen sind nach Möglichkeit in Fach- und Teillose aufzuteilen. Die Zerstückelung zusammengehörender Leistungen in einzelnen Fachlosen muß unterbleiben;
4. es ist darauf zu achten, daß die Subunternehmer gegen das Unternehmer-Risiko des Generalunternehmers entsprechend der in der VOB gegebenen Möglichkeit (unmittelbare Zahlung an den Subunternehmer bei Verzug des Generalunternehmers) abgesichert werden;
5. es ist darauf zu achten, daß die Generalunternehmer die Abnahme der Subunternehmer-Leistungen nicht entgegen den Vorschriften der VOB wegen geringfügiger Mängel verweigern und dadurch fällige Zahlungen verzögern;
6. die Vergabe von Bauaufträgen an Generalunternehmer ist auf Ausnahmefälle zu beschränken.

Dieser Beschluß erfolgte einstimmig. Ich darf empfehlen, hier ebenso zu verfahren.

Präsident Hanauer: Danke schön! Wir kommen zur Abstimmung. Zugrunde liegt die Drucksache 2111 mit der Maßgabe, daß Ziffer 3 den Wortlaut der Drucksache 2195 erhalten soll. Wer dem beitreten will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Keine. Einstimmig angenommen.

Punkt 13, Berichte des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik. Zunächst Punkt 13 a:

Antrag der Abgeordneten von Prümmer, Geise-Wittmann, Dr. Rose, Höpfinger, Karl Schön, von Pölnitz und anderer betreffend Vorlage des „Programms

(Präsident Hanauer)

geriatriische Versorgung in Bayern“ (Drucksache 1578)

Berichterstatter ist Herr Karl Schön (Drucksache 2200). Er hat das Wort.

Schön Karl (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Sozialpolitische Ausschuß befaßte sich in seiner 19. Sitzung am 12. Februar 1976 mit dem Antrag auf Drucksache 1578 der Kollegen von Prümmer, Geiss-Wittmann, Dr. Rose, Höpfinger, Karl Schön, von Pölnitz, Dr. Biebl und Leschanowsky. Mitberichterstatter war Herr Kollege Dr. Flath, Berichterstatter ich.

In meiner Berichterstattung führte ich aus: Wir haben in Bayern 1,4 Millionen Mitbürger, die über 65 Jahre alt sind. Der Krankenstand dieser Altersgruppe ist doppelt bis dreimal so hoch als der darunterliegender Altersgruppen. Besonders gravierend ist der überlange Aufenthalt in unseren Krankenhäusern. Der erkrankte, ältere Mensch braucht einmal länger Zeit, bis er gesund wird, er braucht darüber hinaus mehr Hilfestellung durch Pflege, Massage und Gymnastik. Heute liegt dieser länger liegende Patient im Akutkrankenhaus und belegt ein Krankenbett mit größter technischer Ausrüstung. Da aber eine weitere medizinische Behandlung durch das Akutkrankenhaus nicht zwingend notwendig ist, ist auch eine räumliche Verbindung nicht erforderlich. Es böten sich möglicherweise kleine oder kleinere Krankenhäuser an, für die sich die Ausrüstung zu Akutkrankenhäusern nicht rentiert.

Die Bayerische Staatsregierung habe bereits in der Regierungserklärung 1954 dieses Programm angekündigt. Der Antrag soll die Staatsregierung auffordern, diese Ankündigung wahrzumachen. Mitberichterstatter Dr. Flath beanstandete, daß nur von Geriatrie und nicht auch von Gerontologie in dem Antrag gesprochen wird, war aber im großen und ganzen mit dem Antrag einverstanden. Auch der anwesende Staatsminister Dr. Pirkel und alle übrigen Diskutanten stimmten dem Antrag zu.

Der Ausschuß hat den Antrag einstimmig beschlossen. Ich darf Sie bitten, diesem Votum zu folgen.

Präsident Hanauer: Danke schön! Wir kommen zur Abstimmung über die Drucksache 1578. Ich bitte um das Handzeichen, wer zustimmt. – Stimmt jemand dagegen? – Stimmenthaltungen? – Zwei Stimmenthaltungen. Angenommen.

Punkt 13 b:

Antrag der Abgeordneten von Prümmer, Geiss-Wittmann, von Pölnitz, Dr. Rose, Dr. Biebl und anderer betreffend Vorlage des „Aktionsprogramms psychiatrische Versorgung in Bayern“ (Drucksache 1579)

Berichterstatterin ist Frau Kollegin Dr. Biebl.

(Zuruf: Frau von Pölnitz ist nicht da!)

– Herr Kollege Schön übernimmt es! (Drucksache 2201)

Schön Karl (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Biebl mußte dringend einer Verpflichtung nachkommen.

Präsident Hanauer: Das gehört nicht zur Berichterstattung, Herr Kollege; Sie haben zur Berichterstattung das Wort.

Schön Karl (CSU), Berichterstatter: Sie hat mich gebeten, ihre Berichterstattung zu übernehmen.

(Heiterkeit)

Der Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik hat sich ebenfalls in der 19. Sitzung am 12. Februar 1976 mit dem Antrag auf Drucksache 1579 befaßt. Mitberichterstatter war Herr Kollege Dr. Cremer, Berichterstatterin Frau Dr. Biebl.

Die Berichterstatterin stellte dar, daß das derzeitige psychiatrische Versorgungssystem mangelhaft sei. Nachdem nunmehr der Bericht der Psychiatrie-Enquete-Kommission und damit das erforderliche Material vorliege, könne das „Aktionsprogramm Psychiatrische Versorgung in Bayern“ umgehend in Angriff genommen werden. Dabei sei mit den Beteiligten insbesondere zu prüfen, inwieweit die Konzeption der Enquete-Kommission, die eine lückenlose Versorgungskette von der Beratung bis zur Rehabilitation vorsehe, auf Bayern übertragen werden kann. Wichtig sei es vor allem, daß eine gemeindenahere Versorgung erreicht werde, um die Isolation der Kranken zu verhindern.

Herr Kollege Dr. Cremer wies darauf hin, daß sowohl der Früherkennung und der entsprechenden Beratung als auch der Wiedereingliederung der Kranken besondere Bedeutung zukomme.

Nach kurzer Diskussion beschloß der Ausschuß einstimmig die Annahme des Antrags. Ich darf Sie bitten, diesem Votum beizutreten.

Präsident Hanauer: Wir kommen zur Abstimmung über die Drucksache 1579. Ich bitte um das Handzeichen, wer zustimmen will. – Danke schön! Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Zwei Stimmenthaltungen. Angenommen.

Punkt 13 c:

Antrag des Abgeordneten Dr. Flath betreffend Errichtung eines Replantationszentrums (Drucksache 1654)

Es berichtet für Herrn Kollegen Dr. Cremer Frau Dr. Hamann (Drucksache 2202).

Frau Dr. Hamann (SPD), Berichterstatterin: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses vom 12. Februar 1976 wurde der Antrag des Herrn Kollegen Dr. Flath wegen der Replantation von abgetrennten Körperteilen behandelt. Es handelt sich darum, daß in den Unfallkliniken die Replantation von abgetrennten

(Frau Dr. Hamann [SPD])

Körperteilen vorgenommen werden soll, und zwar nach einem Wiener Modell, das bei uns eingeführt werden soll.

Der Antrag wurde umformuliert und hat folgenden Wortlaut:

Die Staatsregierung wird ersucht zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, an den Unfallkliniken bereits bestehende Replantationszentren auszubauen, bzw. dort neue einzurichten sowie die Arbeit durch Kooperation zu optimieren.

Dem Landtag ist über das Ergebnis der Prüfung bis Ende 1976 zu berichten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Mitberichterstatter war Herr Dr. Rose. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Präsident Hanauer: Danke schön! Der umformulierte Antrag befindet sich auf Drucksache 2202. Ich bitte um ein Handzeichen, wer zustimmen will. – Danke schön! Stimmt jemand dagegen? – Niemand. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf Punkt 13 d der Tagesordnung:

Antrag der Abgeordneten von Pölnitz, Höpfinger, Geiss-Wittmann, Dr. Rose und anderer betreffend Vorlage eines Bayerischen Arbeitsschutzgesetzes (Drucksache 1655)

Den Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik (Drucksache 2203) erstattet Frau Kollegin von Pölnitz.

Freifrau von Pölnitz (CSU), Berichterstatterin: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der 19. Sitzung des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik vom 12. Februar 1976 wurde ein Antrag der Abgeordneten von Pölnitz, Höpfinger, Geiss-Wittmann, Dr. Rose und anderer betreffend Vorlage eines Bayerischen Arbeitsschutzgesetzes behandelt. Mitberichterstatter war Kollege Soldmann.

Als Berichterstatterin stellte ich die jetzige Situation vor, nach der die Arbeitsschutzgesetze des Bundes und der Länder nicht für alle Arbeitnehmer gelten. Ein Teil der Arbeitnehmer sei noch ausgenommen und werde nur durch die Unfallverhütungsvorschriften der Träger der Unfallversicherungen geschützt. Dem solle ein Bayerisches Arbeitsschutzgesetz abhelfen, indem es Regelungen, z. B. für die Arbeitshygiene, für Krankheiten, die nicht Berufskrankheiten sind, und für die Verhütung von Verschleißerscheinungen trifft.

Jene Arbeitnehmergruppen, die bisher von staatlichen Arbeitsschutzvorschriften nicht erfaßt sind, würden dann ebenfalls einbezogen werden, z. B. Arbeitnehmer in Land- und Forstwirtschaft, in Unter-

nehmen ohne Erwerbscharakter, in Instituten, Hochschulen, in caritativen Einrichtungen, bei Trägern der mittelbaren Staatsverwaltung, kommunalen Regiebetrieben sowie innerhalb der freien Berufe. Eine Verstärkung der Gewerbeaufsicht sei dazu einstweilen nicht notwendig – so wurde von mir ausgeführt –, da es sich nur um eine Ausdehnung der ohnehin regelmäßig durchgeführten Überprüfungen handeln solle.

Der Mitberichterstatter unterstützte das Anliegen und vertrat ebenfalls die Ansicht, daß die Bayerische Staatsregierung bald ein solches Arbeitsschutzgesetz vorlegen möge.

Nach Stellungnahme seitens eines Vertreters des Arbeitsministeriums gab es eine längere Debatte über die Frage der Gewerbeaufsicht. Nach Meinung der Abgeordneten Kamm, Deffner und Müller seien die Beamten dort bereits überlastet und dadurch außerstande, die notwendige Überwachung regelmäßig durchzuführen.

Ministerialrat Weber vertrat die Ansicht, daß gerade durch ein solches Arbeitsschutzgesetz der Aufsicht die bisher fehlende rechtliche Grundlage gegeben werde; die Gewerbeaufsichtsbeamten könnten konzentrierter und effektiver arbeiten.

Als Folge einer längeren Diskussion prinzipieller Art wurde allseits die Anregung des Vorsitzenden, Herrn von Prümmer, aufgegriffen, einmal eine lange Grundsatzdiskussion über das Gesamtproblem sozialer Maßnahmen zu führen.

Zum Schluß wurde der Endsatz des Antrages gestrichen, da er, wie Kollege Karl-Heinz Müller zu Recht ausführte, eine Begründung, damit aber nicht ein Teil des Antrages sei. Dem Antrag wurde dann ohne den Schlußsatz einstimmig zugestimmt.

Ein nachfolgender Ergänzungsantrag des Mitberichterstatters, der beinhaltete, die Gewerbeaufsichtsämter in den personellen Stand zu setzen, den vermehrten Aufgaben gerecht zu werden, wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Dazu gab ich die Erklärung ab, daß diese Ablehnung sich nicht auf den Inhalt des Ergänzungsantrages bezöge, sondern deshalb erfolgt sei, weil es sich um einen Vorgriff handeln würde. Es sei durchaus möglich, daß nach Vorlage des Gesetzes ein derartiger Antrag notwendig wird, dieser jedoch nicht bereits jetzt, ohne genaue Kenntnis des Gesetzestextes, angenommen werden kann.

Ich bitte das Hohe Haus, sich dem einstimmigen Annahmebeschluß des Ausschusses anzuschließen.

Präsident Hanauer: Gibt es eine Wortmeldung zu dem einstimmig angenommenen Antrag? – Herr Kollege Kamm bitte.

Kamm (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zwar wurde der erste Antrag einstimmig angenommen, jedoch wurde der Zusatzantrag mit

(Kamm [SPD])

Mehrheit abgelehnt, den ich hiermit erneut einbringe; ich möchte ihn noch einmal verlesen, obwohl ihn die Berichterstatterin soeben vorgetragen hat:

Die Gewerbeaufsichtsämter sind personell in den Stand zu setzen, den vermehrten Aufgaben gerecht zu werden.

(Abg. Dr. Fischer: Ich sehe keinen Grund dazu!)

– Herr Kollege Dr. Fischer, daß Sie keinen Grund dafür sehen, kann ich mir vorstellen. Wir sehen aber einen sehr wichtigen Grund dafür.

(Frau Abg. Dr. Hamm-Brücher: Sonst wäre der erste Antrag doch rein platonisch!)

Wenn man schon ein Gesetz macht und A sagt, aber nicht gleichzeitig auch B sagt, indem man die notwendigen Mittel einsetzt, um die Gewerbeaufsichtsämter in den Stand zu setzen, ein solches neues Gesetz auch durchzuführen, dann soll man doch von vornherein kein Gesetz machen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das kommt mir vor, wie wenn Sie ein stumpfes Messer in die Hand nähmen. Genauso stumpf würde das Gesetz sein, wenn Sie es bei dem Text, den Sie jetzt annehmen wollen, belassen würden. Es wäre ein reines „Schaugesetz“, denn es würde den Leuten draußen Honig um den Mund schmieren, damit sie glauben, es sei wieder etwas Entscheidendes verbessert worden in diesem Bereich. Entscheidend verbessern können Sie aber dort nur etwas, wenn Sie auch sagen, wie ein solches Gesetz vollzogen werden kann.

Uns ist im Ausschuß vom Ministerialvertreter gesagt worden, der Beamte ginge heute schon in bestimmte Betriebe wegen der dort arbeitenden Jugendlichen oder der Bestimmungen zum Mutterschutzgesetz. Meine Damen und Herren! Wenn er dorthin geht und seine Feststellungen trifft, soll uns das recht sein, aber in den meisten der genannten Betriebe, die davon betroffen sind, gibt es keine Jugendlichen und auch nicht immer eine Schwangere, die Anlaß sein könnte, daß sich der Aufsichtsbeamte in diesen Betrieb begibt.

Wenn Sie es mit Ihrem Gesetz ernst meinen, müssen Sie auch sagen, wie das Gesetz vollzogen werden kann. Alles andere wäre reine Schau.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Hanauer: Herr Kollege Kamm, würden Sie mir den Text geben, weil ich ihn nicht vorliegen habe!

Wir kommen also zur **A b s t i m m u n g**. Dabei handelt es sich einmal um den auf einen Satz beschränkten Antrag auf Drucksache 1655, der die Vorlage eines Gesetzentwurfes von der Staatsregierung verlangt. Über diesen Antrag lasse ich zunächst abstimmen, daran anschließend über die Ergänzung zu diesem Antrag, der für den Inhalt dieses Gesetzes bestimmte Richtlinien aufstellen möchte. Besteht Klarheit?

Ich lasse also zunächst abstimmen über die Drucksache 1655, Satz 1; der Satz 2 ist gestrichen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. Angenommen.

Jetzt folgt der Ergänzungsantrag zu dem eben angenommenen, mit der Formulierung:

Die Gewerbeaufsichtsämter sind personell in den Stand zu setzen, den vermehrten Aufgaben gerecht zu werden.

Das ist ein Griff in die Zukunft, der unterstellt, daß das Gesetz Wirklichkeit wird. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenprobe! – Letzteres ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung bei der CSU. Ich wäre dankbar, wenn sich auch die übrigen Damen und Herren an der Abstimmung beteiligen würden; ich darf deshalb nochmals fragen, wer für die Ablehnung dieses Zusatzantrages ist, den bitte ich um ein deutliches Handzeichen, damit auch das optische Bild von hier oben aus wahrgenommen werden kann. – Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. Damit ist der Zusatzantrag mit Mehrheit abgelehnt worden.

(Abg. Gabert: Uns reicht die Optik auch so!)

Ich rufe auf den **P u n k t 14** der Tagesordnung:

Antrag des Abgeordneten Alois Glück und anderer betreffend Bericht über die voraussichtlichen Auswirkungen der gegenwärtigen Geburtenzahl auf die Organisation unserer Bildungseinrichtungen (Drucksache 1253)

Es berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses für kulturpolitische Fragen (Drucksache 2176) Herr Kollege Thomas Goppel.

Goppel Thomas (CSU), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für kulturpolitische Fragen hat sich in seiner 32. Sitzung am Mittwoch, dem 11. Februar 1976, mit dem auf Drucksache 1253 vorliegenden Antrag des Kollegen Alois Glück beschäftigt; Mitberichtersteller Engelhardt und ich als Berichterstatter verzichteten auf eine Berichterstattung, da wir diesen Antrag, der einen Bericht über die voraussichtlichen Auswirkungen der gegenwärtigen Geburtenzahlen auf die Organisation unserer Bildungseinrichtungen anfordert, gemeinsam unterstützten.

Ich bitte das Plenum, sich dem einstimmigen Votum des Ausschusses anzuschließen.

Präsident Hanauer: Danke schön! Wir kommen zur **A b s t i m m u n g** über die **D r u c k s a c h e 1253**. Ich bitte um das Handzeichen, wenn Sie zustimmen wollen. – Ich danke. Die Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Einstimmig angenommen.

(Präsident Hanauer)

Ich rufe auf den Punkt 15:

Antrag des Abgeordneten Schlosser betreffend Hagelbekämpfung mittels Flugzeug (Drucksache 1226)

Über die Beratungen des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (Drucksache 1642) berichtet Herr Kollege Börner.

Börner (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft hat in seiner Sitzung am 12. November vorigen Jahres den Antrag des Kollegen Schlosser, ausgedruckt auf Drucksache 1226, eingehend behandelt. Der Antrag wurde entgegen seiner ursprünglichen Fassung in einen Prüfungsantrag abgeändert.

Nach eingehender Beratung ist der Ausschuß mit übergroßer Mehrheit zu der Auffassung gekommen, den abgeänderten Antrag anzunehmen. Ich darf auch Sie bitten, dem auf Drucksache 1642 neu ausgedruckten Antrag Ihr Votum zu geben.

Präsident Hanauer: Danke schön! Wir kommen zur Abstimmung.

(Abg. Dr. Fischer und Abg. Wengenmeier:
Es fehlt noch der Bericht des Haushaltsausschusses!)

– Ich bitte um Entschuldigung; das kommt daher, wenn von links und rechts gleichzeitig hier oben am Präsidiumstisch „Konferenzen“ mit mir geführt werden. Ich meine nicht meine beiden Schriftführer, sondern den back-ground meines Stuhles. Ich bitte also um Entschuldigung und danke für die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses.

Es berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen (Drucksache 2127) Herr Kollege Loew.

Loew (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen hat sich in seiner 38. Sitzung am 3. Februar 1976 mit dem Antrag des Kollegen Schlosser befaßt. Grundlage der Beratungen war die Fassung des Landwirtschaftsausschusses.

Nachdem über die sachliche Notwendigkeit der Hagelbekämpfung keine Differenzen aufgetreten sind und der Antrag in seiner jetzt vorliegenden Form keine unmittelbaren finanzpolitischen Auswirkungen hat, fand der Antrag in der ihm vom Landwirtschaftsausschuß gegebenen Form auch seine Zustimmung im Ausschuß für den Staatshaushalt. Es wurde lediglich eine rein textliche Verbesserung vorgenommen, indem in die Ziffer 2 die Worte „in den Regionen 17 und 18“ eingefügt wurden. Damit sollte, wie gesagt, keine sachliche Veränderung vorgenommen werden, sondern lediglich eine textliche Klarstellung im Sinne des ursprünglichen Antrags.

Der Ausschuß hat diesen Antrag in der geänderten Form einstimmig verabschiedet. Ich bitte Sie um Ihr Votum.

Präsident Hanauer: Danke schön! Jetzt kommen wir aber zur Abstimmung. Und zwar ist maßgeblich die Formulierung auf Drucksache 1642 mit der gemäß Drucksache 2127 geänderten Fassung für die Ziffer 2. Wer zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön! Stimmt jemand dagegen? – Niemand. Stimmenthaltungen? – Keine. Einstimmig angenommen.

Punkt 16:

Antrag der Abgeordneten Börner, Kahler, Koch und anderer betreffend Sonderprogramm für die Modernisierung von Wohnungen im Grenzland (Drucksache 554)

Über die Beratungen des Ausschusses für Grenzlandfragen (Drucksache 973) berichtet der Herr Kollege Koch.

Koch (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Grenzlandfragen hat den soeben genannten Antrag in seiner 5. Sitzung am 19. Juni 1975 behandelt. Der Antrag lautet

Die Staatsregierung wird ersucht, ein Sonderprogramm für die Modernisierung von Wohnungen im Grenzland zu schaffen, aus dem außer privaten Hauseigentümern auch Wohnbaugesellschaften und -genossenschaften sowie Gemeinden mit zinslosen oder zinsgünstigen Darlehen bedient werden.

Die Berichterstattung oblag mir; Mitberichterstatte war der Kollege Daum.

In meiner Berichterstattung räumte ich ein, daß es das gemeinsame Modernisierungsprogramm des Bundes und der Länder gebe; der von uns gestellte Antrag gehe aber darüber hinaus und wolle eine Priorität für das Grenzland. Die Antragsteller seien zu diesem Antrag ermutigt worden durch Erklärungen bayerischer Minister und Staatssekretäre über die Notwendigkeit, das Grenzland stärker zu fördern, allerdings mit der Stoßrichtung Bonn, während das, was die Staatsregierung von Bonn erwarte, zunächst einmal von ihr selber getragen werden müßte. Wenn dagegen die CSU meinen sollte, daß ein eigenes Programm nicht erforderlich sei, sollte dem Grenzland zumindest eine Vorwegquote eingeräumt werden.

Der Mitberichterstatte Kollege Daum hat uns angesichts unseres Alternativvorschlags bezüglich der Vorwegquote den Vorwurf gemacht, wir würden unseren Antrag selber nicht ernst nehmen und würden nicht an ihn glauben. Neben dem gemeinsamen Bund-Länder-Programm für Private, Genossenschaften und Gemeinden beziehe sich ein eigenes bayerisches Programm auf die sozial Schwachen. Der Kollege Daum hat gemeint, nirgends sei so viel gebaut worden wie im Grenzland. Es gebe kaum noch eine Gemeinde mit zwei oder drei echt alten Häusern, während jenseits der Grenze der Zustand noch so sei wie vor dem Krieg. Das bayerische Programm sei schon auf je 15 Millionen DM für 1975 und 1976 aufgestockt worden.

(Koch [SPD])

Mit einer Vorwegquote wäre nicht gedient, weil 1974 von den 8,4 Millionen DM des bayerischen Programms 2,9 Millionen DM – das seien 34,8 Prozent – ins Grenzland geflossen seien – bei einem Bevölkerungsanteil von 20 Prozent und einem Flächenanteil von 25 Prozent des Grenzlandes. Im übrigen warte man im Straßenbau heute noch auf eine Vorwegquote.

Der Kollege Börner hat betont, daß trotz langjähriger Förderung von Bonn und München immer noch ein Gefälle vorhanden sei, das beseitigt werden müsse. Die Wohnungsunternehmen träten speziell für eine Modernisierung des Althausbesitzes ein, wie dies auch das Grenzlandprogramm, verabschiedet unmittelbar vor der Landtagswahl, als einen Schwerpunkt vorsehe. Auch den Regierungserklärungen könne man entnehmen, wie viele Renovierungsbedürftige und -würdige alte Bauten es, besonders unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, gebe.

Zugegebenermaßen sei aufgrund des Bayerischen Programms schon sehr viel geschehen; aber das reiche eben noch nicht aus, um dieses Gefälle abzubauen, zumal es sich nur an die privaten Hausbesitzer richte, während gerade die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmungen einen großen Althausbestand hätten, der, vor oder unmittelbar nach dem Krieg gebaut, heute nur noch einfache oder Schlichtwohnungen enthalte.

Der Kollege Dittmeier hat an die Schwierigkeiten erinnert, in der Vergangenheit Staats- oder Bundesbedienstete ins Grenzland zu bringen. Deshalb hätten in der Vorwährungszeit Wohnungen gebaut werden müssen, die aber heute veraltet seien und von jungen Leuten kaum mehr angenommen würden, so daß es viele seit Jahren leer stehende Wohnungen gebe. Gerade in der jetzigen Zeit wirtschaftlicher Stagnation sollte man aber die Mieten herabdrücken, was man jedoch mit Neubauten nicht könne.

Der CSU-Kollege Kopka wollte an folgender Unterscheidung festhalten: Das Bund-Länder-Programm solle primär für die Genossenschaften und die Gemeinden, das bayerische Programm in erster Linie für die Privaten gelten. Sicherlich könne man sich auf den Standpunkt stellen, daß das Bisherige zu wenig sei; aber ein neues Sonderprogramm sei schon aus finanziellen Gründen nicht möglich, zumal es nicht notwendig erscheine, da der Staat die Mittel schon von sich aus um 50 Prozent aufgestockt habe.

Nachdem der Regierungsvertreter, Herr Ministerialrat Dr. Matschl, noch darauf hingewiesen hatte, daß der Doppelhaushalt 1975/76 beschlossen sei und auch für einen Nachtragshaushalt keine Haushaltsmittel zur Verfügung stünden, und nachdem er noch auf weitere Schwierigkeiten hingewiesen hatte, kam es dann zur Abstimmung, bei der der Antrag mit den Stimmen der CSU-Kollegen gegen die Stimmen der Oppositionsvertreter abgelehnt wurde.

Präsident Hanauer: Ich danke. Über die Beratungen des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik (Drucksache 1605) berichtet der Herr Kollege Dorsch.

Dorsch (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik befaßte sich in seiner 15. Sitzung am 6. November 1975 mit dem von Herrn Kollegen Koch eben sehr ausführlich dargestellten Antrag.

Der Berichterstatter, Kollege Karl-Heinz Müller, legte dar, die Antragsteller seien der Auffassung, daß zwar im Grenzland schon viel getan worden sei, daß aber im Wohnungsbau und speziell in der Modernisierung ein Schwerpunkt gesetzt werden müsse. Denn gerade im Grenzland gebe es einen verhältnismäßig hohen Anteil an modernisierungsbedürftigen Wohnungen, die vor allem deshalb modernisiert werden müßten, um junge Menschen im Grenzland zu halten.

Der Mitberichterstatter, Herr Kollege Höpfinger, gab zu bedenken, daß das bayerische Modernisierungsprogramm speziell von Privaten und das Bundesprogramm vor allem von Wohnungsgesellschaften in Anspruch genommen würde. Man sollte also nicht die Mittel auf einen Bereich stärker konzentrieren.

Im Gegensatz zum Ausschuß für Grenzlandfragen stimmte dann der Ausschuß für Sozialpolitik diesem Antrag zu.

Ich bitte um Ihr Votum.

(Abg. von Prümmer: Wir haben verloren, weil wir nicht genug waren!)

– Das ist eine Frage der Disziplin bei der CSU!

Präsident Hanauer: Danke schön! Über die Beratungen des Ausschusses für den Staatshaushalt und Finanzfragen (Drucksache 2124) berichtet der Herr Kollege Koch.

Koch (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Haushaltsausschuß behandelte diesen Antrag in seiner 38. Sitzung am 3. Februar 1976. Die Berichterstattung oblag mir; Mitberichterstatter war der Kollege Praml.

In meiner Berichterstattung schilderte ich zunächst den Verlauf der Beratungen im Grenzland- und im Sozialpolitischen Ausschuß.

Der Mitberichterstatter, der Kollege Praml, bemerkte unter Hinweis darauf, daß 34 Prozent der Staatsbaumittel ins Grenzland gegangen seien, daß nicht gesagt werden könne, daß das Grenzland nicht gut bedient worden sei, wenn man natürlich auch mehr brauchen könnte. Er richtete an die Staatsregierung die Frage, ob es zutrefte, daß die Ansätze für 1976 erhöht werden sollen. Wenn dem so sei, wäre dem Anliegen entsprochen, und der Antrag sollte abgelehnt werden.

(Koch [SPD])

Der Kollege K a p s wies darauf hin, daß es neben dem 40-km-Streifen entlang der Grenze viele strukturschwache Gebiete im Binnenland gebe, die mit dem gleichen Recht eine Förderung verlangen könnten. Niemand werde ernsthaft bezweifeln, daß im Grenzland tatsächlich viel mehr gebaut worden sei als anderswo. Er werde sich künftig gegen jeden Antrag wenden, der lediglich auf das Grenzgebiet abstelle. Die Zeit müsse vorbei sein, daß man einer Grenzlandideologie anhängte, weil es noch andere Gebiete im Land gebe, die nicht besser dran seien, wenn auch nicht zu bestreiten sei,

(Abg. Dr. Fischer: Wer hat das gesagt? –
Abg. Lang: Wer sagt das?)

daß das Grenzland nach wie vor gewichtige Probleme habe, die sich aus seiner Lage ergäben, aus der Zerreißung eines geschlossenen Wirtschaftsraumes durch eine unnatürliche Grenzziehung.

(Hört, hört! bei der SPD)

Als Berichterstatter bezeichnete ich die Aussage des Kollegen Kaps, die Zeit müsse vorbei sein, daß man einer „Grenzlandideologie“ anhängte, als widersprüchlich zum sonstigen Verhalten der CSU, wenn es um Bonn und die Bundesregierung gehe. Da werde nach wie vor gejammert und vom Grenzland als dem „Armenhaus der Bundesrepublik“ gesprochen. Offenbar gelte nur dann, wenn es darum gehe, den Freistaat Bayern beim Portepée zu fassen, daß nirgends soviel gebaut worden sei wie im Grenzland.

Der Kollege M a u r e r war der Meinung, daß grundsätzlich in solchen Fällen nicht nur auf das Grenzland, sondern immer auch auf die anderen schwachstrukturierten Räume abgestellt werden sollte. Im vorliegenden Fall sei das nicht geschehen, deshalb sollte der Antrag abgelehnt werden.

Mein Fraktionskollege H ö l z l räumte ein, daß es auch im Binnenland schwachstrukturierte Räume gebe. Es dürfe aber nicht übersehen werden, daß es im Grenzland noch Arbeitslosenzahlen um 30 Prozent gebe, wie sie im übrigen bayerischen Bereich nicht zu verzeichnen seien. Es bestehe im Grenzland einfach noch ein großer Nachholbedarf, insbesondere an Infrastruktureinrichtungen, also gerade im Baubereich als einem Schlüsselbereich. Eine Einschränkung der Grenzlandförderung zum jetzigen Zeitpunkt sei deshalb einfach undenkbar.

Der Kollege K a p s entgegnete, niemand bestreite, daß das Grenzland seine spezifischen Probleme habe, die nicht von heute auf morgen gelöst werden könnten und die es bei seiner vorgegebenen Struktur vermutlich noch länger haben werde. Man erweise der Sache aber einen schlechten Dienst, wenn man so tue, als ob es in anderen Bereichen nicht auch Probleme gebe. Deshalb sollte bei solchen Anträgen immer angefügt werden: „und anderen schwachstrukturierten Gebieten“.

Der Kollege W e n g e n m e i e r unterstrich, daß die Staatsregierung im Sinne einer ausgewogenen Politik durchaus die Probleme des Grenzlands sehe. Das kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, daß 35 Prozent der Staatsstraßenbaumittel in das Grenzland gehen. Entscheidend sei, die Struktur des Grenzlandes zu ändern; ein Sonderprogramm zur Modernisierung von Wohnungen würde dazu nicht beitragen.

Nachdem der Regierungsvertreter ungefähr seine Argumente wiederholt hatte, die er schon in der Sitzung des Grenzlandausschusses vorgetragen hatte, kam es zur Abstimmung. Der Antrag wurde von den CSU-Kollegen gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt. Ich bitte das Hohe Haus um eine Entscheidung.

Präsident Hansauer: Wir kommen zur Abstimmung. Die Mehrheit der Ausschüsse empfiehlt Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme von D r u c k s a c h e 554 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenprobe! –

(Ah! bei der SPD)

Letzteres ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Drei Stimmenthaltungen. Mit Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Ich darf darauf hinweisen, daß der Punkt 19 der Tagesordnung auf übereinstimmenden Antrag an die Fraktionen zur nochmaligen Beratung zurückgehen soll. Der Punkt wird daher von der Tagesordnung abgesetzt.

Im übrigen möchte ich auf der einen Seite im Hinblick auf die Einladungen, die manche der Kollegen für heute vom Bayerischen Handwerkstag bekommen haben, und auf die zunehmende Abwesenheit einer ganzen Reihe im Hohen Haus andererseits die Sitzung schließen.

(Schluß der Sitzung: 18 Uhr 14 Minuten)